



universität
wien

DISSERTATION

Titel der Dissertation

„Analyse der Zeit während des Wahlkampfes zum
Europäischen Parlament im Jahr 2009 in Österreich“

Verfasser

Mag. phil. Wolfgang Glass

angestrebter akademischer Grad

Doktor der Philosophie (Dr. phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 092 300

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuerin / Betreuer: Univ. Doz. Dr. Hannes Wimmer

Inhaltsverzeichnis:

Vorwort	7
These des Autors	10
Warum die Printpresse?	11
Hohe Pressekonzentration in Österreich	18
Der Boulevard Österreichs	20
Zeitungstypologien	22
Informationsgesellschaft	25
Information - Wissen	26
Medienwirkung	32
Massenmedien	33
Beispiele für Beteiligungsformen in einer Demokratie	42
Rational Choice Theory	44
Die medienorientierte Perspektive	45
Wie entstehen Wahlentscheidungen	
Medieneffekte auf Wahlentscheidungen	48
Europäische Integration und Wahlverhalten	53
Informationsauswahl und die selbstlose Gesellschaft	56
Europa – ein Raum vieler Gegensätzlichkeit	58
Problem: fehlende Öffentlichkeit?	
Europäische (Teil-)Öffentlichkeit(en), Demokratiedefizit, die Rolle und Probleme der Medien und die der Journalisten	70
Politische Öffentlichkeit: Liberales vs. Deliberatives Modell	77
Öffentlich-rechtliche Medien	80

Rollenverständnis von Journalisten und der politischen Elite	86
Inhaltsanalyse der Kronen Zeitung betreffend den Wahlkampf 2009	88
Europapolitischer Dissens im österreichischen Parteienspektrum	90
Das Brüsseler Pressekorps	92
EU-Berichterstattungen in Österreich	94
Das Europaparlament	97
Die Europawahlen	104
Rückblick: Die Europaparlamentswahlen 2004 in Österreich	112
Ist Europa ein Thema für die Medien?	113
Berichten Medien ausreichend?	117
„Die Presse“ hat relativ hohen Europäisierungsgrad	120
Eurobarometer Umfrage	121
Die Europapolitik der österreichischen Parteien (vor 1995)	127
Die Europapolitik der österreichischen Parteien (nach 1995)	128
Europawahlkampf in Österreich – Ausgangslage 1 Woche vor der Wahl	130
Analysevorhaben	145
Die Wahl zum Europaparlament 2009 in Österreich	150
Analyse der Tageszeitung „Der Standard“	152
Analyse der Tageszeitung „Die Presse“	159
Analyse der Tageszeitung „Kurier“	162
Analyse der Tageszeitung „Kronen Zeitung“	165
Nachwahlanalysen	169
Der Wahlkampf und die Kritik daran	173
Wahlkampfkosten	174
Einfluss der Kronen Zeitung auf die Wahl 2009	175

2012: Was blieb von den Kandidaten, die 2009 zur Wahl standen?	176
Fazit	179
Literaturverzeichnis	184
Abstract	197
Vita	199

Vorwort

„Kommunikation ist für eine gesunde Demokratie lebenswichtig. Sie ist keine Einbahnstraße. Demokratie kann nur dann reibungslos funktionieren, wenn die Bürger¹ über aktuelle Entwicklungen informiert sind und in vollem Umfang daran teilhaben können“.

Der Grund für die Wahl dieser Thematik, nämlich die Analyse von ausgewählten Zeitungen anlässlich eines politischen Ereignisses (Wahl zum Europäischen Parlament 2009), folgt aus der Arbeit zu meiner Diplomarbeit. In dieser habe ich mich den Massenmedien, deren Entwicklung und deren Funktionen gewidmet und habe versucht aufzuzeigen, inwieweit sie unser tägliches Handeln und Denken beeinflussen. Dabei wurde mir die Interdependenz der Massenmedien, von der Gesellschaft und umgekehrt, deutlich. Diese Erkenntnis, gepaart mit den Ereignissen rund um Europathemen und die Schwierigkeit, derlei komplexe Thematiken medial auch „rüber bringen“ zu können, hat mich dazu veranlasst, der Frage nachzugehen, ob denn tatsächlich ein „Zuwenig“ an Information besteht, wie es oft unter dem Schlagwort „Informationsdefizit“ propagiert wird. Dies konkretisiert natürlich noch nicht, von wem dieses „Informationsdefizit“ ausgeht. Sind es die Institutionen, die Politik, oder sind es die Medien die schlecht, oder nur unzureichend, informieren. Oder sind es die Bürger, die das vorhandene Informationsangebot nicht ausreichend nützen. Fakt ist, dass kein Mitgliedsland der Europäischen Union sich der Wichtigkeit dieser verschließen kann. Viele Richtlinien und Verordnungen prägen die heimischen Politiken. Es ist somit die Pflicht aller, sich mit der „Europäischen“ Thematik auseinander zu setzen. Jedenfalls ist der Zeitpunkt einer Wahl, in einer Demokratie, gut geeignet für derlei Untersuchungen.

¹ Sämtliche Endungen sind selbstverständlich als geschlechtsneutral zu verstehen.

Die Wahl zum Europaparlament wird immer in allen Mitgliedsländern (derzeit 27) im gleichen Zeitraum abgehalten. Wahlberechtigt sind zirka 375 Millionen Menschen (Wahl: 2009) und in Österreich waren dies im Jahr 2009, die am 7. Juni stattfand, 6.362.761 Millionen (alle EU-Bürger mit Hauptwohnsitz in Österreich, die spätestens am Tag der Wahl das 16. Lebensjahr vollendet haben). Die Wahlbeteiligung lag bei 46 Prozent

(http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahlen/2009/WahlberechtigteE.aspx [01.09.2012] bzw. <http://www...../2009/EndergebnisE.aspx> [01.09.2012]).

Insgesamt gab es bereits sechs Erweiterungen (Aufnahme von neuen Mitgliedsländern), mittlerweile hält die Europäische Union bei 27 Staaten, fast 500 Millionen Bürger mit 23 Amtssprachen auf einer Fläche von 4,3 Millionen km². Mit Inkraftsetzung des Maastrichter Vertrages wurde die Europäische Union am 1.11.1993 gegründet. Durch das „Schengener-Abkommen“, die gemeinsame Währung und einen Binnenmarkt, der bevölkerungsmässig größer ist als der der Vereinigten Staaten von Amerika, stellt sich nicht die Frage, ob es wichtig ist sich mit der Politik der Europäischen Union auseinander zu setzen, sondern nur das wie.

Das Europäische Parlament ist nicht nur für die österreichische Politik und Bevölkerung relevant, und würde sich schon alleine deshalb mehr Aufmerksamkeit verdienen als dies meines Erachtens bis dato der Fall ist, sondern hat darüber hinaus auch noch einen globalen, nicht zu vernachlässigenden, Stellenwert – insbesondere nach dem Vertrag von Lissabon, der das Parlament massiv an Kompetenzen aufgewertet hat.

Das Europäische Parlament ist das, nach dem indischen Parlament, personell gesehen zweitgrößte weltweit (Wüst, Andreas M./Tausendpfund, Markus (2009): 30 Jahre Europawahlen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 23-24/2009): Europawahlen, Auf <http://www.bpd.de/files/5Q3JLO.pdf> [15.06.09], 3).

„Das ursprünglich in den Gründungsverträgen ‘Europäische Versammlung’ genannte Europäische Parlament verkörpert das demokratisch-repräsentative Element und demokratische Repräsentativorgan der Europäischen Union, das die Völker der in der EU zusammengeschlossenen Staaten vertritt“ (Gruner, Wolf D./Woyke Wichard (2007): Europa-Lexikon. Länder, Politik, Institutionen. Verlag C.H. Beck OHG, München, 2.erweiterte Auflage, 457).

Das Recht auf freien Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital zeigt deutlich die Interdependenzen in Europa. Durch das Ansteigen der Abhängigkeiten der einzelnen Länder kam es natürlich auch zu einer Zentralisierung der Entscheidungen. Im Jahre 2004 unterzeichneten alle Staats- und Regierungschefs einen so genannten Verfassungsvertrag, der bisherige Verträge ersetzen und die Rechtspersönlichkeit der Europäischen Union etablieren soll. Die Struktur und die Arbeitsweise sollten sich an die zunehmenden Verflechtungen der Mitgliedsländer anpassen. Die Probleme, die dabei durch die Referenden in einzelnen Ländern entstanden, verdeutlichten ein grundsätzliches Problem in Europa, mit welchem man sich nicht auseinandergesetzt hatte. Bei der Aufnahme neuer Mitgliedsländer wurde meines Erachtens vollends auf die Partizipationsrechte der Bürger vergessen. Es ist nicht unwichtig zu klären, wie stark Bürger per Abstimmungen und dergleichen Entwicklungen blockieren können, die in Wahrheit nicht mehr nur sie selbst, sondern zum größten Teil andere betreffen. Wenn man in einem Staatenverbund (der Ausdruck stammt vom Karlsruher Gerichtshof in Deutschland) eingegliedert ist, welcher Entscheidungen für alle Länder die sich in dem Verbund befinden, fällen muss, wäre es nur logisch, diverse direkte Partizipationsrechte von Bürgern einzelner Staaten auf deren nationale Entscheide, jene Politikfelder, die den Staatenverbund nicht direkt betrifft, zu beschränken. Nicht aber, wenn es die Handlungsmacht anderer Staaten beschränkt oder überhaupt aussetzt (Beispiel: die „Verfassung“ für Europa).

Immerhin stand das Jahr 2008 unter dem Motto: „In Vielfalt geeint“. Dies war eine Initiative der Europäischen Union, um mehr Verständnis zwischen den Kulturen in Europa schaffen zu können, gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten

und der Zivilgesellschaft. Dabei sollen die Vorteile der Vielfalt dem Bürger näher gebracht werden, um so mehr Interesse an Themen, betreffend die Europäische Union, schaffen zu können. Mit dem Geld, das für diese Initiative bereit gestellt wurde (mit zehn Millionen Euro fällt dieser Betrag aber eher gering aus), sollten Informationskampagnen, Umfragen und Studien zum interkulturellen Dialog finanziert und rund sieben europäische und 27 nationale Projekte zu diesem interkulturellen Dialog in der Europäischen Union subventioniert werden. Denn ein gutes Miteinander setzt ein gutes Verständnis füreinander voraus. Nur wenn man sich in die Position anderer versetzen kann, oder dies zumindest versucht, also willig ist, ist es auch möglich ausloten zu können, wie viel man anderen zumuten kann. Ähnlich verhält es sich im Verständnis mit der Europäischen Union. Eine gemeinsame Politik der 27 Mitgliedstaaten kann nur über ein gewisses Maß an Interesse und Verständnis füreinander geschehen.

Eine Eurobarometer Umfrage, in der Menschen über ihre Art der Kontakte zu anderen Menschen aus anderen Kulturen befragt worden sind, ergab, dass 72 Prozent aller EU- Bürger meinten, dass Menschen mit anderem ethnischen, religiösen oder nationalistischen Hintergrund das kulturelle Leben in ihrem Land bereichern. 23 Prozent stimmten dem nicht zu (Michal- Misak 1/ 2008: 47).

These des Autors

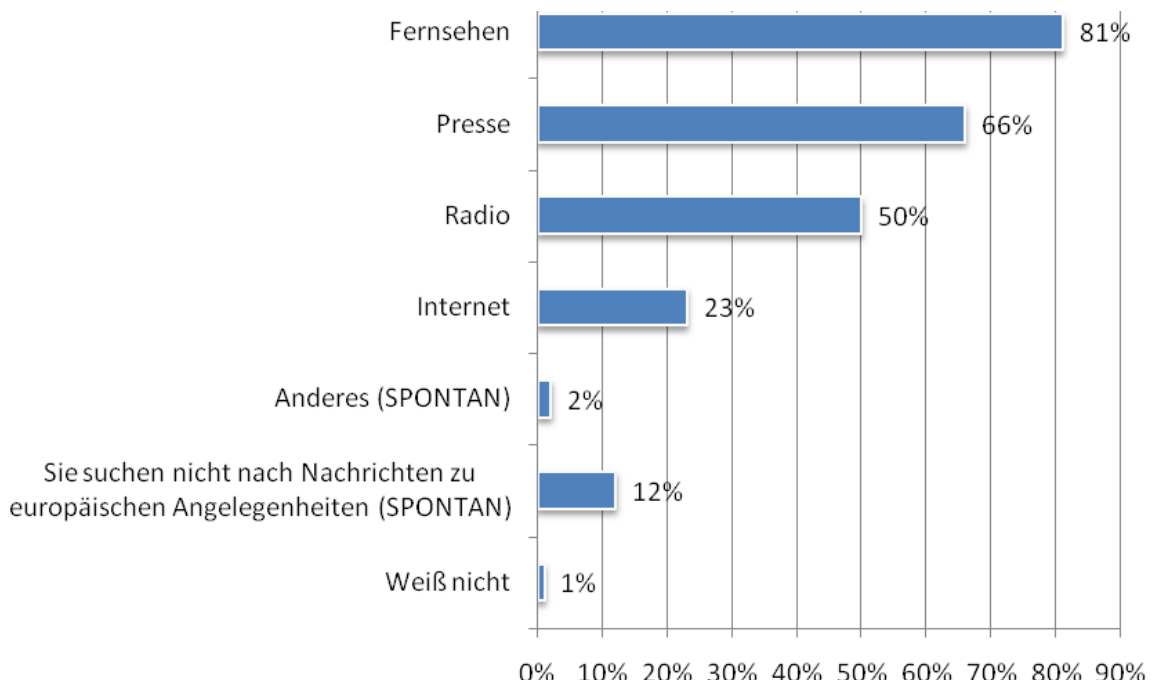
Die These, die ich vertrete, möchte ich nun ganz vereinfacht so beschreiben, dass ich der Ansicht bin, dass es sehr wohl Information gibt, nicht nur vonseiten diverser Informationsbüros der Europäischen Union (die gibt es natürlich immer, ist aber verständlicherweise nicht das, womit die Mehrheit angesprochen wird), sondern vor allem von der Tagespresse. Daraus folgert meine Vermutung, dass es primär eher am Interesse vieler Bürger mangelt, sich vorteilslos (weil durch das Lesen von Information direkt noch kein Vorteil besteht), einer Lektüre wie einer Zeitung zuzuwenden, und daraus die notwendigen Inputs für das Verstehen von Sachverhalten über Thematiken,

die außerhalb der Operationswirklichkeit passieren, generieren zu können. Oder die Themen werden zu langweilig, zu wenig ansprechend aufbereitet – sprechen somit niemanden an.

Warum die Printpresse

Der Grund für die Wahl der Printpresse (d.h. nicht die Online-Ausgaben) ergibt sich vor allem daraus, dass durch das Lesen von Information es besser möglich ist, schwierige Themen, wie zum Beispiel die Europäische Union betreffend, verstehen zu können, da im Fernsehen die Abfolge der Bilder ein tiefer gehendes Reflektieren nicht so leicht möglich macht. Auch im Internet ist durch die Weite der Information (durch diverse Verlinkungen verschwindet die Linearität der Information und es besteht die Gefahr „vom Hundertsten ins Tausendste“ zu kommen) eine nähere Reflexion, wie sie in der Tagespresse stattfinden kann, in der Form nicht möglich. Die Printmedien sind auch nach wie vor für die Österreicher ein wichtiges Informationsmedium.

Wie sich die Österreicher zu europapolitischen Themen informieren: (Quelle: http://ec.europa.eu/austria/documents/press/eb76_at_de_nat_v2.pdf)



Quelle: http://ec.europa.eu/austria/documents/press/eb76_at_de_nat_v2.pdf

Im Gegensatz zum Massenmedium Zeitung ist das Massenmedium Internet ein „Pull-Medium“, bei dem sich der Nutzer die Inhalte, die er haben will, selbst suchen muss. Beim „Push-Medium“, wie der Zeitung, ist dies anders. Das heißt, die Presse ist wesentlich für das Verständnis derlei Komplexitäten wie die Politiken der Europäischen Union.

Unabhängig davon, zu welchem Massenmedium man zwecks Informationsgenerierung greift - erfahren tut man nur etwas wenn man über die Kirchturmspitze hinweg sehen kann und somit Medien nützt, da man selbst nicht in dem Ausmaß Ereignisse erleben kann wie man dies ohne Massenmedien tun würde.

Funktion von Massenmedien

Funktionen von Massenmedien sind beispielsweise folgende drei Funktionen: die soziale, die politische und die ökonomische Funktion. Über alle drei Funktionen steht die Informationsfunktion. Information wird dabei als eine Mitteilung gesehen, „die Rezipienten Wissen vermittelt, das sie vorher nicht hatten“. Deshalb kommt es auf den Stand des Wissens, beziehungsweise der Information, des Rezipienten an, ob eine Mitteilung als Information, oder als Nicht-Information angesehen werden kann. Die Rezipienten erfahren durch die Kommunikation der Massenmedien Ereignisse (Sekundärerfahrung). Das Gegenteil dazu wäre die Primärerfahrung, also Ereignisse mit den eigenen Augen zu erleben. Die Informationsfunktion ist somit eine der wesentlichsten Funktionen der Massenmedien, da die meisten Menschen Tatsachen und Ereignisse nur sekundär über Medien erfahren (Burkart 2002: 378-412).

Oft wachsen Menschen heute von Kindheit an mit Gratisinformation im Internet auf und können sich deshalb kaum mehr vorstellen, etwas für Information bezahlen zu müssen. Die Gefahr, die sich daraus ergeben kann ist, dass eine „Demokratie“ entsteht, die aus fröhlich uninformierten Erdenbürgern besteht, die angesichts des Übermaßes an Informationsangeboten ihre „nationale Ignoranz“ ausleben. Es gibt immer

mehr Soundbytes und Videos und noch mehr Texte, die oftmals über die Länge einer herkömmlichen SMS nicht mehr hinaus kommen. Das alles können dann sogar auch Analphabeten deuten. Bestimmte Foren ermöglichen Interaktivität - jeder quatscht mit jedem und jeder ist Experte und/ oder Journalist. Doch ist das alles Journalismus? Wohl kaum. Vielmehr braucht der stimmfähige Bürger, dessen Diskussionsbeiträge auch argumentativ fundiert sein sollen, Navigatoren, die in der Informationsflut Orientierung schaffen können. Meines Erachtens kann dies eine Zeitung sehr gut schaffen, und deshalb habe ich mich für die Wahl dieses Mediums entschlossen, die sowohl Qualitätsmedien als auch den Boulevard einschließt und hoffe darauf, dass diese dem Bürger den notwendigen Input zur besseren Verständnis der Europapolitik geben können.

Der Grund für die Wahl eines Themas das sich mit der Möglichkeit eines „Kommunikationsdefizits“ befasst, ist einerseits die Zunahme an Entscheidungen die „Brüssel“ für Österreich beschließt, aber vor allem die Informationsgesellschaft, die auch, wenn es sich oftmals nur um Bits und Bytes, so genannte Informationshäppchen, handelt, gezielt Staub aufwirbeln kann.

Medien berichten über Themen, die über kurz oder lang die Menschen, wegen der fehlenden Tiefe der Information, überfordern (zum Beispiel der Vertrag über eine Verfassung für Europa mitsamt diverser Referenden, bei welchen Kleinstaaten wie Irland mit fünf Millionen Einwohner Entscheidungen blockieren, die fast 500 Millionen Bürger betreffen) und zu Schnellschüssen verleiten lässt.

Generell sind Wahlkämpfe sehr teure Angelegenheiten für die dahinter stehenden Parteien (oder im Vordergrund - je nach Wahl und Land) und diese haben auch immer weniger Einfluss auf den Ausgang dieser. Sie sind längst davon abhängig, was wann und wie in den Massenmedien über deren Akteure, beziehungsweise deren Themen, berichtet wird. Kurz vor den Wahlkämpfen kommt es dann zu den Medien-, den Parteien- und den Mobilisierungskampagnen. Ein weiterer Grund für die Wahl der Printmedien

statt der audiovisuellen Medien ist auch der, dass ich glaube, dass das Fernsehen nicht das zentrale Wahlkampfmedium ist. Weiß hat 1982 herausgefunden, dass für den Wahlkampf im Jahr 1980 das Fernsehen der Kampagne der Parteien viel weniger Aufmerksamkeit schenkte, als dies die Tagespresse tat und dass der Wahlkampf im Fernsehen vor allem in den Sondersendungen stattfand, nicht aber in den Nachrichten direkt (Holtz-Bacha/ Leekaid (HG.) 1996: 13-15).

Statistisch gesehen nutzen die Österreicher (im Jahre 2003) die Zeitung eine halbe Stunde, 25 Minuten das Internet, 2,5 Stunden das Fernsehen und drei Stunden das Radio. Die politische Berichterstattung rezipieren die Bürger primär aus dem Fernsehen (75 Prozent), 49 Prozent präferieren diesbezüglich die Tageszeitung und 38 Prozent das Radio. Schon vier Prozent bezogen 2003 ihre politische Information aus dem Internet. Die Zeitung hat zwar nicht die größte Nutzerzahl, sehr wohl aber die intensivste, da sie am bewusstesten konsumiert wird. Durch das Mehr an medialem Angebot, fragmentiert sich auch die Öffentlichkeit in Teilöffentlichkeiten. Die „Kronen Zeitung“ kann mit ihren rund drei Millionen Lesern zwar die Themenführerschaft für sich beanspruchen (mehr als dies in einem anderen Land möglich wäre), doch nimmt die Aufmerksamkeit der Menschen auch ab. Man interessiert sich oft nur für ganz bestimmte Themen. Kurze alltagsnahe Ereignisse werden geliebt - dementsprechend dominieren „soft News“, also Nachrichteninhalte und Themen, die keinen expliziten Politikbezug aufweisen, beziehungsweise Beiträge, bei denen Dramatisierungen und der Negativismus en vogue sind. 2003 standen bei 45 Prozent aller Nachrichtenbeiträge in österreichischen Medien Kontroversen im Mittelpunkt. Fast 50 Prozent dieser verbreitete ein negatives Bild politischer Vorgänge und Akteure. Parteivorsitzende wurden wie Parteien zu 70 Prozent negativ dargestellt. Rund 40 Prozent der Cover- stories in den Massenmedien setzten sich im Kern mit politikfernen Themen auseinander (Dachs, Gerlich, Gottweis, Kramer, Lauber, Müller, Talos (HG.) 2006: 530-533).

Wahl der Tagespresstetitel

Mit der Wahl der Tagespresstetitel möchte ich neben einer großen Reichweite auch ein großes Repertoire an unterschiedlichen Zeitungsstilen analysieren. Der Verein „ARGE Media- Analysen“ hat für die erwähnten Medien folgende Indizes bezüglich der Zahl der Leser im Jahre 2009:

Demnach kommt „Die Presse“ auf 3,7 Prozent (262.000), „Der Standard“ auf 5,6 Prozent (394.000) der „Kurier“ auf 8,7 Prozent (618.000) und die „Kronen Zeitung“ auf 40,4 Prozent (2,853.000).

<http://www.media-analyse.at/studies.do>

Zum Vergleich die anderen relevanten Presstetitel in Österreich:

MA 2009 - Tageszeitungen Total

NRW Tageszeitungen	75,0	5.299
Der Standard	5,6	394
Die Presse	3,7	262
Kronen Zeitung	40,4	2.853
Kurier	8,7	618
Österreich	9,5	671
Wirtschaftsblatt	1,2	81
Kleine Zeitung gesamt	12,1	858
Kleine Zeitung (Graz)	8,4	592
Kleine Zeitung (Klgft)	3,8	266
KTZ-Neue Kärntner Tageszeitung	0,9	64
OÖN-OÖ Nachrichten	4,6	322
SN-Salzbürger	3,7	262

Nachrichten		
TT-Tiroler Tageszeitung	4,7	331
Neue Vbg. Tageszeitung	0,6	40
VN-Vbg. Nachrichten	2,8	200
Krone Kärnten/KTZ	3,8	270
TOP Vorarlberg	3,1	216
http://www.media-analyse.at/studies.do		

Vereinfacht gesagt, erreiche ich mit meiner Auswahl (Die Presse, Der Standard, Kurier, Kronen Zeitung) rund 58 Prozent der Leser von Kauftageszeitungen. Sollten diese Titel ihre „Pflicht“ zur Informationsbereitstellung gegenüber dem Bürger nicht wahrnehmen, nämlich in dem Fall ausreichend über die Europäische Union zu berichten, dann würde dies bedeuten, dass mehr als die Hälfte der Bürger nur unzureichend oder gar nicht über Thematiken, die sie direkt und indirekt betreffen, Bescheid wissen „können“, wenn man wie ich davon ausgeht, dass die Presse die primäre Informationsquelle der Bürger ist.

Durch die Wahl dieser überregionalen Medien decke ich auch den Bereich von den Qualitätsmedien („Presse“, „Der Standard“) bis hin zum Boulevard („Krone“) ab - der „Kurier“ befindet sich dazwischen (näher der Qualitätspresse). Es gibt natürlich noch einige andere Priesstitel, die für Österreich erwähnenswert wären (zum Beispiel die „Salzburger Nachrichten“ oder die „Kleine Zeitung“) doch sind diese Medien und ihre Leserschaft ganz besonders stark in ihren jeweiligen Bundesländern/Einzugsgebieten verankert, beziehungsweise weisen sie keine Leserzahlen auf (zum Beispiel „Wiener Zeitung“) oder sind für die Behandlung meines Themas ob ihrer Reichweite und Ausrichtung (zum Beispiel „Wirtschaftsblatt“) von nicht allzu großer Relevanz, als dass ich sie auch noch analysieren würde. Bei Tageszeitungen wie „Österreich“ kommt hinzu, dass sie teilweise käuflich und teilweise gratis erhältlich sind. Dies würde bedeuten, man müsste zusätzlich

auch noch den Unterschied zwischen der zu kaufenden und der Gratis-Ausgabe unterscheiden. Dies wäre ein zu hoher Aufwand.

Die Kronen Zeitung ist ein besonderer Ausnahmefall. Einen wesentlichen Anteil an dem Erfolg der Kronen Zeitung hat der 2011 verstorbene Hans Dichand.

„Sein Blatt ist nicht nur die größte Boulevardzeitung Österreichs, sondern mit knapp drei Millionen Lesern und einem konstant hohen Marktanteil zwischen 40 und 47 Prozent, auch eine der reichweitenstärksten Zeitungen der Welt. Selbst die deutsche *Bild*-Zeitung, die auflagenstärkste Tageszeitung Europas, kommt auf einen Marktanteil von nur rund 17 Prozent. Marktmacht spricht man der *Krone* vor diesem Hintergrund zweifellos zu, über die Auswirkungen ihrer speziell in Kampagnen gebündelten Meinungsmacht wird allerdings seit Jahrzehnten heftig gestritten. Beispielsweise sorgt die lang anhaltende Anti-EU-Kampagne, die im Wahlkampfjahr 2008 in einem neuen Höhepunkt gipfelte, für Aufsehen. Im Juli 2008 wandte sich die damalige SPÖ-Doppelspitze (noch amtierender Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und SPÖ-Chef Werner Faymann) in einem offenen Brief an den Herausgeber der „*Krone*“ und gab darin die Kehrtwende der SPÖ in der Europapolitik (EU-Vertragsänderungen sollen künftig per Volksabstimmung entschieden werden) bekannt (http://rd.springer.com/chapter/10.1007/978-3-531-93084-8_7).

Die Krone erreicht täglich rund drei Millionen Leser. Sie ist darüber hinaus für 37% der Menschen in diesem Lande das persönliche Leitmedium. Jeder dritte Politiker gibt an, dass für ihn die Krone das persönliche Leit-/Orientierungsmedium ist. Weiters gilt als beachtenswert, dass dieses Boulevardmedium für 21% der erwachsenen Bevölkerung das Exklusivmedium ist. Das heißt, diese Menschen informieren sich ausschließlich über diese Zeitung und lesen darüber hinaus keine weitere. Ähnlich viele, 20% der erwachsenen Bevölkerung, gelten als so genannte Kombileser der Krone. Sie lesen also noch eine weitere Zeitung (Plasser 2010: 93).

Die Kronen Zeitung wurde im Jahre 1900 gegründet und etablierte sich schnell als die auflagenstärkste Zeitung, sowohl nach der Gründung, wie auch nach der Wiedergeburt im Jahre 1959. Durch eine umfangreiche Lokalberichterstattung und gute bildliche Darstellungen, sicherte sie sich gute Verkaufszahlen und wurde massenwirksam, sodass sie auch von den Nationalsozialisten bis ins Jahr 1944 eingesetzt wurde (Birner 2005: 84-85).

Durch Hans Dichand und Kurt Falk wurde die Kronen Zeitung auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erfolgreich weiter geführt (Falk stieg später ungewollt wieder aus und Dichand starb im Jahr 2011).

Ende der 1980er Jahre beteiligte sich die Mediaprint am Blatt und die Kronen Zeitung sympathisierte stark mit den Freiheitlichen unter der Führung Jörg Haiders. Dass Zeitungen für Parteien Stellung und Position beziehen (insbesondere in Wahlkämpfen) ist nichts Neues, und auch nichts Negatives. Die Art und Weise macht den Unterschied, den man bei der Kronen Zeitung auch bei der Wahl 2009 zum Europäischen Parlament, im Rahmen der Unterstützung des Blatts für Hans-Peter Martin, deutlich sieht.

In großen komplexen Zusammenhängen denken zu können erfordert viel Information und vor allem Wissen. Dies geschieht vor allem, indem man qualitativ gut, also argumentativ fundierte Information, erhält. Dies möchte ich durch die Wahl dieser österreichischen Tageszeitungen versuchen zu analysieren, ob dies so ist.

Hohe Pressekonzentration in Österreich

Grundsätzlich ordnen die Autoren Seethaler und Melischek, Österreich in ihrem Beitrag in der „Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft“ im Jahre 2006 unter dem Titel „Die Pressekonzentration in Österreich im europäischen Vergleich“, dem demokratisch-korporatistischen Modell zu. Dieses Modell ist durch einen frühen Demokratisierungsprozess, moderat ausgeprägte Konfliktlinien, Konsensorientierung, organisierter Pluralismus,

Korporatismus, einen starken Wohlfahrtsstaat und eine ausgeprägte rational-legale Legitimierung, gekennzeichnet (Seethaler/Melischek 2006: 338).

Das demokratisch-korporatistische Modell hat auch eine Koexistenz einer Massenpresse mit einer - wenn auch nicht so stark ausgeprägten - aber vielfältigen Parteipresse. Dadurch ist der Stellenwert der Tagespresse auch nach wie vor sehr wichtig. Hinsichtlich der Zeitungsauflage auf 1.000 Einwohner sind die nord- und mitteleuropäischen Länder an der Spitze, gefolgt von Staaten des liberalen Modells. Die mediterranen Länder runden das Feld am unteren Ende ab (Seethaler/Melischek 2006: 342).

Ein schon lange sichtbarer Trend in nahezu allen Staaten ist die Abnahme der Regelmäßigkeit beim Lesen einer Tageszeitung. Die Wichtigkeit des rituellen Charakters, den der Konsum der Tagespresse früher hatte, ist heute geringer.

Die Mediaprint kontrolliert auf Verlageebene im Jahre 2005 56,7 Prozent des Marktes und besorgt darüber hinaus den Druck für das „Wirtschafts-Blatt“ und „Die Neue Kärntner Tageszeitung“. Weiters betreibt sie mit den „Salzburger Nachrichten“ das Druckzentrum Salzburg. Dort wird auch die „Salzburger Volkszeitung“ gedruckt. Die Fusion des Kurier mit der News Gruppe sticht auch besonders hervor. Es entstand dadurch eine Art Monopolstruktur am Magazinmarkt. Die Kronen Zeitung ist im Übrigen auch noch mit dem privaten bundesweit ausgestrahlten Radiosender „Kronehit“ im Radiomarkt vertreten. Des Weiteren ist zu erwähnen, dass die in Österreich sehr wichtige Raiffeisenbank Haupteigentümer des Kurier ist und auch Kreditgeber der Tageszeitung Österreich. Auch die Styria-Medien AG ist wichtig. Ihr gehören die Tageszeitungen „Die Presse“, „Kleine Zeitung“ (in der Steiermark und Kärnten erreicht diese Zeitung die höchsten Reichweiten – also eine Art Kronen Zeitung auf regionaler Ebene) und das „Wirtschaftsblatt“. Im Jahre 2012 soll auch versucht werden im Raum Wien mit der „Kleinen“ Fuß zu fassen. Am Tageszeitungssektor erreicht die Styria-Medien AG im Jahre 2006 somit 19 Prozent. Seit dem Jahre 2005 gibt die Styria auch die Gratiszeitung „ok“ (existiert in Teilen der Steiermark und Kärnten) heraus und

erreicht die regional größten Reichweiten im Radiomarkt in der Steiermark und Kärnten durch die beiden Sender „Antenne Steiermark“ und „Antenne Kärnten“ (Seethaler/Melischek 2006: 361-362).

Die Verschmelzung von Mediaprint mit dem News Verlag nennt man auch „Mediamil-Komplex“. Der Zeitschriftenverlag des Kurier beteiligte sich im Jahre 2001 mit 30 % an der News-Gruppe. „Seitdem erscheinen die Zeitschriften des Kurier-Verlags ebenfalls in der News-Gruppe. Einzig die Redaktionsgesellschaft des Nachrichtenmagazins „profil“ ist eine eigenständige Tochtergesellschaft des Kurier - sie durfte als Auflage des Gerichts nicht in die Gruppe eingegliedert werden“. ... „merklich verändert hat sich nach dem Zusammenschluss lediglich das Wochenmagazin „Format“, das vom General-Interest-Magazin zur Wirtschaftszeitschrift wurde, um nicht mehr mit dem „Profil“ in Konkurrenz zu stehen“

(<http://de.wikipedia.org/wiki/Mediaprint>) .

Diesbezüglich passend ist folgende Aussage des Chefredakteurs des Falters (Stadtzeitung Wien): „Im Übrigen bin ich der Meinung der Mediamil-Komplex muss zerschlagen werden.“ (THURNHER, Armin: Seinesgleichen geschieht, *in*: Jeder Ausgabe des *Falter* S.5.)

Der Boulevard Österreichs. Eine große Wahlentscheidungshilfe für viele Menschen

Die Kronen Zeitung gilt in Österreich als das Boulevard Medium Österreichs schlechthin. Sie ist, wie bereits mehrfach erwähnt, eine der meistgelesenen Zeitungen weltweit (in Bezug auf die Wahlbevölkerung) und fällt permanent durch eigene Kampagnen auf.

Im Jahre 2008 schrieb der damalige Bundeskanzler Gusenbauer gemeinsam mit Werner Faymann (darauffolgender Bundeskanzler) einen Leserbrief an den Herausgeber der Kronen Zeitung, Hans Dichand (2011 verstorben. Sein Sohn leitet nun die Kronen Zeitung Redaktion. Seine Gattin, Eva Dichand,

führt die Gratiszeitung „Heute“). Auf Grund dessen wurde die Koalition, bestehend aus SPÖ und ÖVP, aufgelöst und es kam zu Neuwahlen. Es werden also nicht nur Wahlen kameragerecht inszeniert, sondern auch Koalitionen mediengerecht aufgekündigt. Die Kronen Zeitung revanchierte sich für diese öffentliche Zurschaustellung ihrer Macht durch die SPÖ, indem sie dieser Partei bei der darauffolgenden Wahl durch explizite und implizite Wahlempfehlungen den ersten Platz (nach herben Verlusten) gerade noch sichern konnte. Vice versa „bedankte“ sich der frisch gebackene Bundeskanzler für die Unterstützung des Mediums mit folgendem Zitat, das in der Tiroler Tageszeitung vom 26.7.2009 auf Seite 11 erschien: *„Ich muss Ihnen ehrlich sagen, dass ich dankbar bin für die Unterstützung, die ich in den schweren Stunden des Nationalrats-Wahlkampfes erfahren habe; das gilt für Hans Dichand, das gilt für andere Medien, das gilt für ORF-Redakteure“*. Daraufhin distanzierte sich der ORF-Redakteursrat umgehend von der Faymannschen-Danksagung.

Auch bei der nächsten Wahl, nämlich der Wahl zum Europäischen Parlament im Jahre 2009, war sich die Kronen Zeitung ihrer Macht so sicher, dass sie gleich zum Parteiblatt des Hans-Peter Martin verkam.

Hans-Peter Martin (in der Folge aus Gründen der Einfachheit oft nur HPM genannt) war früher langjähriger Kolumnist des Kleinformats. Er bekam viel Platz für Glossen, täglich wurden Passagen auf ein bis zwei Seiten von seinem noch nicht veröffentlichten Buch („Die Europafalle“) vorgestellt. Besonders auffallend viele Wahlempfehlungen auf der Kommentarseite/Leserbriefseite der Kronen Zeitung galten HPM.

70% der Wähler von HPM bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 waren somit wenig überraschend Kronen-Zeitungsleser (Plasser 2010: 274).

Zeitungstypologien

Die Boulevardpresse:

Sie sind meist die auflagenstärksten Zeitungen eines Landes und ködern ihre Leserschaft mit Aufregertemen aus den Bereichen Sex, Verbrechen und Sport. Große Schlagzeilen, viele Bilder und wenig Text, sowie eine oftmals eigen entwickelte Sprache sind Kennzeichen der Boulevardpresse. Ebenso wie das Kennzeichen meist der Straßenverkauf ist und weniger die Abonnements, was aber nicht auf Österreich zutrifft, da hierzulande das Abonnement eigentlich die Regel ist.

Ulrich Saxer hat die Merkmale von Boulevardzeitungen im Jahre 1979 so versucht zu formulieren:

- Geringer Bezugspreis (im Gegensatz zu Qualitätszeitungen) aufgrund von mangelnder Unterstützung von Interessenverbänden.
- Der Vertrieb erfolgt hauptsächlich über den Straßenverkauf – sowohl in der Stadt als auch den ländlichen Regionen. Dieser Punkt schien 1979 wichtig, heute werden allerdings auch schon Qualitätszeitungen auf der Straße verkauft.
- Eine populär-sensationelle Titelseite lädt zum Kauf ein. Große Schlagzeilen und eine hohe Anzahl an Bildern sind typisch. Man spricht von einer „lebhaften Aufmachung“.
- Thematisch unterscheidet sich die Boulevardpresse von Qualitätszeitungen eindeutig: der Anteil an „sensationellen“ Themen ist wesentlich höher als Berichte aus den Bereichen Wirtschaft und Politik.
- Die Sprache in Boulevardzeitungen ist meist emotions- und spannungsgeladen, die Formulierung oft bewusst zugespitzt.
- Eine Boulevardzeitung versucht stets alle Wünsche der Rezipienten zu erfüllen und ist um erhöhte Verkaufszahlen bemüht. Dennoch bleibt sie für Leser aus höheren Schichten immer nur eine „Zweitzeitung“ – eine

„Alleinzeitung“ bleibt sie meistens nur für Leser aus den unteren Gesellschaftsschichten.

- Die Boulevardpresse hat vor allem eine Unterhaltungsfunktion. Wie diese Funktion allerdings definiert wird, bestimmt die Zeitung selbst (Saxer 1979, zit. nach Bukovinszki 2009: 15-16).

Die Boulevardpresse zeichnet sich auch durch wenig tiefgründige Recherchen aus. Fehler, Falschmeldungen werden nicht oder nur unzureichend korrigiert. Meines Erachtens ist dies auch deshalb der Fall, da die Rezipienten nicht aus beruflichen Kreisen kommen, in welchen sie auf die Information dieser Medien angewiesen sind. Folglich wiegt es nicht so schwer und man vernimmt keinen gesellschaftlichen Aufschrei, wenn derlei Medien etwas falsch interpretieren/berichten, wie wenn das ein so genanntes Qualitätsmedium macht, von dem man sich, ob des Rufes, eine gewisse Sicherheit in der Berichterstattung, was die Richtigkeit/Glaubhaftigkeit der Information anlangt, erwarten würde.

Mid Market Paper:

Diese Pressetitel (bei meiner Untersuchung handelt es sich um die Tageszeitung „Kurier“, welche als Mid Market Paper bezeichnet werden kann) siedeln sich zwischen Boulevard und Qualitätspresse an. Sie dienen primär auch der Unterhaltung, sind mit interaktiven Elementen wie zum Beispiel Rätseln bestückt und beinhalten ob ihrer Finanzierung ebenso wie der Boulevard sehr viele Inserate. Im Gegensatz zum Boulevard gibt es thematische Schwerpunktsetzungen, die neben Sport und der Chronik auch Themen aus Wirtschaft und Politik zulassen (Bukovinszki 2009: 11 ff).

Qualitätszeitungen

Werner Meier, Michael Schanne und Josef Trappel haben im Rahmen des Projektes „Ökonomie und Zukunft der Printmedien“ drei europäische

Qualitätsmedien untersucht und folgende Charakteristika für Qualitätsblätter erarbeitet:

- Qualitätsblätter haben ein redaktionelles Programm und bieten dem interessierten Publikum anspruchsvollen Journalismus.
- Obwohl auch bei Qualitätszeitungen das Erscheinungsbild der Zeitung die Leselust fördert, so stehen bei der Qualitätspresse der Inhalt und die Information an erster Stelle.
- Qualitätszeitungen sind von Quellentransparenz gekennzeichnet: die Quellen und die Namen der Verfasser sind angegeben. Die Trennung zwischen informierenden und meinungsäußernden Darstellungsformen ist eindeutig.
- Eine vielfältige Berichterstattung liefert Hintergrundinformationen zu den Ereignissen: es werden möglichst viele Aspekte eines Ereignisses dargestellt.
- Durch die vielfältige Berichterstattung kommen viele Gastautoren zum Wort, sodass die Zeitung Raum für den gesellschaftlichen Diskurs, für die Darstellung unterschiedlicher Standpunkte bietet.
- Die Qualitätspresse lebt von gut ausgebildeten Journalisten, die über Fremdsprachenkenntnisse und Kontakte zu Experten verfügen.
(Bukovinszki 2009: 18)

Der Qualitätsjournalismus versucht im Gegensatz zum Boulevardjournalismus ein Weltbild zu vermitteln, mit dem es möglich ist, sich selbst eine Meinung bilden zu können. Der Boulevard hingegen bietet vorgefertigte Bilder. Ein Hauptproblem dieses ist, dass er versucht, die Erfahrungen des Individuums als direkten und unmittelbaren Schlüssel zum Erklären und Verstehen der sozialen Gesamtheit anzubieten. Dass die Natur der Wirklichkeit nicht nur durch persönliche Erfahrungen bestimmt werden kann, beziehungsweise sie vollständig dadurch erfassbar wird, wird bei der Boulevardzeitung meist vollständig negiert
(http://othes.univie.ac.at/6944/1/2009-06-27_9900367.pdf).

Informationsgesellschaft

Wir leben heute in einer Informationsgesellschaft, die auch als postindustrielle Gesellschaft bezeichnet werden kann, wie der amerikanische Soziologe Daniel Bell (91-jährig Anfang 2011 verstorben) sie, die Informationsgesellschaft, interpretiert. Damit meint er, dass eine solche Gesellschaft die industriellen Strukturen und Entwicklungen in Richtung einer nachindustriellen Gesellschaft überwunden hat

(<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/geisteswissenschaften/zum-tod-des-soziologen-daniel-bell-diagnostiker-der-informationsgesellschaft-1574732.html>).

„Der Ausdruck Informationsgesellschaft bezeichnet eine Wirtschafts- und Gesellschaftsform, in der die Gewinnung, Speicherung, Verarbeitung, Vermittlung, Verbreitung und Nutzung von Information und Wissen, einschließlich wachsender technischer Möglichkeiten der interaktiven Möglichkeiten der Kommunikation, eine entscheidende Rolle spielen“

(www.wi.uni-muenster.de/wi/studies/archive/ewi/ws04-05/WI_Mediengesellschaft.pdf).

Dazu passt folgender Ausspruch vom Chefredakteur des Horizont, Sebastian Loudon, da heute vor allem durch die neuen Medien eine enorme Involvierung des Medienkonsumenten und dessen Identitäten und Daten in globale Entertainment- und Marketingnetze stattfindet. „Der Konsument ist heute eigentlich das Produkt, von dem Social Media und Multimediakomplexe leben. Seine Daten sind ihr Kapital in der Totalvermarktung“

(<http://www.medien-tage.at/medientage/>).

Weiters kann man eine Informationsgesellschaft auch als eine Wissensgesellschaft verstehen. Doch tatsächlich basiert vieles von dem, was uns nach wie vor ausmacht, auf eine gut entwickelte Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft, aber natürlich vor allem aufbauend auf „Know-How“. Dies unterscheidet uns von so genannten Entwicklungsländern, die ebenfalls durchaus Industrie und Dienstleistungen anbieten. An sich kam es

durch die Etablierung einer Informationsgesellschaft nicht zu einer grundlegend neuen Entwicklung. Lediglich haben sich das Angebot und die Nachfrage nach Produkten und Leistungen der Informationsherstellung und –erzeugung geändert. Die Informationsherstellung ist sozusagen die Vollendung einer Industriegesellschaft durch Medienbetriebe. Sie ist, so könnte man meinen, eine „information economy“. Information ist also zu einem wichtigen gesellschaftlichen Rohstoff geworden. Ein wesentlicher Teil der gesellschaftlichen Wertschöpfung stammt somit aus dem Informationssektor. Das bedeutet auch, dass es wichtig ist, sich den Zusammenhang zwischen Medien, Informationsindustrie und der Gesellschaft zu vergegenwärtigen. Der Begriff Informationsgesellschaft wird, wie bereits oft erwähnt, auch mit „Wissensgesellschaft“ gleichgesetzt. Informationsgesellschaft kann aber auch bedeuten, dass jene Gesellschaften als „Informationsgesellschaften“ bezeichnet werden können, die in ihren zentralen Leistungen von komplexen Informations- und Kommunikationsnetzen abhängig sind und die im Privaten einen großen Aufwand für ihre Informations- und Kommunikationsaktivitäten aufwenden (www.efge.at/die-informationsgesellschaft-ein-sozialwissenschaftlicher-begriff-und-seine-bedeutung) .

Information - Wissen

Massenmedien sind ein zentrales Mittel der Interaktion. Interpersonale Kommunikation tritt eher in den Hintergrund. Realitäten werden konstruiert. Die „Information über Information“ löst die eigentliche Leistung der Medien, nämlich die Kommunikation, ab. Das heißt, es wird versucht, Komplexitäten abzubauen, indem man selektiert. Darum ist eine kritische Sicht der Medien wichtig und für den Rezipienten die Wahl des Mediums, durch welches er sich informiert, entscheidend. Dies ist wichtig, wenn man die Gesellschaft nicht nur als eine Informationsgesellschaft, sondern vor allem als eine Wissensgesellschaft sieht. Schließlich sind Informationen nur der Rohstoff, aus dem erst das praxisrelevante Wissen entstehen kann. Wissen ist ein Konglomerat aus Daten und Fakten, aber auch von der Einsicht in Ursachen

und Zusammenhänge. Weiters erfordert es einen kompetenten Umgang mit Medien und Experten und des Weiteren auch eine Handlungsfähigkeit angesichts von Nichtwissen. Denn mit der Zunahme von Wissen steigt auch das Nichtwissen.

Information muss erfolgreich zwischen Sender und Empfänger vermittelt werden. Erst wenn ein Kommunikationskanal gefunden worden ist, der Information erfolgreich übermitteln kann, ist Interaktion möglich. Dies ist zum Beispiel durch die Luft möglich (Verbreitung durch Schallwellen), oder durch das Telefon (über die Signale der Telefonleitung wird kommuniziert). Während die „nachgefragte Information“ nur vom Sender zum Empfänger geht, geht die „face to face Kommunikation“ auch beidseitig, zum Beispiel durch Zwischenfragen (Uni Saarland. www.uni-saarland.de Suchbegriff auf der Website: Fachrichtung Informationswissenschaft - Definition Information).

Information gilt als der Rohstoff, der zu Wissen erst veredelt werden muss. Genauso muss auch erst Erdöl exploriert werden, um es dann dementsprechend zu Treibstoff, in Form von Kerosin/ Benzin oder Diesel, raffinieren zu können. Von der Information her gesehen ist Wissen aber mitteilbare Information. Also beispielsweise ist Information die Kontextuierung von Darstellungen und Sachverhalten, also von Daten. Zum Beispiel: gestern hatte es 5 Grad Celsius (= Daten) in der Wiener Innenstadt (Information). Die Aussage von Francis Bacon, „Wissen ist Macht“, ist längst Realität in unserer Gesellschaft. Aber bezüglich der Qualität sagte er nichts. Denn der Grundsatz, je mehr Information, desto mehr Wissen, gilt meines Erachtens nicht. Sonst würden wir nämlich in der heutigen Zeit, die mit Information überladen ist, vor Wissen nur so strotzen. Erst die Fähigkeit, nein sagen zu können und auswählen zu können, ermöglicht die Befähigung zum besseren Verständnis von Zusammenhängen und um Alternativen entwickeln zu können. Doch die schier unendlich gewordenen Möglichkeiten der Informationsgenerierung erfordern auch zusätzliche Fähigkeiten des Nutzers.

Die Medien lassen sich auch als ein Ökosystem der Verteilung von Aufmerksamkeit begreifen. Waldaffen, als Beispiel, demonstrieren ihren

sozialen Zusammenhalt durch ständiges Schnattern. Diese in der Affenkunde genannte „hedonistische Bindung“, zeigt den Zusammenhalt durch die Lust und Freude an der Kommunikation. Sind sie verstreut, pflegen sie permanenten Augenkontakt zum Alphetier, das das Zentrum der Aufmerksamkeit bildet. Dieses Verhalten wird in der Affenkunde „agonistische“ Bindung genannt, also der Zusammenhalt durch Kampf, Konkurrenz, Dominanz und Subordination. Ähnlich wie die Affen, verhalten auch wir Menschen uns. Sind wir verstreut, zwar nicht in der Savanne aber beispielsweise in einem Land oder einer Stadt, dann greifen wir zum Handy und schnattern so weiter mit unseren bekannten Mitmenschen. Sollte niemand zum Schnattern da sein oder telefonisch nicht erreichbar sein, starren wir auf diverse Alpha-Primaten die in den Medien „zum Anbot“ stehen. Solche „Celebrities“ brauchen weder besonders intelligent, reich oder schön sein. Es würde schon reichen, wenn sie in „Reality Soaps“ auftreten und nur wegen ihrer momentanen medialen Präsenz „wichtig“ wären. „Eine Celebrity ist also das Resultat eines gebündelten zentripetalen Starrens der medialen Affenherde < > Der Rekrutierungskreis hat sich mit den neuen Foren wie Facebook enorm vergrößert; die Möglichkeiten, auf dem Markt der Redundanz zu einem flüchtigen Objekt der zentripetalen Begierde zu werden, sind ins Unüberblickbare gewachsen“

(www.nzz.ch/aktuell/feuilleton/medien/ueber-dieoekologie-der-aufmerksamkeit-1.17514851).

Meines Erachtens bedeutet dies, dass bevor Information veredelt wird, Aufmerksamkeit als mentale Raffinerie gilt, die den Rohstoff Information zu Wissen verarbeitet. Für eine Demokratie bedeutet das eine große Herausforderung der Politik, um neben all den anderen Celebrities „bestehen“ zu können. Im medialen Ökosystem wird das Ausbalancieren von Aufmerksamkeitsarten des Empfängers, aber genauso auch beim Sender (der Nachrichtenagentur, des Mediums...), immer wichtiger, um Information von Nicht-Information und Wichtig von Nicht-wichtig unterscheiden zu können.

Eine einheitliche Definition von Information gibt es nicht, sondern mehrere (www.uni-saarland.de Suchbegriff auf der Website: „Fachrichtung Informationswissenschaft - Definition Information“):

- „Information ist die Teilmenge von Wissen, die von einer bestimmten Person oder Gruppe in einer konkreten Situation benötigt wird und häufig nicht explizit vorhanden ist“. Diese Definition stellt insbesondere den Bedarf und den Neuigkeitswert aus Sicht des Empfängers in den Mittelpunkt.
- „Information ist die Verringerung von Ungewissheit aufgrund von fachlichen Informationsprozessen“. Damit ist vor allem der Vermittlungsprozess, die Tätigkeit des Senders gemeint.
- „Information ist der (geglückte) Transfer von Wissen“. Damit gemeint ist das (neue) Wissen, das beim Empfänger zu Veränderungen seines bisherigen Wissens führt. Das heißt, es geht um das Wissen, das jemand bis dato gefehlt hat um mit den momentanen Gegebenheiten fertig werden zu können.
- „Information ist Wissen in Aktion“. Damit ist die Verdeutlichung des Handlungsaspekts von Information gemeint.

(www.uni-saarland.de Suchbegriff auf der Website: „Fachrichtung Informationswissenschaft - Definition Information“)

Der „Club of Rome“ (= eine globale Organisation von diversen Ländern, die sich zu internationalen Themen Gedanken macht) meint dazu bereits in der Mitte der 80er Jahre, dass die Form des Lesens in der Schule nicht mehr zeitgemäß sei. Die immer komplexer werdende Umwelt erfordert auch neue Anforderungen an die Ausbildung der heranwachsenden Menschen. Das Lernen an sich müsse sich ändern, weil sich die Produktion des Wissens verändert. Es wird heute in zehn Jahren soviel publiziert, wie in der Zeit bis dahin nicht publiziert worden ist (Jank 2000: 60- 65).

Und weil derart viel publiziert wird, ist Filterung und Personalisierung oft unerlässlich, jedoch auch gefährlich. Die „Gate-Keeper“-Funktion des Journalisten, also der, der entscheidet welche Nachricht publiziert wird, wird

durch die zunehmende Personalisierung, speziell im Internet, limitiert. Dadurch können wichtige Entscheidungen, die nicht ins Bild des Einzelnen passen, fehlen. „News on Demand“ können auch zu einem Scheuklappendenken führen, da man sich nur mehr für das interessiert und nur mehr dort informiert (also mit der Maus hinklickt) was einem gefällt. Schließlich neigen Menschen dazu, jenen zuzuhören, die ihre Meinungen und Ansichten teilen (www.nzz.ch/aktuell/feuilleton/medien/da-bin-ich-ganz-meiner-meinung-1.17538778).

Der so wichtige Zufall im Leben, fällt bei den individualisierten Nachrichten weg. Dies schafft die gedruckte Presse, da sie die Rezipienten mit unterschiedlichsten Themen in den verschiedensten „Büchern“ der Zeitung konfrontieren kann. Google und ähnliche bekannte Nachrichtenlieferanten berechnen hingegen die Interessen durch Algorithmen. Doch das kann für eine Demokratie, die von ungeplanten Begegnungen in Räumen gemeinsamer Erfahrungen verschiedenster Menschen lebt, eine Gefahr werden (www.digitalsexerendipity.org).

Deshalb sollte das Bildungssystem vor allem folgende Schlüsselkompetenzen für eine Wissensgesellschaft vermitteln:

- Erziehung zum selbstgesteuerten Lernen
- Vorbereiten auf lebenslanges Lernen
- Umgang mit großen, komplexen Informationsmengen und mit moderner Informationstechnologie
- Kommunikations- und Teamfähigkeit

Gerade die neuen Medien können derlei Ziele bei deren Erreichung gut unterstützen. Vernetztes Lernen, keine fixen Lernorte sowie die Gruppierung der jungen Menschen nach Interessen und Neigungen, könnten neue Anforderungen an den Bildungsstandard sein. Problematisch ist, dass durch den zunehmenden Wettbewerb, die Medienunternehmen immer weniger Raum für ein nicht marktorientiertes Medienangebot zur Verfügung stellen können. Information, gepaart mit Unterhaltung, wird am Besten nachgefragt (Jank 2000: 65- 69).

Medien besitzen aber nicht nur Marktmacht, sondern auch politische Macht. Sie besitzen die Berichts- und Informationsmacht, Bewertungs- und Beurteilungsgewalt, Vermittlungsgewalt und Monopolgewalt. Letztere aber nur, wenn sie die einzigen auf dem Markt sind. Das bedeutet aber nicht, dass die Politik entmachtet wird, aber sehr wohl, dass Entscheidungen maßgeblich beeinflusst werden (Jank 2000: 75).

Der Rezipient von Medien ist aber oft nicht in der Lage, Qualitätsvorstellungen auf dem Markt durchzusetzen und er ist auch aufgrund der Undurchschaubarkeit der medialen Märkte ein sehr beeinflussbarer Spielball der Medien geworden. Da die Medien wirtschaftliche, politische, gesellschaftliche, kulturelle sowie technologische Macht haben, ist es wichtig, sich dieser konzentrierten Stärke bewusst zu sein. Das erfordert ein mündiges, informiertes Publikum, welches sich einer vernünftigen Mediennutzung hingibt. Kompetenz und Kreativität sind bei der Wahl der Information und bei der Verarbeitung dieser sehr wichtig.

Massenmedien an sich beeinflussen weniger was der Leser denkt, vielmehr beeinflussen sie, worüber sich dieser Gedanken macht (Agenda- Setting). In den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts meinte Walter Lippmann, dass die Massenmedien verantwortlich sind für „the pictures in our head“. Das heißt, die Massenmedien bestimmen die Tagesordnung des Menschen. Dadurch unterstellte man diesen, dass sie für kognitive Effekte verantwortlich sind. Lippmann meinte auch, dass wir dadurch Fakten eher hintanhaltend da wir vergessen, dass die Medien auch nur interpretieren und wir somit glauben zu wissen, wie die Realität ist (<http://scotterb.wordpress.com/2010/02/03/pictures-in-our-heads/>).

Dazu möchte ich drei Modellvarianten, wie Medien wirken können, erwähnen.

Medienwirkung

An aller erster Stelle, betreffend die Beeinflussung des Bürgers, steht die Persönlichkeit. Weiters spielt die Stimme eine wesentliche Rolle (im Fall von Printmedien nicht wesentlich – eher die Aufmachung). An letzter Stelle steht der Inhalt. Wenn die Persönlichkeit (im Falle von Printmedien die Marke der Zeitung beispielsweise, oder der Name des Redakteurs) und die Stimme/Aufmachung überzeugend sind, ist der Inhalt nicht mehr wesentlich und der Gesamtaufwand der Beeinflussung gering
(psychologie.stangl.eu/presentation/massenmedien.shtml).

- **Aufmerksamkeitsmodell (Awareness-Model).** Das Publikum wird durch Medien auf bestimmte Themen aufmerksam. Es spricht vor allem die Thematisierung an, während die beiden anderen Modelle eher die Themenstrukturierung ansprechen.
- **Saliency Modell.** Die unterschiedliche Betonung mancher Themen führt zu unterschiedlichen Prioritäten bei den Lesern. Dies passiert vor allem bei Printmedien, da diese durch die Aufmacherseiten oder Schlagzeilen besser bestimmte Nachrichten hervorheben können.
- **Prioritäten Modell.** Es bedeutet vereinfacht gesagt das Saliency Modell hoch zwei.

Weiters kommt es auf die Intensität der Mediennutzung an. Wichtig ist auch, wie oft jemand interpersonelle Kommunikation pflegt. Umso mehr, desto weniger abhängig ist man von den Medien. Umso weniger, desto abhängiger ist man von diesen. Wichtig für den Agenda- Setting Prozess ist auch die Themenkarriere der Themen im Vorfeld der Veröffentlichung (Jank 2000: 80-85).

Doch die Medienwirkung ist nicht wirklich definiert. Eher differenziert man in Wirkungsbereiche (auf das Verhalten, das Wissen, Meinungen und

Einstellungen) und Wirkungsphasen (vor während und nach der Empfang der Aussage) (www.eduhi.at/dl/46_Burkart.pdf).

„In beinahe jeder Handlung unseres Lebens, ob in der Sphäre der Politik oder bei Geschäften, in unserem sozialen Verhalten und unserem ethischen Denken, werden wir durch eine relativ geringe Zahl von Personen beherrscht, die die mentalen Prozesse und Verhaltensmuster der Massen verstehen. Jene, welche die Fäden ziehen, kontrollieren das öffentliche Denken!“ (<http://www.zentrum-der-gesundheit.de/ia-medienmanipulation.html>)

Massenmedien

Definition und Wirkung

Massenmedien im Allgemeinen sind solche, die ein Massenpublikum erreichen können. Information der Bürger, einen notwendigen Beitrag zur politischen Meinungsbildung zu liefern, sowie die Kontrolle des politischen Handelns der politisch Verantwortlichen sind nur ein paar Funktionen die derlei Medien haben (Patzelt 2003: 522).

Massenkommunikationsforschung ist zerlegbar in mehrere Komponenten, zum Beispiel nach der so genannten Lasswell- Formel: „Who says what in which channel to whom with what effect?“

Die Kommunikationsforschung (who) hat sich mit den Einstellungen und Verhaltensweisen der Journalisten beschäftigt. Die Inhaltsforschung (what) untersucht die Inhalte nach Struktur und Tendenz und wie sie entstanden sind.

Die Struktur und Organisation der Massenmedien wird durch die Medienforschung abgedeckt (which channel).

Die Publikumsforschung (to whom) beschäftigt sich mit dem Rezipienten und schlussendlich geht die

Medienwirkungsforschung der Frage nach dem Effekt der Massenmedien und ihrer Wirkung nach (Dahlem 2001: 254).

Massenmedien haben (wie bereits erwähnt) unter anderem eine soziale, eine politische, eine ökonomische und eine Informationsfunktion.

- soziale Funktion:

Moderne Industriegesellschaften brauchen eine gute Sozialisation der Menschen auf breiter Basis, also den gesamten Staat betreffend. In traditionellen Gesellschaften spielten Verwandte noch eine viel zentralere Rolle.

Kinder lernen in der Schule, bei Freunden und in diversen Massenmedien Verhaltensweisen und Normen die sie zusätzlich zu denen aus dem Elternhaus erfahren. Dadurch werden bestimmte Handlungs- und Verhaltensweisen vermittelt, die den Menschen in der heutigen komplexer werdenden Gesellschaft helfen sollen. Neben der Sozialisationsfunktion sollen die Medien aber auch eine Rekreations- oder Gratifikationsfunktion haben. Sie soll somit für Abwechslung vom Alltag dienen und eine Möglichkeit für Entspannung, Erholung und Unterhaltung sein. In Extremfällen „kann dies aber auch in eine Flucht vor der Realität gipfeln, die unter dem Ausdruck *Eskapismus* bekannt ist“. Auch die Integrationsfunktion ist wesentlich für die Massenmedien. Ziel ist, Minoritäten und Randgruppen im Generellen durch mediale Beachtung besser zu integrieren. Die Integrationsfunktion sorgt aber auch für Gesprächsstoff in Schule, Freundeskreis, oder am Arbeitsplatz. Diese Funktion kann aber auch in das Gegenteil umschlagen „und desintegrativ wirken, wenn durch erhebliche Wissens- und Informationsunterschiede innerhalb der Bevölkerung eine Kluft entsteht“ (Burkart 2002: 383-390).

Franz Ronneberger, ein 1999 verstorbener deutscher Sozialwissenschaftler und Jurist, meinte dazu vier typische „Sozialisatoren“ der Massenkommunikation ausmachen zu können.

1) Redaktion der Massenmedien:

Bleibt sie ständig gleich, dann wird durch Kontinuität, Regelmäßigkeit, Gleichmäßigkeit ein quasi personales Verhältnis aufgebaut.

2) natürliche Phänomene:

Zum Beispiel Kolumnisten, die als eine Art Moderatoren eine verstärkte Vorstellung einer persönlichen Begegnung erzeugen.

3) literarische Symbolfiguren:

Das heißt, negative und positive Leitbilder.

4) Helden:

Zum Beispiel Kripo Beamte.

Laut Ronneberger ist Sozialisation durch Massenmedien eine Art der Vermittlung von Normen, Leitbildern ... aber auch die Vermittlung der Erhaltung und Entwicklung der Gesellschaft, von Denkformen und Verhaltensweisen (Jank 2000: 87).

Die Funktion der sozialen Orientierung ist vor allem in einer immer komplexer werdenden Umwelt wichtig. Wichtig bei Massenmedien ist auch die so genannte Gratifikationsfunktion, mittels der dem Rezipienten Ablenkung und Zerstreuung ermöglicht wird. Damit meint man, dass beim Konsum von Medien auch das Bedürfnis nach Realitätsflucht nachgekommen wird. Die Massenmedien haben auch eine integrative Funktion, indem sie Menschen über andere Dinge, die sich nicht in der einzelnen Operationswirklichkeit der Menschen abspielen, aufklären. Dies sind allerdings auch dysfunktionale Folgen der Massenmedien, weil es auch zu einer „Überintegration“, beziehungsweise einer „Desintegration“ kommen kann, hervorgerufen durch ein Kommunikationsgefälle zwischen informierter und weniger informierter Teilen der Gesellschaft. Die Funktion der sozialen Orientierung der Massenmedien ist vor allem hinsichtlich der Europäischen Union ein wesentlicher Bestandteil, da der gesellschaftliche Wandel ohnehin schon

schneller ist als er bis dato je war. Verstärkt wird dies auch in einer zunehmenden europäischen Integration (Jank 2000: 87).

- politische Funktion

„Öffentlichkeit entsteht und besteht heute im Wesentlichen dadurch, dass Informationen via Massenmedien veröffentlicht, also öffentlich zugänglich gemacht werden“ (Burkart 2002: 383-390).

Die politische Funktion stellt Öffentlichkeit her, ist ein wesentlicher Faktor für die Meinungsbildung und besitzt eine Kritik- und Kontrollfunktion (nt.eit.uni-kl.de/fileadmin/lehre/mform/WS10_11/Medien_und_Gesellschaft_10.12.2010_gek.pdf).

Um Öffentlichkeit herstellen zu können (den Begriff Öffentlichkeit werde ich etwas später noch eingehender behandeln), muss primär gewährleistet sein, dass Information öffentlich (also für jedermann, beziehungsweise für die Masse) zugänglich ist. Der Idealfall wäre, wenn sich möglichst alle Menschen an der demokratischen Willensbildung beteiligen würden. Das heißt, dass Massenmedien sich vor allem als ein Podium sehen sollten, aus dem gesellschaftliche Konflikte öffentlich ausdiskutiert werden können. Massenmedien haben aber auch eine politische Bildungsfunktion, damit sich der Bürger Meinungen bilden kann. Weiters die Kritik- und Kontrollfunktion gegenüber den Mächtigen. Durch die öffentlich gemachte Kritik, durch Publikationen in den Medien werden Politiker aber auch zu „öffentlichen Halbdenkern“, weil sie die Wählerstimmen maximieren wollen. Wichtig für Massenmedien, so sie Öffentlichkeit erzeugen wollen, ist, dass sie die Sorgen, Ängste und Fragen der „sprachlosen Masse“ als eine Art „Wortführer“ transportieren können, beziehungsweise formulieren können und sie somit zur Diskussion stellen können. Das heißt die „Artikulationsfunktion“ ist dabei sehr wichtig (Jank 2000: 90- 93).

- ökonomische Funktion

Medien machen Märkte überschaubarer da sie diese vergleichbar machen können. Dadurch kann auch eine Europäisierung beziehungsweise eine Globalisierung der Märkte/Waren etc. schneller vorangetrieben werden (nt.eit.uni-kl.de/fileadmin/lehre/mform/WS10_11/Medien_und_Gesellschaft_10.12.2010_gek.pdf).

Da Massenmedien den Warenumsatz beschleunigen, sind sie Motor des kapitalistischen Wirtschaftskreislaufs (Werbung festigt die kapitalistischen Produktions- und Machtverhältnisse). Sie bringen aber auch die Leistungen der Wissensvermittlung, Sozialtherapie und Legitimationshilfe. Sozialtherapie zum Beispiel dadurch, indem man „normale“ Menschen am Leben Prominenter teilhaben lässt, auch wenn es um persönliches Leid geht. Dadurch soll der Grad der Befriedung mit der eigenen Lage gesteigert und gefestigt werden (Jank 2000: 93- 95).

Beim Antrieb für den Wirtschaftskreislauf spricht man von der Zirkulationsfunktion die als zentrales Element der ökonomischen Funktion angesehen wird. Die regenerative Funktion bringt Vorteile, da die Rezipienten durch die entspannende Wirkung der Medien psychisch und physisch erholt ist und somit auch wieder produktiver arbeiten kann (Burkart 2002: 397-402).

- Informationsfunktion

Diese Funktion ist eine Leistung, die die Massenmedien auf allen Systemen erbringt (soziale, politische, ökonomische, gesellschaftliche,...). Information ist dann, wenn man etwas Neues erfährt. Somit beseitigt, beziehungsweise vermindert Information Ungewissheit. Allerdings kann das „Neue“ auch darin bestehen, dass bereits bekanntes in ein neues „Kleid“ gesteckt wird. Wichtig dabei ist, stets ein hohes Maß an Objektivität, das nur als ein Annäherungswert begriffen werden kann- Annäherungen an die vielen subjektiven Betrachtungsweisen der Realität. Das bedeutet, es wäre löblich,

wenn möglichst viele Standpunkte in die Berichterstattung einfließen würden (Jank 2000: 95).

Aufgrund dessen, dass sich 66 Prozent der europäischen Bürger über das Fernsehen informieren, 46 Prozent über die Tageszeitungen, 31 Prozent übers Radio, 21 Prozent nutzen die Information mit Verwandten und dergleichen und nur neun Prozent über Bücher, Broschüren oder Informationsblätter, kann man gut und recht behaupten, dass die Medien DER zentrale Mittler zwischen Bürger und der Politik sind (Birner 2005: 50). Beziehungsweise gelten sie unter vielen Autoren auch als ein „intermediäres System“, welche als Verbindung, zum Beispiel in der politischen Kommunikation, zwischen dem Publikum und der Politik fungiert (Wimmer 2000).

Die „politische Kommunikation“ der Massenmedien ermöglicht laut Almond „a free flow of information from the society to the polity and, in the polity from the political structure to political structure. It also makes possible an open feedback from output to input again“. Das bedeutet, dass Massenmedien die Forderungen der Bürger an das politische System vermitteln (Input-Prozesse), ebenso wie sie auch die Herstellung bindender Entscheidungen und deren Durchsetzung vermitteln, beziehungsweise Feedback Prozesse. Damit sind die Reaktionen der Bürger auf die politischen Entscheidungen gemeint. Die umfassende Vernetzung aller politischer Akteure durch die Medien kann auch als „general linkage“- Funktion bezeichnet werden (Veltmer 1998/ 99: 27).

Der Politikwissenschaftler Hans J. Kleinsteuber meint, dass Massenmedien ein Teil technischer Verbreitungsmittel für Information ist, der sich mit seinen Aussagen an eine breite Öffentlichkeit richtet, also an eine Empfängerschaft, die prinzipiell nicht begrenzt oder personell definiert ist. Kommunikation ist das zentrale Instrument individueller Identitätsbildung und auch ein Mittel, um diese Identität in einen gemeinschaftlichen Kontext geben zu können (Beierwaltes 2000: 9- 10).

Grundsätzlich kann jede Kommunikation an jede Kommunikation anschließen, die Bedingung ist, dass ein Sinnzusammenhang besteht. Wenn eine Person jemand anders nach dem Weg fragt, wäre es nicht sinnzusammenhängend, wenn dieser Jemand mit einer Frage nach dem Glauben an Jesus Christus antwortet. Das bedeutet, dass man zwischen den Teilkomplexitäten der Systeme Grenzen aufbauen muss. Diese Ausdifferenzierung in Teilsysteme erfolgte immer schon, durch zum Beispiel evolutionäre Errungenschaften wie dem Geldwesen, dem spezifischen Wirtschaftssystem, oder Ähnliches wie zum Beispiel verschiedenen politischen Ämtern die klare Zuständigkeiten haben. Bei den Massenmedien waren die neuen Verbreitungstechnologien für die Ausdifferenzierung verantwortlich. Dabei war vor allem der Buchdruck wichtig, der die Kommunikation an „alle“ revolutionierte. Aber wie wird die Anschlussfähigkeit an die Kommunikation im System erkannt, beziehungsweise produziert. Schließlich vergisst man sehr viel und sehr schnell. Es muss daher ständig neu produziert werden. Der Code, mit dem Massenmedien arbeiten, ist die Unterscheidung in Information und Nichtinformation. Die Information ist somit der positive Wert dieses binären Codes. Doch um die Information erkennen zu können braucht es als Gegenpart Nichtinformation. Das bedeutet, der Reflexionswert ist lebensnotwendig für das System der Massenmedien.

Eine weitere Selektion ist die, dass man den Informationswert aufgliedert in einzelne Teilbereiche (Sport, Politik, Wirtschaft, ...). Wichtig beim Code Information und Nichtinformation ist auch die Zeit. Denn ein und dieselbe Information noch einmal zu bringen, ist vom Sinn her dieselbe und wird dann eigentlich zur Nichtinformation. Das System führt nämlich dann durch das nochmalige Bringen der Information - vorausgesetzt ist die Bekanntheit von Sachverhalten - Nichtinformation in das System. Deshalb ist es auch dazu gezwungen, ständig neue Information und nicht nur Nichtinformation zu bringen. Somit verwaltet sich das System eigentlich selbst (Luhmann 2004: 32- 42).

„Every newspaper when it reaches the reader is the result of a whole series of selections as to what items shall be printed, in what position they shall be

printed, how much space each shall occupy, what emphasis each shall have. There are no objective standards here. There are conventions" (Lippmann 1922: 354).

Lippmann erkannte, dass die Wirklichkeit aufgrund ihrer Komplexität, medial nicht angemessen dargestellt werden kann. Lippmann benutzte den Begriff „Nachrichtenwert“ (news value). Darunter verstand er die „Publikationswürdigkeit von Ereignissen“. Die verschiedenen Kriterien die diese publikationswürdigen Ereignisse ausmachen, sind die Ungewöhnlichkeit des Ereignisses, der vorhandene Themenbezug, zeitliche Begrenzung, Einfachheit, Konsequenzen, die beteiligten Personen und die Lage des Ereignisortes (Staab 1990: 41).

Neben der Nachrichtenwert-Theorie, die besagt, dass Ereignissen bestimmte Eigenschaften zugeschrieben sind die Aussagen über den Publikationswert treffen lassen (Nähe, Prominenz, Aktualität etc.), gibt es auch noch die Gatekeeper-Forschung und die News-Bias-Forschung (Staab 2002: 608).

Erstere beschäftigt sich damit, wie und vor allem welche Informationen zum Rezipienten gelangen. Das heißt die Prozesse der Informationsbeschaffung und die Informationsauswahl sind bei der Gatekeeper-Forschung wesentlich. „Der Journalist als Gatekeeper erzeugt keine Medienwirklichkeit, er sorgt lediglich dafür, dass nur bestimmte Informationen an die Öffentlichkeit gelangen“ (Eichhorn 1996: 147).

„Im Wesentlichen entspricht das Gatekeeper-Modell der Struktur der Stimulus-Response-Theorien und definiert die Nachrichtenauswahl als Wirkungsprozess. Vereinfacht gesagt, werden hier die Ereignisse als unabhängige, die Selektionsunterscheidungen der Journalisten als intervenierende und die Berichterstattung als abhängige Variable betrachtet“ (Staab 1990: 14).

Jedoch darf auf die Wichtigkeit der Nachrichtenagenturen nicht vergessen werden. Demnach hat der Journalist weniger die Funktion des Gatekeepers inne, als dies die Nachrichtenagenturen haben. Denn diese wählen

Ereignisse aus und geben diese weiter, lange bevor der Journalist vor dem Blattspiegel in der Redaktion sitzt und sich überlegt, wo was wie stehen soll. Boetzkes spricht von Alpha- Beta-Gatekeepern. Erstere sind jene, die am Anfang und/oder auch am Ende der Nachrichtenkette stehen. Die Beta-Gatekeeper sind die, die dazwischen sind und entscheiden was sie weiter geben und was nicht (Boetzkes 2008: 27).

Schlussendlich darf bei der Nachrichtenselektion die „News-Bias-Forschung“ nicht fehlen. Experimentelle Studien, Inhaltsanalysen oder Befragungen sollen Aufschluss über einseitige Entwicklungen geben und politische Tendenzen analysieren und die Ursachen erforschen. Wesentlich bei dieser Forschung, ist der Konnex zwischen Journalisteneinstellung und Nachrichtenselektion, sowie die Berichterstattung (Staab 1990: 27).

Die Befähigung der Bürger, kritisch zu denken, also in der Lage zu sein zwischen richtig und falsch, beziehungsweise zwischen relevanter Information und weniger relevanter unterscheiden zu können, ist meines Erachtens eine unabdingbare Fähigkeiten die es bereits in jungen Jahren zu fördern gilt. Wenn derlei Wille zum Erfahren von „mehr“ aber nicht vorhanden ist, bei Medien würde dies den Konsum von solchen zur Folge haben, also Bürger die die zuvor genannten politischen Funktionen nicht erfüllen, dann wäre es möglich, dass jene Bürger in Konfliktsituationen nicht mit der restlichen Gesellschaft „mit kommen“. Konkret würde dies bedeuten, dass man eigentlich zum Spielball der „Mächtigen“ wird, da man inhaltlich gar nicht in der Lage ist, mitzudiskutieren, und in Folge dessen auch nicht befähigt ist, seine Anliegen dementsprechend artikulieren zu können. Es ist aber auch auf der anderen Seite problematisch, wenn die Unwissenheit der Masse das Wissen der Elite zu dominieren versucht, und eben auch umgekehrt. Ausgeglichenheit von sehr gut informierten Menschen in speziellen Bereichen und die vernünftige Weitergabe dieses Spezialwissens in abgespeckter/verständlicher Form an die Allgemeinheit wäre natürlich wünschenswert, da niemand über alles Bescheid wissen kann. Ein ständiger Austausch zwischen beiden - wobei der Fluss der Information nicht

eindimensional sein soll, da keiner der beiden Gruppen das Recht hat sich als den großen „Versteher“ der Realität zu sehen, wäre wichtig. Dieses Defizit an Inhalten/Information wird gerade bei Wahlkämpfen zwar von so gut wie jedem beklagt, doch „schuld“ sind wir Bürger sehr oft selbst, da sich doch erfahrungsgemäß Informationshäppchen am Besten „verkaufen“ lassen und uns die nähere tiefere Beschäftigung mit Themen und Dingen aller Art in Anbetracht der vielen Infotainmentangeboten kaum noch zu interessieren scheint. Es reicht vielleicht auch nicht, permanent nach Volksabstimmungen (diese werden oftmals von vielen Politikern als Schlüssel zu mehr Demokratie gesehen) zu rufen und wenn diese nicht kommen, die Europäische Union oder andere Systeme als undemokratisch herabzustufen. Es ist aber sicher nicht egal, wie sich das Volk zu Wort meldet, da wie gerade vorhin erwähnt, ein ständiger mehrdimensionaler Informationsaustausch wesentlich ist.

Beispiele für Beteiligungsformen in einer Demokratie

Volksabstimmungen sind bindend und müssen dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden, wenn eine Gesamtänderung der Bundesverfassung (Beitritt zur EU im Jahre 1995) vorliegt.

Eine weitere Möglichkeit, Meinungen des Volkes einzuholen, ist das Abhalten von Volksbegehren. Diese stellen ein Initiativrecht dar, das den Gesetzgeber veranlasst, „sich mit einer bestimmten Materie zu befassen und die Materie im Sinne der Initiative zu entscheiden“. Der Initiator hat nach entsprechender Unterstützung das Recht darauf, dass sich der Gesetzgeber mit der Materie beschäftigt, „er hat aber kein Recht auf eine Entscheidung im Sinne des Begehrens“ (Ucakar 2009:80-81). Volksbegehren sind eine Petition der Bürger an den Nationalrat. Wenn dieses Begehren von mehr als 100.000 Menschen unterschrieben wird (oder von mindestens einem Sechstel der Bürger aus drei Bundesländern) muss es dem Nationalrat vorgelegt werden. Die Kammer muss dem aber nicht Rechnung tragen.

Ein weiteres Instrument direkter Demokratie sind Volksbefragungen. Sie sind unverbindlich und sollen die Haltung der Bürger zu einem Thema zeigen (demnächst im Jänner 2013 zum Thema: Wehrpflicht oder Berufsheer). Da ohnehin ständig Meinungsumfragen von Instituten in Auftrag gegeben werden, sind meiner Meinung nach im Gegensatz dazu, die viel teureren Volksbefragungen bis zum Jänner 2013, noch nie in Österreich abgehalten worden.

Entscheidungen der Politik basieren heute meist auf ein Miteinander mit NGO's (Non- Governmental- Organisations) und Berufsvertretungen (zum Beispiel der Kammern). Eine weitere Variante, um das Volk möglichst nahe an Entscheidungsprozessen mitwirken zu lassen, sind zivilgesellschaftliche Bürgerkonvente (www.ig-eurovision.net). Etwas Ähnliches wurde auch bei der Ausarbeitung der EU- Verfassung eingerichtet - der Europäische Konvent - an dem viele Interessensgruppen eingebunden worden sind. Allerdings erreichen diese Konvente meistens nur eine Elite, also nicht die große Masse.

Die Volksabstimmung ist neben der Volksbefragung oder dem Volksbegehren eine weitere Einrichtung der direkten Demokratie. Sie findet dann statt, wenn beispielsweise ein Drittel der Nationalratsabgeordneten dies verlangt. Bei einer Gesamtänderung der Bundesverfassung ist sie obligatorisch. Was in letzter Konsequenz eine Gesamtänderung der Verfassung bewirkt, entscheidet der Verfassungsgerichtshof. Bei der Volksabstimmung entscheidet die Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen. In Österreich herrscht keine Untergrenze der Beteiligung (Ucakar 2009: 83).

All diese Möglichkeiten der Beteiligung setzen natürlich im Idealfall auch Meinungsfreiheit und einen funktionierenden Medienmarkt voraus. Das Recht auf Meinungsfreiheit ist im Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben. Es gilt laut UNO die „herausragende Rolle der Presse“ für die Demokratie, weil durch sie die Meinungsbildung durch die politische Führung und ihre Absichten unentbehrlich ist. Dadurch ist

der Bürger dann befähigt, am politischen Diskurs teilzunehmen (Callamard 2007).

Was aber nicht in diesem Artikel drin steht, ist eine Art Informationsauftrag wie ihn die öffentlich- rechtlichen Medien in zum Beispiel Deutschland kennen. Diesbezüglich legte sich nämlich Großbritannien quer, da sie eine liberale Auffassung vertreten (EMR- Fachtagung in Zusammenarbeit mit der Europäischen Rechtsakademie Trier vom 22.- 23. März 2001 in Trier 2001: 17).

Die Interessensvermittlung zwischen Volk und dem Staat, geschieht von der Gesellschaft zum Staat. Die Politikvermittlung beschäftigt sich dann damit, wie die Institutionen mit dem Transferprozess und den Entscheidungen authentisch an den Bürger „zurückgehen“ und diesen „ansprechen“. Die Vermittlungsprozesse zwischen Bürger und dem Staat passieren in einem „intermediären System“, beispielsweise über Wahlen, bei denen der Wahlakt der Interessensvermittlung und der Wahlkampf der Politikvermittlung dient (Weßler et.al. 1996: 201-203).

Durch die Flut an „Neuen Medien“ ist die Auswahl schier unendlich geworden und somit die Wahl, für und gegen bestimmte Informationen und Themen die unsere Aufmerksamkeit erfordern, schwer.

Rational Choice Theory

Die „Rational-Choice-Theory“ meint, dass die „Kosten“ die man aufwenden müsste um Information generieren zu können, im Gegensatz zum „informierten“ Bürger zu hoch wären. Da das „sich informieren“ laut der Theorie eigentlich unsinnig ist, muss es eben etwas anderes geben das Menschen dazu berufen sieht, sich diese „Mühen“ der Informationsbeschaffung aufzubürden. Die „rational choice theory“ spricht hierbei von der „Bürgerpflicht“, an die appelliert werden muss- denn wer möchte schon als „schlechter Bürger“ da stehen (Arzheimer 2003: 574- 577)?

Aus medientheoretischer Perspektive ist klar, dass Massenmedien für das Vorstellen der Kandidaten und Parteien, sowie deren Programme wichtig sind und diese Art der Gestaltung der Beiträge von nicht unwesentlicher Bedeutung ist, was die Wahlentscheidung der Rezipienten anlangt (ein Beispiel wäre das Antreten und Bewerben der Liste von Hans-Peter Martin bei den letzten Europawahlen, unterstützt durch die „Krone“).

Die medienorientierte Perspektive Wie entstehen Wahlentscheidungen?

Die Wahlentscheidung wird

1. beeinflusst durch die politischen Gegebenheiten und Entwicklungen, im Generellen und in den verschiedenen Politikfeldern im Speziellen. Das politische Personal ist im Mittelpunkt, also ihre Motive, Ziele und Aussagen.
2. ist die Darstellung der politischen Verhältnisse wichtig. Dabei kommt den Massenmedien als Vermittler eine wesentliche Rolle zu und
3. ist die Wahrnehmung der politischen Verhältnisse durch das Individuum wichtig.
4. ist die Vorstellung der Wähler von der politischen Lage zu erwähnen. Dabei geht es um die Haltung zu politischen Sachfragen (Issues), ebenso wie um das Verhalten, den Charakter der Kandidaten.
5. kommt es zur Entscheidung der Wähler. Der Informationsfluss ist aber nicht nur eindimensional- auch Politiker erhalten schon vorab einen Stimmungstrend (Dahlem 2001: 24).

Die Frage ist jetzt, woher die Bürger ihre Vorstellungen bekommen? Aus den Massenmedien oder aus anderen Quellen? Und welchen Stellenwert haben die einzelnen Medien? Weiters wäre dabei wichtig zu eruieren, wie die Menschen die Medien wahrnehmen.

Die Stufen des Informationsflusses kann man unter anderem auch so darstellen:

Realität ... Darstellung ... Wahrnehmung ... Vorstellung ... Wahlentscheidung und umgekehrt (Dahlem 2001: 25).

Wie bereits erwähnt, können Massenmedien nur eingeschränkt beeinflussen, wie über was gesprochen und geurteilt wird, jedoch können sie sehr wohl Einfluss darauf nehmen, über was gesprochen/debattiert wird (Agenda-Setting). Die Medienwirklichkeit ist aber sehr folgenreich, da für die meisten Menschen die meisten Bereiche der Operationswirklichkeit nur über die Medienwirklichkeit zugänglich gemacht wird und da im Speziellen die Bereiche der Politik. Gerade in solchen Fällen kann Medienwirklichkeit nicht mit Wissen aus der eigenen Lebenswelt abgeglichen werden (Patzelt 2003: 390).

Massenmedien haben zweifelsfrei Einfluss auf das Kandidatenimage, die Vorstellungen von politischen Sachfragen sowie auf die Wahrnehmung der öffentlichen Meinung. Doch wie schlagen sich diese Dinge langfristig auf die Wahlentscheidung nieder?

Die Präsidentschaftsdebatte zwischen Kennedy und Nixon im Jahre 1960, genauso wie die zwischen Ford und Carter 1976, lösten nachhaltige Forschungsanstrengungen aus. Kurzfristig blieben Wahrnehmungseffekte spürbar, aber ob sie auch langfristig blieben ist fraglich. Auf jeden Fall prägt aber die Themenagenda der Massenmedien auch die Themenagenda der Leser. Doch auch dabei gilt, man weiß eventuell woran die Leser denken, doch was sie dabei denken ist unklar. Iyengar, Peters und Kinder (1982) versuchten der Thematik nachzugehen, inwiefern durch die Medienberichterstattung etablierte thematische Rahmen die Bewertung des Präsidenten beeinflusst. Ihre These, die sie vorab in einem Buch mit dem Titel „News that matters“ publizierten, wurde darin bestätigt. Ergebnis war, dass Wähler die Spitzenkandidaten aufgrund der Kriterien beurteilen, die in der Medienberichterstattung thematisiert werden. Das bedeutet, dass wenn über Arbeitslosigkeit viel publiziert wird, dann wird der Kandidat anhand dieser Kriterien, dieser Thematik hin durchleuchtet und bewertet. Eine andere Studie von Elisabeth Noell- Neumann aus dem Jahr 1973 (Aufsatz: „Return to the concept of powerful mass media“) verweist auf die

besondere Bedeutung der Wahrnehmung des Meinungsklimas für die Urteils- und Entscheidungsbildung der Wähler (Dahlem 2001: 32).

Da die Prägung durch diverse soziale Gruppen nachgelassen hat und die formale Bildung, sowie generell das Interesse an Politik, zugenommen hat, spielen Medien eine ganz wesentliche Rolle bei der Meinungsbildung. Die Massenmedien sind Bindeglieder zwischen der Darstellung der politischen Lage und der darauf bezogenen Vorstellungen der Wähler. Grundsätzlich gilt, wer Politik entwirft, der muss auch ihre Kommunikation mit einbeziehen. Die politischen Parteizentralen sind deswegen auch zu riesigen Kommunikationsinstitutionen mit diverser Spin- Doktrinen geworden. „Wer die Medien gewinnt, gewinnt die Wahl“, vor allem auch bei den Meinungsseiten (Dahlem 2001: 252).

Anlässlich der Art und Weise wie die grundlegende Änderung der sozialdemokratischen Ausrichtung bezüglich Europafragen lanciert worden ist (Leserbrief des Kanzlers Gusenbauer und des designierten Parteichefs Faymann in der „Krone“) kann man sehen, dass dieser Satz durchaus Aussagekraft hat.

Beschriebenes vielzitiertes Beispiel betreffend die Macht der Kronen Zeitung (Leserbrief von Gusenbauer) war die Nationalratswahl in Österreich im Jahre 2008. Diese wäre ohne einen bestimmten Leserbrief von sozialdemokratischer Seite nicht denkbar gewesen. Dabei ging es um einen Leserbrief in der Kronen Zeitung an den Herausgeber dieser Zeitung. Absender war niemand geringerer als der damalige Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer mitsamt dem geschäftsführenden Parteivorsitzenden Werner Faymann. Dieser wurde nach der Wahl dann auch der nächste Bundeskanzler. Inhalt des Leserbriefes war, dass die beiden roten Parteigranden einforderten, in Österreich künftig Referenden abhalten zu wollen, wenn es um europäische Vertragswerkänderungen geht. Schlussendlich nahm die ÖVP unter dem Parteivorsitzenden Molterer dies als Anlass, um die Koalition mit der SPÖ aufzukündigen und Neuwahlen auszurufen. Dadurch kam es zum ersten Mal in der österreichischen

Geschichte zu vorzeitigen Neuwahlen, hervorgerufen durch einen europapolitischen Dissens.

Medieneffekte auf Wahlentscheidungen

„Politik und Medien sind in Struktur und Entwicklung ineinander verschränkt. Deswegen hat sich das Verhältnis zwischen Massenmedien und vor allem den politischen Institutionen ständig verändert“ (Schneider 1998, 422).

Grundsätzlich werden Entscheidungen meistens „top of the head“ getroffen. Die aktuell verfügbaren Themen werden als Kriterium der Beurteilung einer Partei, oder eines Kandidaten herangezogen. Die Theorie der „beschränkten Rationalität“ besagt, dass man sich bei der Informationsgenerierung auf „information short cuts“ reduziert, da man sich schlichtweg nicht alles merkt. Der Überblick, den nur eine Elite hat, fehlt somit bei der Masse (Plasser 2010: 275).

Ich habe die Funktionen von Medien bereits vorhin genauestens dargestellt („Salience Modell“, „Awareness Modell“,...) insofern beschränke ich mich hier nur mehr auf ein paar wenige Funktionen.

Grundsätzlich gilt meines Erachtens, dass man aus jedem Thema ein interessantes machen kann. Dabei ist es völlig egal ob dieses Thema für irgendwen relevant ist. Es wird einfach interessant gemacht. Wichtig dabei ist, spektakuläre Bilder oder Schreibstile zu entwickeln. Eine Dürrekatastrophe bei der man nur ein grünes Feld sieht, dadurch aber viele Menschen umkommen, löst nicht denselben Effekt aus wie eine Überflutung in Gebieten wo ein paar Menschen mit Helikoptern aus den Fluten gerettet werden und diese Katastrophen de facto jedes Jahr von Neuem passieren. Auch wenn bei ersterem Ereignis 100-mal mehr Menschen umkamen, werden die Bilder der Fluten eher in Erinnerung bleiben. So ist es auch in der Innenpolitik. Man muss eben auffallen mit Aussagen und Aktionen, sonst interessiert das Thema niemand.

Durch „Framing“, dies wird auch oftmals als das „Agenda-Setting“ der 2.Ebene gesehen, wird die Art und Weise wie Medien mit Themen umgehen, gekennzeichnet. Die Medien machen durch die notwendige Selektion, bestimmte Hervorhebungen und Betonungen, aber auch durch Exklusion von Themen und Inhalten gewisse Ausschnitte der Realität deutlich. Dadurch löst man bei den Rezipienten eine bestimmte Sichtweise eines Problems, kausale Interpretationen und Bewertungen aus (Plasser 2010: 276).

„Politisches Handeln, was immer man darunter verstehen mag, ist in der Mediengesellschaft tendenziell Handeln unter den Augen der Medien“ (Sarcinelli 1998a, 19).

Wenn hingegen hinter der Auswahl der Themen ein redaktionspolitisches oder ein verlegerisches Konzept steht, dann kommt die „News Bias“ – Forschung ins Spiel. Sie hat ihre Aufgabe darin, Einseitigkeiten und Unausgewogenheiten in der Berichterstattung zu messen und ihre Ursachen aufzudecken (Plasser 2010: 276).

Die Agenda-Setting-Theorie „thematisiert mittel- bis langfristige kognitive Effekte der Massenkommunikation. Ausgangspunkt ist die Prämisse, dass vor jeder Meinungs- und Einstellungsbeeinflussung durch die Medien die Funktion der Thematisierung steht“ (Bonfadelli 2004: 237).

Den Ausdruck der „Agenda-Setting-Forschung of Mass Media“, der besagt, dass die Medien durch spezielle Berichterstattung Themenschwerpunkte setzen und in der Öffentlichkeit festlegen und so die Rezipienten für bestimmte Themen empfänglicher und aufmerksamer machen, wurde von den beiden Wissenschaftlern McCombs und Shaw im Jahre 1972 geprägt. Ihre Chapel-Hill Studie gilt als Vorreiter. Dabei wurden 100 Wählermeinungen zu Themen der Präsidentenwahl 1968 in den USA, mit der Berichterstattung in Lokalmedien, verglichen (Eichorn 1996: 7).

Auch wenn das Sample nur sehr klein war, war für McCombs und Shaw der enorme Wirkungsfaktor der Medien auf die Rezipienten klar ablesbar aus der Studie (Eichorn 1996: 12-14).

So wie ich die Aktionen der Kronen Zeitung vorhin beschrieben habe (z.B.: Gusenbauer-Faymann Leserbrief), so könnte man auch bestimmte Aktionen der britischen Tageszeitung „The Sun“ und der deutschen „Bild-Zeitung“ empirisch nachweisen. Dort gab es „implizite Wahlempfehlungen“, als Bevorzugung einer Partei oder Kandidaten in der Berichterstattung, allerdings ohne, dass dies als Wahlempfehlung kenntlich gemacht wurde. Als Beispiel für Wahlempfehlungen eignet sich wiederum die Wahl zum Europäischen Parlament 2009 in Österreich. Daten aus Inhaltsanalysen der tagesaktuellen Berichterstattung österreichischer Medien in den Wochen vor der Wahl 2009 zeigten, dass 95% der Medienpräsenz von HPM auf die Kronen-Zeitung entfiel. Weiters fand man heraus, dass 80% der Berichte und Erwähnungen HPM's in der Kronen Zeitung in der Tonalität positiv waren (Plasser 2010: 277).

Hans-Peter Martin wird von der Kronen Zeitung als der Gute dargestellt, der zwar Politiker sei, jedoch eine Ausnahme bilde, da er Missstände aufdeckt. Der selbsternannte, und von der Kronen Zeitung schon beim Wahlkampf 2004 auch so dargestellte, Vertreter der einfachen Leute, wird „als Rebell und Einzelkämpfer gegen die mächtigen EU-Politiker“ dargestellt (Pesendorfer 2007: 183).

Die Kronen Zeitung vermittelt das Gefühl, dass bei Hans-Peter Martin alles erlaubt zu sein scheint und der Zweck HPM's alle Mittel heilt. Sollte die Kronen Zeitung für etwaige Entgleisungen bei der Berichterstattung gerügt werden, stellt sie sich sogleich als Opfer dar und geht zum Gegenangriff über (dies passiert insbesondere auf der für die Zeitung so wichtigen Leserbrief-Seiten) (Pesendorfer 2007: 184).

Ein von Mathias Kepplinger eingeführtes Konzept in der Agenda Setting Forschung nennt sich Strategie der „instrumentellen Aktualisierung“. Dabei geht es um das gezielte Hoch- und Herunterspielen einzelner Themen und Themenaspekte in der redaktionellen Berichterstattung. Zum Beispiel koppelt

sich die Kronen Zeitung manchmal total von der Tagesaktualität ab, beispielsweise wurde zeitweise tage- und wochenlang über die „Temelin-Thematik“ (Kernkraftwerk Temelin in Tschechien) berichtet.

Wenn man permanent nur monothematisch unterwegs ist und dahingehend seine Schwerpunkte setzt, dann überschreitet instrumentelle Aktualisierung die Grenze zum Kampagnenjournalismus. Beispielsweise die Thematisierung von Temelin vor und nach dem Volksbegehren. Die Kronen Zeitung mutierte im Kampagnenzentrum von einer Tageszeitung zu einer redaktionellen Mobilisierungsplattform (Plasser 2010: 277-278).

Bei der Agenda-Setting-Forschung steht, wie bereits vorhin erwähnt, nicht die Tendenz der Berichterstattung im Vordergrund, sondern vielmehr worüber die Medien berichten. Die Agenda-Setting-Forschung meint also, dass die Medien nicht die Rezipienten hinsichtlich ihrer Gedanken beeinflussen, sondern sie beeinflusst sie dahingehend, worüber sie nachdenken, also über welche Themen sie sich Gedanken machen und diese dann somit für die Rezipienten auch wichtig sind, beziehungsweise welche Probleme sie für lösungsbedürftig halten (Brosius 1994: 270).

Ob es Agenda-Setting Effekte gibt oder nicht kann durch die Verknüpfung mindestens zweier Analyseinstrumente zurück zu führen sein. Die Inhaltsanalyse erfasst die Themenstruktur der Medien und andererseits untersucht die Bevölkerungsbefragung die Wahrnehmung und Präsenz in der Bevölkerung. Durch mehrere Erhebungen kann dann die Kausalitätsrichtung bestimmt werden (Bonfadelli 2004: 239).

Sollte eine Korrelation zwischen Medien und Meinungen der Bevölkerung bestehen, dann gibt es laut Eichhorn (1996: 27) vier Möglichkeiten wie diese entstanden sind:

1. Wirkung der Medien auf die Bevölkerungsmeinung
2. Wirkung der Bevölkerungsmeinung auf die Medien
3. Wechselwirkung zwischen Medien und Bevölkerungsmeinung

4. Wirkung eines oder mehrerer externen Faktoren auf Medien und Bevölkerungsmeinung

Eichhorn stellt bei seinen Untersuchungen fest, dass „der Einfluss eines medial präsentierten Themas von vier Variablen abhängig sein kann: Themen, Rezipienten, Medien und Umwelt“ (Eichhorn 1996: 27).

Wichtig ist, dass Rezipienten mit einem Thema kontinuierlich konfrontiert werden, ohne, dass dabei eine Sättigung eintritt. Auf seiten der Rezipienten ist zu beachten, dass für die Agenda-Setting Effekte nicht die Nutzungsdauer, sondern die Nutzung an sich genauso wie die Motive der Nutzung relevant sind. Zeitungsleser können eine größere Bandbreite an Themen angeben als Rundfunkhörer, ebenso wie Menschen die Medien als Orientierungs- und Entscheidungshilfe nutzen stärker beeinflusst werden als jene die Medien bloß als Ablenkung und Entspannung nützen. Weiters bilden Fernsehberichte eher einen kurzfristigen Effekt, Printmedien eher einen langfristigen, da dabei der Leser frei entscheiden kann, wie lange er sich mit welchem Artikel beschäftigen möchte. Aber auch die Umwelt der Medienkonsumenten ist wesentlich. Während eines Wahlkampfes steigt das Interesse für politische Vorgänge und Menschen fangen an, sich für die Thematik zu interessieren, da man sich der Umwelt auch anpassen möchte. Weiters ist der Kontakt zu anderen Menschen ein zusätzlicher Motivationsfaktor um sich für bestimmte Themen zu interessieren (Eichhorn 1996: 30-41).

Kritik an der Agenda-Setting-Forschung äußerte Brosius 1994. Es würde zu sehr auf die Häufigkeit von Themen geachtet und weniger auf den Inhalt, Aufbereitung und andere wesentliche Strukturen würden eher außer Acht gelassen. Weiters gibt es bei den verschiedenen Studien zahlreiche Qualitäts- und Konzeptionsunterschiede. Brosius verglich über 200 Studien. Bei den älteren traten mehr Agenda-Setting-Effekte zum Vorschein, bei den jüngeren Studien eher weniger. Dies dürfte an den geänderten Bedingungen bei Methodik und Analyseinstrumente von damals und heute liegen. Auch gibt es bei einem Großteil der Studien keine Unterschiede zwischen Kurzartikeln und großen Reportagen (Brosius 1994: 269-275).

Auch wenn viele Studien auf Agenda-Setting-Effekte hinzielen, wird der Ansatz oft skeptisch betrachtet. Die Reichweite, die Allgemeingültigkeit und das theoretische Konzept dieses Ansatzes werden hinterfragt. Wesentliche Verbesserungen würden mehr Spezifikation statt Allgemeinheit bringen. Der Ansatz sei zu allgemein. Brosius schreibt dazu:“ Die Medienagenda beeinflusst die Rezipientenagenda für einige Rezipienten, für andere nicht; bei einigen Themen, bei anderen nicht, zu einigen Zeitpunkten, zu anderen nicht“ (Brosius 1994: 278).

Europäische Integration und Wahlverhalten

Wahlen gelten als Instrumente, die die Policy-Präferenzen der Bürger mit den Entscheidungen der politischen Repräsentanten verknüpft. Damit diese elektorale Verknüpfung zwischen Volk und Politik passieren kann, müssen sich, wie bereits oft erwähnt, einerseits die Politiker responsiv gegenüber den Anliegen und Meinungen des Volkes verhalten, und zum anderen müssen die Bürger sich für die Anliegen, die eine Gesellschaft, einen Staat betreffen können, interessieren und informieren um daraus Wissen und in weiterer Folge argumentativ fundierte Meinungen zur Wahlabsicht generieren zu können. Die Bürger stützen sich bei ihren Wahlabsichten auf bestimmte Issues (Themen, Sachverhalte) und belohnen oder bestrafen die Politiker der jeweiligen Partei bei der Wahl wegen derer (Fehl-) Leistungen oder sie stimmen für jene Partei deren Policy Angebot das scheinbar Beste ist. Policy-orientiertes Wahlverhalten ist nicht selbstverständlich und ist an mehrere Voraussetzungen verknüpft. Der Issuewähler nimmt eine Policy Position wahr und hat dazu eine bestimmte Position. Weiters klärt er die Positionen der anderen Parteien die zur Wahl stehen. Sollten dabei Unterschiede und daraus resultierend sich eine andere Meinung entfalten, kann er sich sogar für eine andere Partei, also eine die er nicht von Anbeginn präferiert hatte, entscheiden. Ein Issuewähler ist aber nicht ein solcher, der eine Partei wegen seinen Issues wählt, denen er sich aber auch schon seit Langem verbunden fühlt. Dies deshalb, da langfristige Parteibindungen nicht nur die

Wahlentscheidung, sondern vor allem auch die Issueentscheidung und Wahrnehmung prägen (Plasser 2010: 315-316).

Lange Zeit galt die Europapolitik als reine Elitenangelegenheit, die die Wahlentscheidungen nicht wesentlich beeinflussen würde. Mittlerweile ist den meisten Bürgern der Europäischen Union klar, dass die fortschreitende europäische Integration ihr eigenes Leben stark beeinflusst (Euro, Flüchtlingsproblematik, Auslandseinsätze der Streitkräfte, neue geänderte Handelsbestimmungen für Unternehmen und Konsumenten, Studienaustauschprogramme, Studienplatzregulierung hinsichtlich ausländischer/europäischer Studenten, etc.).

Insofern würde ich von einem permanent wachsenden Einfluss der Thematik rund um die Europäische Union/Integration hinsichtlich nationaler Wahlentscheidungen und Bewertungen nationaler Parteien sprechen. Der mediale Ablauf der Wahl zum Europäischen Parlament im Jahre 2009 war bestimmt „issuegeladener“ mit europäischen Themen, als es die vorhergehenden Wahlen je waren. Was in 20 Jahren sein wird, weiß man nicht, doch die Wahl 2014 wird die „Issueaufladung“ mit europäischen Themen meines Erachtens sicherlich bei Weitem noch überbieten. Ich sehe es als ein Faktum, dass europäische Themen über kurz oder lang Einzug in die nationalen Wahlentscheidungen der Menschen und ihrer Bewertungen der Parteien halten werden. Bestes Beispiel sind die europäischen Stabilitätsmechanismen – Monatlang hört man die Begriffe EFSF, ESM, EZB-Anleihekäufe und dergleichen. Man wird nicht umhin kommen, sich verstärkt europäisch zu verständigen und zu repräsentieren, auch wenn man es als nationale Thematik oft darstellen möchte. Im Hinterkopf werden nicht nur Politiker, sondern auch Journalisten und Bürger den europäischen Kontext vor Augen haben müssen und sich verstärkt dahingehend orientieren, also auch Information generieren. Es wird notwendig sein, das Volk, die Völker über die Interdependenzen der einzelnen Volkswirtschaften besser aufzuklären, interessierter zu machen, um auf plötzlich eintretende Ereignisse, positiver wie auch negativer Art, auf Grund des Vorwissens, bestmöglich reagieren zu können.

Ein gutes Beispiel für die Erkenntnis, dass Themen nicht in starre Rubriken einteilbar sind und dass der europäische Kontext wesentlich ist, ist die älteste noch erscheinende Tageszeitung der Welt, die Wiener Zeitung (seit 1703). Sie stellte im September 2012 die Zeitung derart um, dass die klassische Einteilung in Innenpolitik, Außenpolitik, Europa, Wirtschaft etc. aufgelassen wird. Dies deshalb, weil sich viele Themen nicht mehr in ein enges Korsett drängen lassen. Viele Themen sind Querschnittsthemen.

„Ab nun werden im ersten Buch "euro@welt" vor allem Eurothemen aufgegriffen, wobei wir natürlich weder Syrien noch den US-Wahlkampf auslassen, wir wollen aber auch bei solchen internationalen Schwerpunkten vor allem die europäischen Interessen und Standpunkte besonders beleuchten", betonte der Chefredakteur der Zeitung

(http://diepresse.com/home/kultur/medien/1289359/Ressortkorsett-drueckt_Neue-Struktur-fuer-Wiener-Zeitung)

Es gibt viele Gründe, warum Ereignisse heute scheinbar extrem schnell eintreten und uns vor wichtige Veränderungen und Entscheidungen stellen. Die Welt ist vernetzter, voneinander abhängiger geworden. Allen voran waren und sind es die Neuen Medien die schnellen Austausch ermöglichen (Warenaustausch, Termingeschäfte, Medienmitteilungen von denen Entscheidungen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft etc. viel abhängt). Es wird Medien brauchen, die die Menschen durch die scheinbar unendlichen Informationsströme sicher durchnavigieren können, die gut auf- und erklären können, die keine Fachidioten (durch Media On-Demand würde dies ein Leichtes sein) oder desinteressierte und allzu leicht verführbare Bürger heranbildet, sondern wohlinformierte und am Staat, der Gesellschaft, interessierte Erdenbürger.

Ich meine, dass dazu die Neuen Medien nicht alleine in der Lage sein werden. Sie sind und bleiben zumindest auf absehbare Zeit eine Ergänzung, aber nicht die Informationsquelle. Es braucht Medien wie eine Tageszeitung, ein Magazin das Themen behandelt und Menschen konfrontiert und durch die Möglichkeit des Lesens auch zur nachhaltigen Reflexion anregen kann.

Dauerbeschallung von RSS Feeds, Twitter Eilmeldungen, TV

Häppchen/News Flashes oder Media on Demand, also nur mehr das lesen

und sehen oder hören das mich scheinbar interessiert, wird diesem Auftrag an eine modernen Gesellschaft nicht gerecht werden können.

Informationsauswahl und die selbstlose Gesellschaft

Da die Besten der Besten dann meist keinen Bezug zur „Wirklichkeit“ haben, sind sie auf Information der Untergebenen angewiesen. Der Philosoph Hegel führt dabei das Beispiel Herr und Knecht an. Der Herr kann nur über den Knecht etwas über die „Weltwirklichkeit“ erfahren, doch will er sich von diesem als der Beste ja schließlich auch nicht belehren lassen. Somit bleibt dem Knecht nur übrig, dass er sich dem Herrn anpasst. Er muss lernen, sich dem Herrn und der Wirklichkeit anzupassen. So wird er dann mit der Zeit bald der Fähigere und Wirklichkeitstauglichere und er beginnt deswegen dem Herrn zu misstrauen. Daraus folgert die Überlegung, dass wenn der Knecht in der Wirklichkeit überleben will, er den Herrn stürzen muss. Und von da an geht alles wieder von vorne los. Das bedeutet somit, dass Abgehobenheit und fehlender Bezug zur Basis, katastrophal für die Demokratie sind. Da der Herr aber sieht was ihm eventuell bevorstehen könnte, wird alles unternommen, dass der Knecht nicht an die Macht kommt. Das bedeutet, er muss Angst schüren und es entsteht eine Art Diktatur, weil die Knechte sich nicht mehr trauen Information abzugeben, die dem Herrn missfallen könnten (Wagner 2005: 24).

Dies bedeutet somit, um den Sprung wieder zum asymmetrischen Informationsverhältnis Politik Bürger - in meinem Fall der Wähler und die komplexer werdende Umwelt auf Grund der Supranationalität der Europäischen Union - zu schaffen, dass man kritikfähig sein soll auf seiten der Politik, und auf seiten der Bürger sich den nötigen Input (Information) beschaffen soll. Würde dem nicht so sein, dann würde die Gesellschaft aus ein paar Oberen bestehen und aus der Masse der Unteren, die sich nichts mehr traut.

Das sich Zeit nehmen für den Menschen und den Dialog, bevor man Entscheidungen trifft, ist wesentlich. Für Erfolg braucht man gute Leute.

Wenn man diese findet, dann werden die per definitionem auch besser sein können, als man selbst. Das ist auch der Sinn der Sache. Schließlich kann man nicht alles wissen, sondern man lebt davon, dass es Menschen gibt, die in ihren Bereichen alle besser sind als man selbst (Die Furche, 4.10.2012, S. 9).

Umgelegt auf mein Thema würde ich es so formulieren. Es gibt immer Herrscher und diese kann man heute durch Massenmedien kontrollieren. Doch wie sehr ich sie als Bürger kontrolliere hängt davon ab, wie sehr ich die Medien wahrnehme.

Die Medien berichten einerseits in ihrer Funktion als „Public Watch-Dog“, andererseits kommen sie aber auch selbst in ein demokratiepolitisch schwieriges Terrain. In Österreich wurde dies vor allem durch die Vergabe von Inseraten politischer Parteien oder Einzelpersonen an die Medien deutlich gemacht. Im Jahr 2010 wurden 100 Millionen Euro von Regierungsstellen, Ministerien und Staatsbetrieben nur für Werbung in Printmedien ausgegeben. Alle anderen Medien sind hier noch gar nicht mit eingerechnet. Die sensible Schnittstelle zwischen Politik und Medien kann die politische Unabhängigkeit und die publizistische Glaubwürdigkeit beeinträchtigen. Die staatliche Presseförderung für 16 Tageszeitungen und 52 Wochenzeitungen und Magazine betrug 2010 12,8 Millionen Euro. Hinsichtlich der Ausgaben des öffentlichen Sektors im Bereich Werbung ein eher geringer Betrag. Dass öffentliche Einrichtungen ihre Positionen bewerben, und dass das Geld kostet, ist richtig und in Ordnung. Weniger in Ordnung ist die Intransparenz der Geldflüsse von der Politik zu den Medien (www.derstandard.at/1304428425131/Die-Verfuehrbarkeit-des-Public-Watchdog)

Oftmals kann man sich die Frage stellen, ob wir nicht eher eine egoistische Gesellschaft sind, die nach dem Motto lebt, wenn jede Einheit der Gesellschaft ihren Profit steigert, geht es auch der Gesamtheit besser. Das Herr/Knecht Problem existiert nicht, weil jeder sein eigener Herr ist. Da aber eine egoistische Gesellschaft aus lauter einzelnen Einheiten besteht, die

nach persönlichem Erfolg streben, kann es auch zu Monopolbildungen und somit auch zu einer Art Diktatur kommen. Das heißt, dass so eine Gesellschaft auch nach dem Matthäus Evangelium, 25,29: „Wer hat, dem wird gegeben“ „lebt“. Der Drang, Diktator zu sein, ist in uns allen drin- zum Beispiel auch nur wenn es eine Branche betrifft, beispielsweise die IT-Branche und dabei speziell Microsoft oder Google. Werden derlei Konzerne zu mächtig, sind sie sogar für die Politik ein Problem. Dadurch entsteht die gleiche Problematik wie bei der selbstlosen Gesellschaft. Die Oberen bekommen nur mehr eingeschränkte Informationen über die Wirklichkeit und sie neigen dazu, Opposition zu verhindern.

Durch die enormen Verschiebungen in verschiedenen Bereichen wie dem Mediensektor, dem Pharmaziesektor oder dem Industriesektor, muss sich auch die Politik zusammenschließen um nicht zum Knecht der Monopole der Wirtschaft zu werden. Will man eine derart komplexer werdende Gesellschaft mitgestalten, dann sollte man sich zumindest, wenn man schon nicht gleich herrschen kann, zumindest im Klaren sein, wen man eigentlich zum „Oberen“ wählen kann. Das könnte auch bedeuten, dass die Entwicklung hin zum Monopol, zu Vereinigungen und Konzentrierungen auch bei den Staaten die logische Konsequenz ist (Wagner 2005: 33- 37).

Europa - ein Raum vieler Gegensätzlichkeiten. Problem: fehlende Öffentlichkeit?

Europa hat eine über 2.000 jährige Geschichte. Im Westen endet es am Atlantik, im Norden am Polarmeer und im Süden im Mittelmeer- obwohl Zypern und Malta, na ja.

Im Osten gilt der Ural als die Grenze - ist Russland europäisch?

Grenzüberschreitende Einheit setzt auf jeden Fall auch das Bewusstsein von Zusammengehörigkeit voraus. Ein paar Gemeinsamkeiten wären zum Beispiel das Christentum und seit 1789 (Französische Revolution) die Würde des Menschen, die als unantastbar gilt.

Der Begriff des Abendlandes hingegen einte immer nur die Westhälfte Europas, also den so genannten Okzident. Der osteuropäische Teil war byzantinisch und ostslawisch geprägt und galt als eigener Block. Europa war dann im Laufe des 19. und des 20. Jahrhundert von der Bildung von Nationalstaaten geprägt. Auch die Türkei sieht sich in Europa - obwohl von vielen die Religion als Grund angesehen wird, dass dem nicht so ist. Somit existiert wieder einmal der neue (alte) Teilungsfaktor Religion, der Europa teilen soll (Woyke, Varwick 1998: 9).

Der zunehmenden Europäisierung im Sinne von der Errichtung gemeinsamer politischer, wirtschaftlicher und sozialer Strukturen stehen wachsende Regionalismen und Nationalismen gegenüber. Es dominiert ein „Europa oder der Nationalstaat“ – Denken. In Europa gibt es wie sonst nirgendwo, derart viele kleine politische Einheiten und Kulturen, die sich allesamt auf einem relativ kleinen Raum befinden. Europa, die Europäische Union, entwickelte sich von einer Wirtschafts- zu einer Währungsunion und schließlich zu einer Rechts- und Wertegemeinschaft. Es gibt auch sehr viele Kreise die nicht deckungsgleich sind. Zum Beispiel der Eurokreis, Schengenkreis, sicherheits- und verteidigungspolitischer Kreis, Nato Mitglieder. Es gibt Monarchien und Republiken, Einheitsstaaten, Bundesstaaten, Föderalismen, Zentralismen, kurz und gut, es gibt Vielfalt. Die Europäische Union selbst hat einige intergouvernementale und supranationale Befugnisse, beziehungsweise Reglements. Alles ist dabei sehr komplex und diese Komplexität erfordert den bereits schon öfter angesprochenen Willen sich darüber Wissen anzueignen.

Wenn im Rahmen der Europäischen Union von einer „politischen Union“ die Rede ist, dann wird damit meist der Zusammenschluss von Staaten gemeint. Schon in den 1950er Jahren war klar, dass eine stärkere politische Zusammenarbeit notwendig wäre. Das erfordert gemeinsame Entscheidungen in vielen Politikbereichen der einzelnen Mitgliedsstaaten. Der Aus- beziehungsweise Aufbau einer politischen Union kann auch als eine Art der „Vertiefung“ gesehen werden. Das „nationale Vetorecht“ wurde zurück gedrängt, Institutionen wurden ständig weiter entwickelt und die Kompetenzen neu konzipiert. Auch die Mitentscheidungsrechte des

Europäischen Parlaments wurden ständig mehr. Jedoch wurde neben den Vorteilen auch Kritik an der „politischen Union“ geäußert. Die Europäische Union sei zu bürgerfern und undemokratisch. Manche Menschen wünschen sich mehr Nationalstaaten, in denen die Völker das Sagen haben, wieder andere möchten eine „Sozialunion“, die aber nur dann entstehen kann wenn die Europäische Union mehr Kompetenzen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik erhält

(www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/aw_eu_politische_union.pdf)

Der Vertrag von Maastricht war der Ausgangspunkt für Legitimations- und Demokratiedebatten. Seitdem wurde der stillschweigende Konsens seitens der Bürger zur Integrationspolitik gebrochen und man fing an, das Thema Europa/ Europäische Union auch medial etwas stärker zu beleuchten. Auch nahm von da an die Zustimmung zur Europäischen Union unter den Europäern ab. Weiters wurde seit Maastricht verstärkt auf Mehrheitsentscheidungen im Rat und im Parlament gesetzt, wodurch es auch möglich wurde, dass eine Staatengruppe eine andere überstimmen konnte. Und drittens prüften erstmals zwei nationale Verfassungsgerichte (Deutschland und Dänemark) ob der EG- Vertrag mit dem jeweiligen Verfassungsrecht zu vereinbaren sei (Wimmel 2008: 48- 49).

Leistungsfähigkeit des EU-Konvents

Das Fazit von Josef Melchior aus dem Jahre 2005 zur Leistungsfähigkeit derlei Konvente beschreibt er wie folgt:

(am 1.12.2009 wurde der Vertrag von Lissabon ratifiziert)

„Unabhängig davon, welchen Maßstab man an den EU-Konvent anlegt, muss der Verlauf und das Ergebnis doch erstaunen, insbesondere angesichts der Unwägbarkeiten und der Vielzahl der unbekanntenen Variablen, die am Anfang

dieses Experiments standen. Was sich im Nachhinein als folgerichtig erwies, stand am Beginn nur als (relativ unwahrscheinliche)

Möglichkeit im Raum. Ein wesentlicher Erfolg des EU-Konvents liegt deshalb schon darin, dass es ihm gelang, einen einheitlichen Verfassungsvertrag vorzuschlagen. Keine gering zu veranschlagende Leistung, wenn man sich den Verlauf des Österreich-Konvents vor Augen hält.

Die Bewertung der inhaltlichen Qualität des Verfassungsvertrages fällt zwiespältig aus. Diejenigen, die sich einen Quantensprung in der Entwicklung der Union entweder im Sinne des Übergangs in eine bundesstaatliche Qualität oder im Sinne der Demokratisierung durch eine Parlamentarisierung der EU erwartet hatten, werden enttäuscht sein. Vielmehr stellt der Verfassungsvertrag eine nicht immer systematische, aber doch konsequente Weiterentwicklung der Europäischen Union dar, die den Integrationsprozess nicht zum Abschluss bringt, ihm aber einen relativ stabilen Rahmen gibt. Die neue Verfassung der Europäischen Union bringt keine Revolutionierung der Verhältnisse, sondern stellt einen weiteren Schritt in der Konstitutionalisierung der Europäischen Union dar. Ob die Europäische Union auf diesem Wege weiter schreiten wird, wird nicht zuletzt der Ratifizierungsprozess zeigen.

Angesichts der aufgezeigten Vorzüge des EU-Konvents gegenüber Regierungskonferenzen könnte man geneigt sein, ihn zukünftig nicht nur als Vorbereitungsgremium einzusetzen, sondern ihm auch die Letztverantwortung

*für Verfassungsänderungen zu übertragen.
Unsere Analyse hat jedoch gezeigt, dass
gerade die Erfolgsbedingungen, die den EU-Konvent
gegenüber Regierungskonferenzen
auszeichnen, ihn als Ersatz für Regierungskonferenzen
diskreditieren.*

Melchior 2005: <http://www.ssoar.info/ssoar/files/2009/1618/2005-3-04.pdf>

Der Verfassungsvertrag wurde abgelehnt. Warum diese Ablehnung? Was sind die Gründe für die breite Euroskepsis? Als mögliche Gründe werden oft das Informationsdefizit, beziehungsweise das so genannte Perzeptionsdefizit angeführt.

Dies gilt auf seiten der Medien genauso wie auf seiten der Bürger:

Es dominiert zum einen der Negativismus, dadurch wird die Perzeption auch dementsprechend geformt. Vor allem weil Politik noch national verkauft werden muss und weil im Mitgliedstaat sich der Politiker der Wahl stellt, kann viel auf „Brüssel“ abgeschoben werden. Thomas Petersen, Projektleiter beim Allensbacher Institut für Demoskopie, meint, dass Medien stark zur Destabilisierung beitragen, da die Berichterstattung immer negativer werden würde. Für Petersen ist der Startpunkt dieser Entwicklung das Jahr 1974, als US-Präsident Nixon sein Amt niederlegen musste. Nicht die „Watergate-Affäre“ sei der Auslöser für den Rücktritt gewesen, sondern die Aufdeckung der beiden „Washington-Post“ Journalisten. Laut Petersen wurde die Berichterstattung ab den 70er Jahren negativer und er spricht von einem „dramatisch erodierenden Vertrauen in alles, was in diesem Land Amt und Würden hat“. Medien gelten gemeinhin als Spiegel der Gesellschaft. Doch Petersen meint, dass die Meinungsbildung bei politischen Fragen oft der Medienberichterstattung nachfolgt. Er weist darauf hin, dass die publizistische Forschung keinen einzigen Beweis finden konnte, bei dem sich erst die Meinung der Bürger und dann die Medieninhalte geändert haben. Petersen

appelliert an die Journalisten, sich dieser enormen Macht bewusst zu sein (www.nzz.ch/aktuell/startseite/article9ENJZ-1.216714).

Weiters ist die Verantwortlichkeit der Parlamentarier des Europäischen Parlaments gegenüber ihren Wählern sehr gering. Vor allem deswegen, weil die Massenmedien, meines Erachtens, nicht ausreichend über deren Arbeit und Standpunkte informieren, um jene Aufmerksamkeit erreichen zu können, die ihnen aufgrund ihrer Arbeit und ihres Amtes zustehen würde.

Die Schaffung einer dynamischen und konkurrenzfähigen Wirtschaft in Europa gegenüber anderen global agierenden Märkten bedeutet die Kräfte zu bündeln (Binnenmarkt, soziale Standards, ...). Weiters müssen wir arbeitsteilig außerhalb unseres direkten Einflussgebietes auftreten (Engagement in der Welt), was auch für Rohstofffragen wichtig ist. Doch eine wirtschaftliche Einheit ist nicht das einzige, das wichtig ist. Dem immer Mehr muss auch ein immer Tiefer folgen. Fortschritt bedeutet auch meistens „irgendwo“ anders Rückschritt. Nur durch einen gemeinsamen Markt findet man nicht sein Heil in der Einheit Europas. Krisen und ähnliches könnten gemeinsame Märkte ohne gemeinsame Werte und Verständnis füreinander nicht absichern. Diesbezüglich passt folgendes Zitat von Robert Schuman, wie er 1963 schrieb:

„Europa muss, ehe es zur militärischen Allianz oder zum wirtschaftlichen Bündnis wird, vor allem eine kulturelle Gemeinschaft im höchsten Sinne des Wortes bilden“. Das setzt vor allem eine Rechts- und Wertegemeinschaft voraus, wenn vorausgesetzt werden darf, dass Recht das einende zwischen der Union und den Mitgliedsstaaten sein kann (Prosl 2006: 87).

Aber es muss auch klar sein, dass wenn Europa viele verschiedene Probleme anpacken muss, und die Menschen erwarten sich dies schließlich auch, dann muss dieses Europa, meines Erachtens, auch in den Köpfen angekommen sein. Europas Chance und Risiko zugleich sind die vielen verschiedenen Sprachen, die die Widersprüche vereinen. Die weltweit einmalige Staatenverbund Idee zeigt, dass es seit Anbeginn der Europäischen Union viele Gemeinsamkeiten gibt, trotz aller Verschiedenheit.

Nur durch die Kommunikation untereinander, da vor allem unter den Politikern, war es möglich ein Europa zu schaffen, wie man es heute kennt. Doch die Kommunikation muss aufgrund der Globalisierung/ Internationalisierung ausgedehnt werden. Politiker können nicht mehr nur „unter sich“ alles ausmachen, sondern die Bürger versuchen ständig sich einzubeziehen, durch zum Beispiel die Medien, Bürgerinitiativen, Bewegungen gleich welcher Art. Probleme, die Lösungen bedürfen, sind heute komplexer geworden weil sie mehr Verantwortliche mit einbeziehen. Und zwar nicht nur jene, die sich in unmittelbarer Umgebung befinden, sondern vor allem viele weit weg von unserem unmittelbaren Einfluss und Wirkungsbereich. Zum Beispiel betrifft die Wegekostenpolitik im Tiroler Lastkraftwagenverkehr nicht nur Tiroler, sondern gleich auch viele aus anderen Mitgliedsländern, die ihre Transportwirtschaft im Nachteil sehen, wenn sie mehr für den Transit durch Österreich zahlen müssen. Die nächste höhere Ebene ist „Brüssel“, was für viele noch unnahbarer ist. Doch derlei weit- verstrickte Anliegen würden auch erfordern, dass uns diese „Räume“, aus denen all diese Akteure kommen und nun versuchen auf die hiesige Politik Einfluss zu nehmen, bekannt oder zumindest halbwegs vertraut sind. Dies würde zum Beispiel einen gemeinsamen Kommunikationsraum schaffen, der in Europa, unter Anderem aus Mangel an einer einheitlichen Sprache die auch von allen beherrscht wird, nicht besteht. Was aber sehr wohl klappen könnte wäre, meines Erachtens, dass man die österreichischen Medien dafür gewinnt, ihre Berichterstattung über Europa- relevante Thematiken auszuweiten, um so diese dem Bürger in den Mitgliedsländern vertrauter zu machen. Denn nur wenn man sich in einer bestimmten Regelmäßigkeit informiert, ist man auch in der Lage an der Diskussion über plötzlich auftretende Probleme auf Grund der Möglichkeit des Anschlusses an einen Diskurs, also auf Grund von Vorwissen, besser argumentativ sachlich fundiert teilnehmen zu können.

Dazu passt meiner Meinung ein Ausspruch von Giscard d'Estaing im Jahre 2003, anlässlich einer Rede zur Verleihung des Karlspreises:

„Europa hat eine Seele. Wir dürfen dies weder ignorieren, noch vergessen. Europa muss aus dem kleinen Kreis der Eingeweihten heraustreten. Es muss wieder Gegenstand der Politik, der Bürger, der öffentlichen Diskussion werden“ (Deter 2006: 17).

„Die Öffentlichkeit für sich zu gewinnen, ist offensichtlich ein wichtiges Ziel gesellschaftlichen und vor allem politischen Handelns“ (Gerhards/Neidhardt 1990, 52).

Jürgen Habermas meint, dass es noch keine grenzüberschreitende Bündelung von Themen und keine gemeinsamen Diskussionen gibt. Vor allem bei den gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden, sah man, laut Habermas, dass in die nationale Öffentlichkeit eben nicht das Für und Wider der anderen Nationen Eingang gefunden hat. Es wurde vielmehr in den Grenzen der jeweils eigenen Öffentlichkeit gedacht und abgestimmt (Deter 2006:17-18).

Der Redaktionsleiter von „europa- digital“, Bornkessel, meint, dass es eher verschiedene europäische Teilöffentlichkeiten gibt. Dies deshalb, weil verschiedene Länder, Themen verschieden intensiv diskutieren. Nur ganz selten findet Bornkessel Ansätze einer europäischen Öffentlichkeit, zum Beispiel bei der Verfassungsdebatte. Als Gründe, dass es keine europäische Öffentlichkeit gibt, sieht er die „Lokalität“ der Nachrichten und die starke Positionierung der Nationalstaaten und ihrer Interessen. Für den Chefredakteur der deutschen Ausgabe des Online Magazins „Cafe Babel“, Troll, gibt es Ansätze von einer europäischen Öffentlichkeit in verschiedenen Projekten, allen voran „Cafe Babel“, aber auch in diversen paneuropäischen Bewegungen wie zum Beispiel den Anti- Kriegs Demonstrationen im Februar 2003, oder dem Gegengipfel von Studenten aus ganz Europa zum Bildungsgipfel in Bergen im Mai 2005. Doch diese Inputs verpuffen wieder, da sie Einzelereignisse sind und nur punktuell ausgerichtet sind. Für Troll gibt es also eher eine Art „Europa- Elite“, die sich durch Projekte a´ la „Cafe Babel“ und „Arte“ für einen europäischen Diskurs empfänglich machen (Deter 2006: 19-21).

„Politische Entscheidungsfindungen sollen für die Allgemeinheit transparent sein, sie sollen durch Diskussion und Argumentation der Bürger hergestellt und nicht durch absolutistische Beschlussfassung festgelegt werden“ (Gerhards 1998b, 268).

Der Chefredakteur und Gründer von „Europolitan“, Sondermann, sieht sehr wohl einen Prozess in Richtung Europäisierung und Öffentlichkeit. Vor allem bei der durch „Europolitan“ täglich durchgeführten Leitartikelrundschau europäischer Qualitätsmedien fällt ihm auf, dass es sehr oft zu Überschneidungen kommt, was die Schlagzeilen anlangt. Auch gibt es vermehrt Modewörter, so genannte „Buzzwords“, die in verschiedenen Medien und Ländern 1:1 vorkommen. Für Sondermann reicht es nicht, sich Themenmäßig nur mit der Europäischen Union auseinander zu setzen. Es muss eine Beschäftigung mit großen Themen, wie die der Digitalisierung, einsetzen. Vor allem wegen der vielen Sprachen wären digitale Medien dafür prädestiniert, eine wichtige Brücke für die verschiedenen Völker aufzubauen. „Wenn die politische Meinung das Blut ist, das die Körperfunktionen eines demokratischen Gemeinwesens mit Nährstoffen versorgt, so ist Öffentlichkeit das Herz- Kreislaufsystem, das für den Ausstoß, die Vermischung und Verteilung der Blutbestandteile sorgt“ (Deter 2006: 21- 22).

Trotz der schon öfter angesprochenen Problematik der vielen verschiedenen Sprachen, die es in Europa gibt, muss darauf hingewiesen werden, dass dies kein spezifisch europäisches Problem ist. Laut dem „Statistical Report on the Languages of the world of 1985“ ist zu erfahren, dass in Afrika über 1.000 verschiedene Sprachen gesprochen werden, in Asien über 700 und in Europa nur 117 verschiedene (Beierwaltes 2000: 220).

Man muss dabei aber berücksichtigen, dass in Afrika viele Sprachen nur in sehr kleinräumigen Gebieten gesprochen werden und die hiesige Bevölkerung de facto zwei- oder mehrsprachig ist.

Öffentlichkeit hat eine wichtige Funktion auch für die anderen Systeme, da sie beobachtet und wichtige Inputs den anderen Teilsystemen zur Verfügung stellt. Öffentlichkeit liefert auf der einen Seite wichtige Orientierungen, die für die Meinungsbildung entscheidend sind, sie kontrolliert die Herrschaft und die politisch Verantwortlichen und stärkt beziehungsweise stellt in erster Linie Identität und Bürgerbewusstsein her. Für eine europäische Öffentlichkeit würde dies bedeuten, dass sich die Bürger einestheils zu ihrer nationalen Gemeinschaft zugehörig fühlen und andererseits zu einer europäischen Bürgerschaft. Um diesen Prozess zu ermöglichen, ist ein intermediärer Raum der Kommunikation notwendig. Die Form der politischen Öffentlichkeit steht stellvertretend für diesen Raum: diese Öffentlichkeit, dieser Raum, soll als Verbindung beziehungsweise als Vermittlungssystem einer funktionierenden Kommunikation zwischen dem herrschenden repräsentativen politischen System einerseits und andererseits mit dem Souverän darstellen. Politiker als Experten erfahren in diesem System über Wünsche und Anliegen von den Bürgern, den so genannten Klienten. Die Klienten wiederum, informieren sich über die Angebote und Inhalte der Experten, um sich für die nächste Wahl argumentativ fundierte Meinungen einholen zu können, um so rational entscheidende Argumente fällen zu können (Gerhards 1998a, 26ff).

Außerdem ist die Öffentlichkeit auch jene Sphäre, in der auch in der wahlfreien Zeit Meinungen und Themen, von beispielsweise NGO's, artikuliert werden können. „Öffentlichkeit ist ein System, in dem die Agenda des politischen Systems mitdefiniert wird“ (Gerhards/Neidhardt 1990, 57).

Die Öffentlichkeit ist die Grundlage für die Herausbildung einer politischen Identität, die wichtig wäre, für ein Zusammengehörigkeitsgefühl in der Europäischen Union. Dadurch könnten in der Europäischen Union Probleme die oft alle betreffen, gemeinsam angegangen werden und die zuständigen Institutionen und Personen kontrolliert und überwacht werden. Laut der Eurobarometer Umfrage aus dem Jahre 2005 glauben nur 38 Prozent der Europäer, dass ihre Stimme in der Europäischen Union etwas zählt- dieser Anteil würde durch verstärkte Diskurse, durch eine europäische Öffentlichkeit sicher erweitert werden. Da Demokratie nicht nur aus periodisch

stattfindenden Wahlentscheidungen besteht, sondern auch die Möglichkeit beinhaltet, die Politik durch Kritik und Meinungsprojektion zu beeinflussen, ist eine gut informierte Öffentlichkeit absolut notwendig (Deter 2006: 22- 24).

Somit ist also politische Öffentlichkeit eine zwischen politischem System und Gesellschaft angesiedelte „Beobachtungsinstanz und Thematisierungsinstanz politischer und sozialer Institutionen“. Dort können sich Bürger und politische Repräsentanten (beziehungsweise wie vorhin erwähnt, Klienten und Experten) wechselseitig beobachten und dementsprechend kommunizieren. Das bedeutet, dass politische Öffentlichkeit als intermediäres System zur Grundausstattung jeder Demokratie gehört, ohne die moderne Demokratien undenkbar wären (Eder 2003: 85).

Ein bisher bereits angesprochenes Problemfeld, an der die Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit hapert, ist die fehlende oder nicht ausreichend vorhandene europäische Berichterstattung in nationalen Medien.

Grundsätzlich sollten ja Medien die Bürger informieren und die Politik dadurch auch kontrollieren. Durch politische Kommunikation soll versucht werden, Demokratie zu entwickeln und die demokratischen Institutionen legitimieren helfen. Das Problem dabei ist aber vor allem, dass allzu oft aus einer nationalen Perspektive berichtet wird.

Ein großes Handicap in dieser Hinsicht ist, wie bereits erwähnt, dass es keine einheitliche, von allen Europäern beherrschte Sprache gibt. So bleibt es bei kleinen Projekten wie zum Beispiel „Arte“, „3sat“, „Euronews“, „Eurosport“ oder im Zeitungsbereich die „Financial Times“ (London), „European Voice“, „International Herald Tribune“, „Lettre Int.“, „Le monde diplomatique“. Doch derlei Projekte sind allesamt sehr elitär. Andere Zeitschriften wie zum Beispiel „Geo“ oder „Auto Bild“ erscheinen zwar in verschiedenen Sprachen, werden aber der nationalen Leserschaft angepasst und sind somit nicht die europäischen Projekte, die wünschenswert wären. Doch wäre es durchaus möglich, obwohl es keine einheitliche Sprache gibt, dass Medien als Übersetzer fungieren und somit transnationale Debatten und gegenseitiges Vertrauen erwecken. Ansonsten würde es ja bedeuten, dass Menschen, also

Fremdsprachen, als fremdenfeindlich und begrenzt angesehen werden müssten.

Durch den so genannten „Aktionsplan Kommunikation“ der Europäischen Kommission, soll versucht werden, den Menschen die Politik in „Brüssel“ erklärbarer zu machen. Nach dem „Verfassungs-Schock“ soll die Kommunikation der EU eine neue Strategie bekommen (Peters 2009: 11).

Dieser Plan, die Kommunikation der Europäischen Union zu verbessern, existiert seit Sommer 2006. Dabei sollen drei strategische Grundsätze befolgt werden. Zuhören – Kommunizieren - Zuwendung.

Vor allem lokale Zielgruppen sollen durch diesen Aktionsplan angesprochen werden. Die Kommunikation soll aber den demografischen, den nationalen und den lokalen Bedürfnissen angepasst werden, um somit gewährleisten zu können, dass die Codes in der die Information daherkommt auch verstanden wird (Deter 2006: 28- 34).

Ereignisse rund um die europäischen Politiken werden also nur sehr selten „hautnah“ erfahrbar. Ausnahmen bilden hierbei zum Beispiel „Präsidentschaften“ des Europäischen Rates. Gerade aus diesem Grund, ist man bei der Thematik rund um die Europäische Union besonders abhängig von den Medien, weil sie eben anders als die nationale Politik, „weiter weg“ ist. Die Tendenz geht eindeutig hin zu einem Mehr an Regionalität, statt zu einem Mehr an paneuropäischen Blicken - zumindest was den Großteil der Publika angeht. Ausnahmen sind selbstverständlich große Pressetitel von internationalem Rang a´ la einer „Financial Times“ oder einer „Neuen Zürcher Zeitung“. Doch gerade die Europäisierung der nationalen Medien wäre wichtig und nicht, dass alle Europäer dieselbe Zeitung oder denselben Fernsehkanal konsumieren. Dies deshalb, weil Europa eben in Vielfalt geeint ist und man die europäische Politik an die Vielfalt anpassen muss. Das heißt, man muss versuchen, auf die vielen nationalen Unterschiede Rücksicht zu nehmen und nicht ein einheitliches Medium schaffen (Reichle 2006: 23-25).

Ich meine, dass es keine europäischen Medien, im Sinne von überall erhältlich, zu geben braucht um eine europäische Öffentlichkeit herstellen zu können. Teilöffentlichkeiten gibt es wie bereits erwähnt ohnehin, schließlich ist die Europäische Union ein Konglomerat aus politischen und kulturell nahe stehenden Ländern. Daher liegt der Fokus bei mir auf den nationalen Pressetiteln die man „europäisieren“, im Sinne von mehr europäischer Nachrichtenbeiträge, müsse. Wichtig wäre also, dass nationale Medien transnational agieren, also über „Europa“ berichten, über Ländergrenzen hinweg recherchieren, ohne dass man das national verwurzelte Publikum hinter sich zurück lässt.

Europäische (Teil-)Öffentlichkeit(en), Demokratiedefizit, die Rolle und Probleme der Medien und die der Journalisten

Während der Zeit der Aufklärung wurde die „Öffentlichkeit“ als „kommunikativer Raum“ eines „kritisch rasonierenden Publikums“ gesehen, wie Habermas in Hinblick auf Frankreich und England anmerkte, wo die Medienleute in die Pubs und Kaffeehäuser ausschwärmten um die neuesten Neuigkeiten vom Volk zu erfahren und somit jene Dinge, die die Welt, in dem Fall das Volk, interessierte. Daran sah man, dass Öffentlichkeit ein Wechselspiel zwischen Massenmedien und dem Diskurs mit dem Bürger ist (Wimmer 2000: 505).

Öffentlichkeit ist aber grundsätzlich keine Einheit und auch nicht per se politisch. Vielmehr müsse sich der Bürger erst über spezielle Themen, die Politik zum Inhalt haben, „einklinken“.

Für den Großteil der Menschen stellt Politik aber eher einen Randbereich dar, in dem Information ist, die sie ausschließlich aus den Medien generieren da die persönlichen Kontaktstellen zu den Institutionen der Politik nicht vorhanden sind. Auch das Interesse am Geschehen der Politik ist gering, ebenso ist die Wahlbeteiligung nicht sehr hoch. So kann es sein, dass Präsidenten zwar von einer Mehrheit der Wähler gewählt worden sind, allerdings war die Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung gar nicht wählen.

Die Berichterstattung wird hierbei oft als Grund angeführt. Es würde dabei mehr über ungelöste Probleme als über Problemlösungen berichtet (Wimmer 2000: 510- 520).

Im Gegensatz zur Versammlungsdemokratie der Antike (also der physischen Anwesenheit) ist die heutige eine mediatisierte (mit Ausnahmen wie zum Beispiel den Landsgemeinden in der Schweiz). Neben vielen Rohstoffen wie der Energie, kam im 20. Jahrhundert, wie bereits mehrfach erwähnt, der Rohstoff der Information dazu, ohne den das „Überleben“ in privaten wie in öffentlichen Sphären zumindest schwierig ist. Damit ist aber eher die Abrufbarkeit von Information gemeint- denn haben tun wir Information durch das Internet.

Damals ging es natürlich noch etwas einfacher- die Verstrickung der verschiedenen Länder, Regionen, Städte und Gruppen mit anderen, oder vereinfacht gesagt, mit der Welt, hat Ausmaße angenommen, die man ohne Medien nicht mehr bewältigen könnte.

Die politische Entscheidungshilfe soll grundsätzlich für die Allgemeinheit transparent sein, in dem man einen Raum für Diskussion und Argumentation schafft und nicht indem jemand alleine entscheidet. Das heißt, es geht darum, dass Demokratie (= Volksherrschaft, weil „demos“ das Volk bedeutet und „kratein“, herrschen), Kontrolle und dergleichen, Begriffe sind, die man hierfür benötigt und die man somit untrennbar mit dem Begriff Öffentlichkeit verbindet. Es handelt sich primär also um eine politische Öffentlichkeit, um die es mir hier geht. Moderne Demokratien bestehen aus vielen Teilsystemen, beziehungsweise aus verschiedenen Arbeitsbereichen. Die Politik ist einesteils Problemadressat der verschiedenen Systeme, sofern sie diese nicht selbst lösen können und andernteils sind sie auch für die Problemlösung zuständig. Um Lösungen angehen zu können verfügt das politische System deshalb auch über Steuerungs- und Zugriffsrechte auf alle Teilsysteme. Die politische Öffentlichkeit soll der Raum sein, in dem durch Kommunikation zwischen dem politisch repräsentativen System einerseits und dem Souverän andererseits, vermittelt wird. Dadurch erfahren die Eliten

der Politik auch Wünsche und Probleme der Bürger. Weiters ist die politische Öffentlichkeit auch ein System, in dem zwischen den Wahlen Meinungen von der Zivilgesellschaft definiert werden können. Die politische Öffentlichkeit ist also zwischen dem politischen System und der Gesellschaft angesiedelt und fungiert dort als „Beobachtungsinstanz“ und Thematisierungsinstanz politischer und sozialer Institutionen. In diesem System werden also Themen und Meinungen (Input) gesammelt und diese weiterverarbeitet (Output). Somit ist es wichtig, dass jeder Zugang zur Information hat und dass dort alle Themen, die von kollektiver Bedeutung sind, behandelt werden. Die Information, die in das System „gesteckt“ wird, muss natürlich auch geordnet werden, das heißt die Information muss verdichtet werden. Es müssen Zusammenhänge hergestellt werden.

Aufgrund dessen die politische Öffentlichkeit frei zugänglich ist, ist die Struktur der Personen der Akteure (Politiker, ...) nicht bekannt.

Daraus, aus der Offenheit dieses Systems, ergibt sich natürlich auch eine Laienkommunikation. Diese Öffentlichkeit braucht aber natürlich auch ein Medium, welches diese Kommunikation auch ermöglicht. Deshalb sind derlei Systeme in modernen Demokratien auch massenmedial gesteuerte Öffentlichkeiten. Das bedeutet, dass neben der einfachen Interaktionsebene und der Ebene der politischen Öffentlichkeit, die Ebene der Massenmedien ist. Diese sollen vor allem auch eine gewisse Pluralität des Angebots von Themen und Meinungen „anreißen“. Im Rahmen der Akteurstheorie werden die Massenmedien als eigenes, spezialisiertes Teilsystem wahrgenommen. Zum einen sind sie Träger der politischen Öffentlichkeit und zum anderen werden sie selbst zu Sprechern, weil sie durch gezieltes Agenda Setting auch die Politik zu bestimmten Handlungen und Stellungnahmen „zwingen“ kann (Birner 2005: 5-16).

Hinzu kommt die bereits angesprochene Problematik im Falle Europas und der Europäischen Union, dass nämlich dieses Gebiet in nationale Kommunikationsräume gespalten ist. Die verschiedenen Medien haben unterschiedliche interne Programmierungen und Segmentierungen in Sparten (Unterhaltung, Kultur, Sport) und sie haben auch nicht dieselben Vermittlungsmodi (Presse, Rundfunk, TV, Neue Medien). Auch sind die

Mediennutzungsgewohnheiten sehr unterschiedlich. Zum Beispiel ist die „Prime Time“ in Österreich und Deutschland um 20.15 Uhr, in Großbritannien aber erst um 21.00 Uhr. Auf Grund der Zeitverschiebung würde es sich realiter aber nur um 15 Minuten handeln. Auf die Situation der Europäischen Union angewendet bedeutet das für Medien, dass sie unter anderem drei Funktionen haben. Erstens sind die Medien die Vermittler der europäischen Politik, zweitens sind sie Publizist (Veröffentlicher) europäischer Politik und drittens sind sie die Organisatoren der europäischen Selbstbeschreibung (Trenz 2005: 97- 99).

Eigentlich sollten Medien dabei helfen, Komplexitäten abzubauen, ebenso wie sie das „Demokratiedefizit“ abbauen sollten. Allerdings reduzieren sie sehr oft ihre Berichterstattung auf ökonomische und nationale Aspekte. Nur sehr selten gibt es europapolitische Diskurse, beispielsweise über den Kosovo. Ansonsten formiert sich europäische Öffentlichkeit im Prozess, also wenn nationale Öffentlichkeiten gelegentlich mit den Massenmedien vernetzt werden. Dies passiert dann meistens bei Konflikten, mit negativen Untertönen.

Insbesondere die mangelnden Ressourcen für die europapolitische Berichterstattung durch das Brüsseler Pressecorps und zuwenig Vernetzung des Journalismus über die Ländergrenzen hinweg, tragen nicht zur Verbesserung der Situation bei. Auf Seiten des Rates muss man feststellen, dass die Arbeit dieses Organs sehr intransparent ist und es damit auch den Medien schwer gemacht wird, dass sie ihre Kontroll- und Kritikfunktion wahrnehmen können (Lutz M. Hagen 2004: 10).

Weiters gibt es das bereits angesprochene Problem der Themenkarrieren, die mitunter viel zu lange sind beziehungsweise sein könnten, weil Entscheidungen in der Europäischen Union auf Grund der Komplexität sehr lange dauern können, ehe ein Abschluss zu erwarten wäre. Die Gefahr ist demnach auch sehr groß, dass manche Themen einfach frühzeitig abgezogen werden (Reichle 2006: 26).

Generell hat sich in den demokratischen Systemen das System der Öffentlichkeit ausdifferenziert. Die Öffentlichkeit erfüllt an sich eine Primärfunktion, indem sie die anderen funktionalen Teilsysteme (Politik, Ökonomie,...) beobachtet und die Beobachtung aller Teilsysteme zur Verfügung stellt. Die Leistungserbringung des Öffentlichkeitssystems wurde mit der Zeit bei den Massenmedien gebündelt. Somit sind moderne Demokratien auch Mediengesellschaften. Wichtig dabei ist, dass die Gesellschaftsmitglieder in die funktionalen Teilsysteme durch Übernahme von Publikumsrollen einbezogen werden, um auch Leistungen von den Leistungserbringern des Teilsystems einfordern zu dürfen. Doch dafür ist Information wichtig. Die Medien haben die Möglichkeit, Sozialdienste zu machen, indem sie Leistungen bereitstellen, die zur Wahrung der Publikumsrolle in den anderen Teilsystemen befähigt. Dabei kann es zu Problemen kommen, wenn die Abstimmung zwischen den verschiedenen funktionalen Teilsystemen nicht stimmt, weil sie unterschiedliche Codes verfolgen.

Moderne Gesellschaften sind grundsätzlich in ungleichartige gleichrangige Teilsysteme differenziert. Die Europäische Union allerdings, besteht aus strukturellen gleichartigen, nämlich modernen Gesellschaften, die in ein System der Interessensabstimmung eingebunden sind, das ihre relative Gleichrangigkeit gewährleistet. Doch wie soll man nun in einem segmentär differenzierten System und einem transnationalen Gebilde, denken? Dieses System ist ja zu Guter Letzt auch wieder intern funktional differenziert (Lutz M. Hagen 2004: 13 -15).

Eine mögliche Unterscheidung in folgende Punkte wäre laut Hagen zum Beispiel:

- a) eine infrastrukturelle Perspektive (für Medien, Lesefähigkeit, Professionalisierung der Journalisten,...)
 - b) eine kulturelle Perspektive
 - c) eine prozessuale Perspektive
- (Lutz M. Hagen 2004: 16 - 24)

Ad a (infrastrukturelle Perspektive):

Dabei fehlen aber vor allem kollektive Akteure, die in der Öffentlichkeit auftreten und durch die die Öffentlichkeit die Programme beworben bekommen (territoriale Grenzen, verschiedene Sprachen,...). Jeder gewählte Vertreter des Volkes orientiert sich an dem „demos“, von dem er gewählt worden ist und von dem er abhängig ist. Zum Beispiel sind der Europäische Rat und der Rat nicht unmittelbar vom Volk gewählt. Sie sind den verschiedenen nationalen „demoi“ verantwortlich. Sie wollen somit das eigene „demos“ erreichen und nicht ein europäisches. Es fehlen deswegen auch europaweite intermediäre Akteure (zum Beispiel Parteien oder Verbände). In vielen Fällen liegen die Gründe für derlei Probleme in verschiedenen Hindernissen, vor allem jenes, das durch die vielen Sprachen entsteht. Doch sehr oft ist es auch die politische Struktur der Union, die keine Direktwahl der wichtigsten Entscheidungsträger vorsieht.

Ad b (kulturelle Perspektive):

Kulturell sind die Mitgliedsstaaten teilweise sehr verschieden. Somit würde die segmentäre Differenzierung durch (kulturelle) Entdifferenzierung aufgehoben werden können. Gemeinsame Werteinstellungen und Erlebnishorizonte wären wichtig. Die Voraussetzung wäre hierfür natürlich ein gemeinsamer Kommunikationsraum, der auch die Kommunikatoren (Journalisten), also nicht nur die Bürger, umfasst.

Eventuell könnte dies durch die Schaffung eines gemeinsamen Marktes für populäre audiovisuelle Produkte, durch PR Kampagnen der EU- Institutionen, durch Intellektuellendiskurse zur kulturhistorischen Begründung der Besonderheit des „Europäischen“ vonstatten gehen.

Doch viel mehr wird es nicht sein können, da nationale Egoismen, insbesondere in Osteuropa, wieder aufkeimen. Von da her wäre es sinnvoller, die kulturelle Vielfalt zu akzeptieren und Modelle zu erarbeiten, um diese mit der Struktur der Europäischen Union zu verbinden und nicht umgekehrt.

Ad c (prozessuale Perspektive):

Diskurse, die in bestimmten Arenen geführt werden, müssen auch in anderen Arenen wahrgenommen werden. Klaus Eder und Cathleen Kantner meinen, dass es besser sei, Vernetzungsformen nationaler Öffentlichkeiten zu suchen, und zwar auf Ebene der Mitgliedsstaaten, weil dies besser sei als nach gesamteuropäischen Medienangeboten und einer europaweiten kulturellen Identität zu suchen.

These 1: Europäische Öffentlichkeit gibt es nicht im Singular.

Vielmehr ist sie ein Netzwerk sich überlappender nationaler Öffentlichkeiten. Dabei sind das Ausmaß und die Mechanismen dieser Überlappungen sehr wichtig. Es gilt auch zwei Phänomene zu unterscheiden. Nämlich den supranationalen Bezugspunkt nationaler Öffentlichkeiten (europäische Themen und Akteure) und die gegenseitige Beobachtung verschiedener nationaler Öffentlichkeiten.

These 2: europäische Öffentlichkeit formiert sich im Prozess.

Thematisierungsverläufe in bestimmten nationalen Gesellschaften sind wenig berechenbar, weil europäische Öffentlichkeiten verschieden in den Ländern verankert sind. Europäische Öffentlichkeit ist von bestimmten Ereignissen und deren Akteure abhängig und kristallisiert sich so unterschiedlich stark heraus. Auch Polarisierungen zwischen nationalen Öffentlichkeiten sind Teil der Formierung europäischer Öffentlichkeiten.

These 3: Europäische Öffentlichkeit lebt vom Konflikt.

Welche diskursive Funktion haben Medien auf andere Medien?

Welche Rolle spielen die Massenmedien selbst als Konfliktpartner?

Welchen Bezug hat eine transnational vernetzte Konfliktkommunikation zu den EU- Entscheidungen?

Derlei Fragen bleiben noch offen. (Lutz M. Hagen 2004: 16- 24)

Zwei unterschiedliche theoretische Ansätze zur politischen Öffentlichkeit: Liberales vs. deliberatives Modell

Es „lassen sich zwei als Idealtypen beschreibbare Konzeptionen von Öffentlichkeit unterscheiden“ (Gerhards 1998a, 26): das repräsentative-liberale Modell, beziehungsweise das deliberative (diskursive) Modell von Jürgen Habermas.

Was versteht man nun unter diesen beiden Modellen?

Beide Modelle handeln von normativen Vorstellungen von Öffentlichkeit. Sie versuchen zu erklären, wie politische Öffentlichkeit in einer modernen Demokratie strukturiert sein sollte.

Beim repräsentativen- liberalen Modell gibt es im Gegensatz zum deliberativen Modell von Habermas keine alleinigen Autoren, denen man dieses Modell zuordnen könnte (grundsätzlich gelten Gerhards [1997, 1998a, 2002], Marcinkowski [1993] und Luhmann [1996] et.al. als Vertreter). Das Modell besteht aus systemtheoretischen Überlegungen zur politischen Öffentlichkeit und zu Massenmedien, sowie aus Konzepten liberaler Demokratie (Wimmer 2000, 509ff).

Es steht der Wahlakt im Mittelpunkt. Der Bürger braucht aber, wie bereits erwähnt, Information um sich ein Urteil über die zur Wahl stehenden Personen oder Institutionen bilden zu können. Das heißt, dass die Meinungsbildung und die Informationsvermittlung, sowie die Kontrolle der politischen Eliten, Funktionen einer politischen Öffentlichkeit in diesem Modell sind. Das heißt aber auch, dass dieses Modell ein Beobachtungssystem ist. Dieses System beziehungsweise dieser Prozess, dass die Herrschenden beobachtet werden und dies auch wissen, können nur die Massenmedien ständig aufs Neue gewährleisten.

1: Informationsinput:

Es „lassen sich keine guten Gründe für eine legitimierte Überrepräsentanz der Akteure der Peripherie gegenüber den Akteuren des Zentrums finden“ (Gerhards 1997, 10). Das liberale Modell möchte viel stärker alle Akteure und Meinungen adäquat abbilden.

2: Informationsthroughput:

Diskursive Kriterien spielen kaum eine Rolle. Wie die Akteure am Kommunikationsprozess kommunizieren, ob auf Grundlage von Argumenten oder in Bezug eines Sprechers, ist einerlei (Gerhards 1997, 11).

3: Informationsoutput:

Da die diskursiven Funktionen beim liberalen Modell kaum wichtig sind, sind Resultate öffentlicher Kommunikation auch nicht so wichtig wie im deliberativen Modell. Wenn die Standpunkte der politischen Eliten transparent und sichtbar gemacht worden sind wurde Öffentlichkeit erreicht. Die Öffentlichkeit ergibt sich demnach aus der „Aggregation der Individualmeinungen“ (Gerhards 1997, 11). Qualitätskriterien sind somit nicht vorhanden.

Das zweite Modell ist das deliberative und auch das weitaus anspruchsvollere. Habermas unterscheidet zwischen Zentrum und Peripherie. Das Zentrum ist die Exekutive, die Legislative, die Judikative sowie Verbände und Parteien. Bei der Peripherie unterscheidet Habermas noch zwischen In- und Outputperipherie. In der Inputperipherie sind die zivilgesellschaftlichen Akteure wesentlich für die Qualität in der öffentlichen politischen Kommunikation (Habermas 1992, 431ff).

Jürgen Habermas meint, dass dieses Modell durch drei Essentials gekennzeichnet ist.

- (1) Wer nimmt an der Öffentlichkeit teil? Habermas will dabei auch die Zivilgesellschaft mit einbinden.
- (2) Wie wird in der Öffentlichkeit kommuniziert? Hierbei gilt das Kriterium der Diskursivität (Argumente sollen gebracht werden).
- (3) Wie hoch ist die Qualität der Debatte? Am Besten wäre es, wenn es zu einer diskursiv geprägten Debatte kommen würde. Die bürgernahe Zivilgesellschaft sollte hierbei auf jeden Fall im Deliberationsprozess dabei sein, als eine Art Voraussetzung für den Prozess.
(Lutz M. Hagen 2004: 47- 49)

Öffentlichkeit wird auf der Inputseite der Peripherie verortet, „gleichsam als kommunikativer Raum zwischen der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur und dem Zentrum der Politik“ (Gerhards 1997, 4).

Der Idealfall wäre, wenn die Themen und Interessen in der Peripherie formuliert werden, vom Zentrum aufgegriffen und in Gesetze implementiert werden würden. Doch Habermas geht von diesem Idealfall nicht aus: wesentlich ist für eine funktionierende politische Öffentlichkeit, dass die im Zentrum gefällten Entscheidungen im Konfliktfall an die Meinungen und Absichten der Peripherie rückgekoppelt sind (Habermas 1992, 432).

Wichtig ist beim Modell Habermas´ die Unterscheidung einer autochtonen und einer vermachteten Öffentlichkeit. Habermas unterscheidet diese beiden Öffentlichkeiten anhand von drei normativen Gütekriterien. Die deliberative Theorie bevorzugt die autochtone Öffentlichkeit, da die zivilgesellschaftlichen Akteure im Kommunikationsprozess dominieren (Input), das diskursive Niveau höher ist als das des Zentrums (Throughput), und schlussendlich ein Konsens auf Grund des Diskurses steht (Output) (Habermas 1992: 372).

Die Funktionsfähigkeit von Öffentlichkeit als System für das politische System, oder für die Demokratie, äußert sich bei folgenden Fragen wie folgt:

- Input: Ist Öffentlichkeit gewährleistet? Ist der Zugang zur Öffentlichkeit formell oder reell?
- Struktur: Ist Diskursivität gewährleistet? Werden Meinungen mit Argumenten unterlegt, oder ist dies eher die Ausnahme bei den Massenmedien?
- Output: Welche Wirksamkeit entfaltet öffentliche Kommunikation? Jürgen Habermas meint, dass Legitimität (er meint damit Wirksamkeit) erst durch Diskursivität hergestellt wird.

Nach dem eben erwähnten Aspekten zur Öffentlichkeit, beziehungsweise wie sie entstehen könnte, würde meines Erachtens der „Public Service Broadcasting“ (PSB) dazu prädestiniert sein, um Information, Kontrolle und ähnliches mehr in sinnvoller Weise „an den Mann“ bringen zu können. Generell wird angenommen, dass Rundfunk, der nicht- kommerziellen Interessen dient, Öffentlichkeit im Sinne von einer informierten, partizipierenden Öffentlichkeit besser schaffen kann als ein kommerziell ausgerichteter.

„Öffentlich- rechtliche Sender“

Der „öffentlich- rechtliche“ Rundfunk hat einen Funktionsauftrag, der permanent durch verschiedene Gesichtspunkte in der Diskussion wieder aufs Neue belebt wird. So zum Beispiel durch das Europarecht, in welchem es heißt, dass die Mitgliedstaaten den „öffentlich- rechtlichen“ Auftrag ihren Rundfunkanstalten übertragen und ausgestalten sollten, um die Rundfunkgebühr von dem Vorwurf unzulässiger Beihilfe bewahren zu können. Weiters werden die Staaten dazu angehalten, das Gebührenwachstum einzuschränken, um die Gebührenakzeptanz zu erhalten.

Weiters wird gefordert, dass das „öffentlich- rechtliche“ Profil stärker zum Ausdruck gebracht wird - soll heißen, dass die Abgrenzung zu den „privaten“

deutlicher werden muss (Hrsg.: Institut für Europäisches Medienrecht (EMR). In Zusammenarbeit mit der Europäischen Rechtsakademie Trier 2001: 37/38).

Das Pendant zum „öffentlich- rechtlichen“ sind die kommerziellen Rundfunkanbieter. Diese könnten, so wird oft hinter vorgehaltener Hand gemeint, die Funktion der öffentlichen Daseinsvorsorge im Bereich der Kommunikation nicht übernehmen, da die Orientierung an Markterfordernissen einen anderen Output erbringt als die Gemeinwohlverpflichtung des „öffentlich- rechtlichen“ Rundfunks. Deshalb müssen die „Öffentlichen“ auch ständig neue Profile entwickeln, um die „Andersartigkeit“ betonen zu können.

Europäische Öffentlichkeit hat grundsätzlich zwei Voraussetzungen, die man aber erst noch stärken muss:

- (1) Demokratisierung des politischen Prozesses, damit Identifikation im Sinne von Interesse, Teilhabe,... möglich wird.
- (2) Vermittlung dieses Prozesses, also die Darstellung europäischer Politik in den Medien, die dann somit ihrer Aufgabe, Öffentlichkeit herzustellen, gerecht werden muss.

(Lutz M. Hagen 2004: 55)

Wie ich noch etwas später genauer ausführen werde, handelt es sich beim EU- Entscheidungsgefüge um eines, welches durch verschiedene Ratsformationen (wegen der vielen Wahlen in den Mitgliedsländern), Arbeitsgruppen und diverser Ausschüsse dominiert wird. Bis vor der Ratifizierung des Lissabon-Vertrags hatte der Rat mit dem Europäischen Parlament in der ersten Säule das Entscheidungsrecht. In der zweiten und dritten Säule hatte der Rat aber nur Legislativ- und Entscheidungsfunktionen. Er kontrollierte durch die Komitologieausschüsse die Kommission.

Generell wird keine Verordnung oder Richtlinie ohne den Rat beschlossen. Der Rat ist ein Verhandlungssystem, gemeinsam mit den anderen Organen (Ausschüsse und Arbeitsgruppen). Somit würde es, weil es sich um gemeinsame Entscheidungen handelt, was die Problemlösungskompetenz anlangt, nicht möglich sein, ex- post Kontrollen von nationalen Präferenzen durchzuführen. Es käme zu einer Dauerblockade. Allerdings könnte man im Vorhinein die Ziele und Instruktionen der Regierungen in Brüssel kommunizieren.

Eine europäische Öffentlichkeit könnte zum Beispiel durch ein einheitliches Mediensystem entstehen, dessen Inhalte und Information in allen Ländern rezipiert werden könnte.

Aber bisherige europäische Medien (zum Beispiel Arte) setzen ein Publikum voraus, welches es so nie gab. Doch europäische Medien stellen nur einen Faktor dar, neben der Demokratisierung der EU, der Berichterstattung darüber, der Responsivität der Rezipienten. Wichtig ist nämlich auch, dass die Journalisten das Bewusstsein haben, über Europa zu berichten. Dies hängt aber natürlich auch sehr stark von den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen ab. Während sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk noch national definiert, versuchen Arte, TV5 und Ähnliche bereits reale Ansatzpunkte für grenzüberschreitende Handlungen auszuarbeiten. Wegen der neuen Errungenschaften der letzten Jahre (Digitalisierung), müssen sich die Fernsehsender ohnehin neu ordnen. Dabei sollten aber natürlich auch die Erweiterung der kulturellen und gesellschaftlichen Ziele im Hinblick einer europäischen Öffentlichkeit, dabei sein (Lutz M. Hagen 2004: 58- 61).

Der Hinarbeiten auf den Verfassungsvertrag von Lissabon hat auch gezeigt, dass sich unter den Bürgern nur schwer eine Identität entfalten könnte, da sich die politischen Eliten schon schwer tun, sich auf einen Minimalkonsens zu einigen. Das Fehlen einer europäischen Berichterstattung ist daran wesentlich beteiligt. Die Philosophin Hannah Arendt meint, dass ohne ein Bewusstsein für Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, keine Gewährleistung besteht, dass diese Mitglieder auch die Konsequenzen politischer

Entscheidungen tragen. Das Ziel muss also sein, dass sich die fast 500 Millionen EU-Einwohner auch als dessen Bürger identifizieren (Sommer 2007: 10-11). Während der Finanzkrise vieler europäischer Länder in den Jahren 2010 bis 2012 wird dies täglich aufs Neue sichtbar, wie wichtig eine europäische Öffentlichkeit, aber nicht erst beim Ausbruch von Krisen, wäre.

Es muss auch klar sein, dass es in Brüssel eben keine nationale Omnipotenz gibt, sondern einen Gestaltungsspielraum der den eigenen Interessen vielleicht nicht immer passt. Doch in der medialen Öffentlichkeit werden nicht einmal die tatsächlichen Stärken in Hinblick auf die Institutionen richtig publiziert. So wird die Rolle des Europaparlaments und der Kommission viel stärker wahrgenommen als die ebenfalls wichtige Rolle des Rates. So wird in der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) und der „Frankfurter Allgemeinen“ (FAZ) der Rat in 242 Artikeln angeführt. Die Kommission wird hingegen 681 Mal erwähnt. Ähnlich verhält es sich bei den britischen Blättern „Guardian“, „Times“ und „Daily Telegraph“, die den Rat 176 Mal erwähnen, die Kommission aber 348 Mal. Somit ist es auch für die nationalen Politiker leichter, ihr Verhalten nicht kommunizieren zu müssen (Lutz M. Hagen 2004: 134).

Der Großteil der Entscheidungen des Rates wird in den Ausschüssen und den verschiedenen Arbeitsgemeinschaften (ARGE´s) erledigt, beziehungsweise für die Minister vorbereitet. Bis zu 90 Prozent so genannter „A- Punkte“ sollen dies sein. Nur 10- 15 Prozent („B- Punkte“) werden auf Ministerebene entschieden. Das Problem bei den Ratsentscheidungen und generell deren Arbeit ist, dass die Information an die Journalisten kaum zitierfähig ist, weil sie nur von den Beamten stammen und die Verhandlungen oft in Hintergrundgesprächen dann den Journalisten erklärt werden. Wenn sich dann ein Journalist nicht daran hält, nämlich, dass er nichts aus diesen Gesprächen zitiert, dann wird er sehr schnell vom Informationsfluss abgeschnitten.

Als Quelle kann man also die Beamten nicht nehmen, und die Minister treten wenn dann nur am Ende der Verhandlungen vor die Kameras zu einem Briefing auf. Das heißt, dass die Politik in Brüssel wegen dem Fehlen von

zitierfähigem Material, im Unterschied zu zum Beispiel „Wien“, nur sehr schwer politisierbar ist. Konflikte werden auch nicht öffentlich ausgetragen. Somit sind die Spannungen und Diskussionen für die Bürger nicht deutlich, da die Ratssitzungen hinter verschlossenen Türen stattfinden und die Kommission nach außen mit einer einheitlichen Meinung auftritt (Peters 2009: 31 -35).

Die Sitzungen des Rates sind auch nicht öffentlich zugänglich. Journalisten werden eben von der „ständigen Vertretung“ gebrieft - mehr gibt es nicht an Information. Am Ende des Ministerrates werden in einer Pressekonferenz (PK) die Beschlüsse bekannt gegeben und danach folgen die PK's der einzelnen Minister der einzelnen Länder. Da die Journalisten auch meist nur bei „ihren eigenen Ministern“ sind, wird die Position der eigenen Länder behandelt und transportiert. Weiters ist der Minister dort nicht als Europaminister, sondern als Vertreter der Nation, anwesend. Aus diesem Grund, kommentiert er die Beschlüsse aus nationaler Sicht, weil er ja auch nur dem Volk seines Landes auf Grund der Wahl gegenüber verantwortlich ist (Silvia Polan 2006: 37).

Bei einer Befragung unter Korrespondenten wurde folgendes Ergebnis bekannt. 12 Prozent meinten, dass die Berichterstattung „häufig“ und 42 Prozent „manchmal“ ein Problem darstellt (Lutz M. Hagen 2004: 137/ 136). Auch machen die Pressesprecher der Minister de facto keine Kritik an den Positionen anderer Mitgliedsstaaten. Dies deshalb, weil sie die Verhandlungen schützen möchten, da sie sich ja täglich sehen. Es fehlen aber Korrektive, die die Abwälzung von politischer Verantwortung zuschreiben können. Aber wer hat da ein Mandat?

In der Europäischen Union wird die Gunst um die öffentliche Meinung oft zwischen den Institutionen ausgetragen und weniger unter den politischen Verantwortlichen.

Ein weiteres, bereits schon öfter angeschnittenes Problem ist die Ressourcenknappheit der Medien, die vor allem auch dafür verantwortlich ist,

dass über die Umsetzung der EU- Entscheidungen („downstream“) kaum berichtet wird. Zwei Drittel der Brüsseler Korrespondenten (1992: 693 Journalisten, 2002: 878) meinten, dass sie de facto „nie“ oder „fast nie“ über die Europapolitik in ihrer Umsetzungsphase berichten. Diese Kontroll- und Informationslücke sollten eigentlich die nationalen Journalisten schließen. Doch für viele ist die Europapolitik nach wie vor nicht Innenpolitik. Weitere Hindernisse für derlei Verständnis sind, dass es auch oft schlicht an Wissen über die EU- Politik mangelt. Daraus ergibt sich dann folgendes Problem, nämlich, dass der Journalist in Wien gar nicht weiß, wie sich der Politiker in Brüssel verhalten hat, derselbe Politiker dann aber in Wien im Nationalrat dasselbe kritisiert hat. Ebenso kommt es zu Informationsassymmetrien, wenn der EU Korrespondent die Verhältnisse im Rat bei den Entscheidungen nicht genau kennt und auch nicht weiß, was alles in der Europäischen Union durchführbar und machbar ist. Dies erfordert das Wissen über andere Länder, um zu wissen, was dort in der Umsetzung möglich ist. Deswegen ist es oft auch nicht wichtig, wie viele Korrespondenten in Brüssel sitzen, sondern vielmehr, dass Journalisten intern und extern in der Berichterstattung besser vernetzt sind.

Ein anderes bereits erwähntes Problem ist, dass in der medialen Berichterstattung oft nur die nationalen und parteipolitischen Dimensionen besprochen werden. Die europäischen Bezugspunkte werden dagegen eher ausgeklammert. Das Problem der fehlenden Vernetzung von Journalisten bringt auch Probleme beim Aufdecken von Amtsmissbräuchen oder Wirtschaftskriminalitäten mit sich, die ja sehr oft transnational passieren und deswegen auch transnational Gehör finden sollten. In der Hinsicht versuchen verschiedene Journalisten Netzwerke mit Online-Auftritten entgegenzuwirken, so zum Beispiel das Netzwerk „European Journalists“ (www.european-journalists.org oder www.netzwerkrecherche.de) (Lutz M. Hagen 2004: 140-142).

Alles in allem muss festgehalten werden, dass die Lösung eines etwaigen Legitimationsdefizits aufgrund eines angeblichen Demokratiedefizits, auf jeden Fall über eine Debatte über die Art der Information angegangen werden

muss. Denn ein Defizit an Europäischer Öffentlichkeit besteht primär wegen einem Informationsdefizit und daraus folgert dann ein Legitimationsdefizit der Europäischen Union, welches die Zukunft eines Europas der Vielfalt gefährdet. Ein wesentlicher Träger der Europäisierung sind die Medien. Der Europäisierungsgrad dieser in Bezug auf die Häufung von auf die Europäische Union bezogenen Artikeln nimmt zwar stetig zu, doch haben sie noch lange nicht den Stellenwert, den sie aufgrund ihrer Relevanz haben sollten. Genauso entscheidend, wie es für einen modernen demokratischen Staat ist, ist dass es Massenmedien gibt, die die Bevölkerung über diesen in dem sie leben und darüber hinaus ordentlich informieren. Genauso wichtig ist es für eine Gemeinschaft wie die der Europäischen Union, die für die Mitgliedstaaten und deren Bürger wesentliche Entscheidungen trifft, dass auch über diese ordentlich berichtet wird (Reichle 2006: 71).

Rollenverständnis von Journalisten und der politischen Eliten

Oliver Grimm, seit 2010 in Brüssel, um den Lesern der Tageszeitung „Die Presse“ „Brüssel“ näher zu bringen, meint im Interview mit dem www.journalist.at im Jänner 2012, dass „man eine Brücke zu den Lesern schlagen muss“. Er meint, dass in den vergangenen zehn Jahren viel zu wenig Interesse an der Europäischen Union bestand. „Die Aufwertung des Parlaments ist sehr wichtig, doch das interessiert keinen Menschen. ... Nach dem EU-Beitritt wurde in Österreich keine echte EU-Debatte geführt“. Grimm meint zur journalistischen Verantwortung, dass „was sich in Brüssel und Straßburg abspielt, ist oft extrem weit weg von den Bürgern“. ... Es gibt über die EU „besonders tief verwurzelte Vorurteile“ und es müsse deshalb immer darum gehen, den Rezipienten zu einem besseren Verständnis verhelfen zu können (www.journalist.at/archiv/2011-2/ausgabe-122011012012/eine-bruecke-zu-de-lesern-schlagen/)

Einer Studie zur Folge, der „Journalisten-Report“, bei der 7.100 hauptberuflich tätige Journalisten befragt worden sind nach Ihrem Rollenverständnis als Journalisten, trat folgendes Ergebnis zu tage: Die

überwiegende Zahl der Befragten möchte neutral berichten, Realitäten abbilden sowie komplexe Zusammenhänge vermitteln und erklären. Zwei wesentliche Zielfunktionen, die Transparenz- und die Kontrollfunktion, sowie bei den Journalisten der Innenpolitik die Interpretationsfunktion und die neutrale Vermittlungsfunktion können als Ergebnis der Studie ausgemacht werden (Plasser 2010: 61/62).

Im Jahre 2005 wurde in einer Studie das Rollenverständnis deutscher Journalisten unter die Lupe genommen. Das Ergebnis deckt sich mit den Befunden von Plasser (2010). Neben den traditionellen Medien wurden dabei auch Journalisten in den Anzeigenrubriken und den Onlinediensten für die Befragung herangezogen. Das Rollenverständnis hat sich demnach zwischen den 90er Jahren und heute, stark verändert.

„Kritik und Engagement als Kernelemente journalistischer Arbeit werden heute geringer geschätzt. Während 1993 noch 37% Politik und Wirtschaft publizistisch kontrollieren wollten, machten das 2005 nur noch 24%. Für die Benachteiligten anwaltschaftlich einzutreten, war 1993 die Absicht von 43%, heute bewegt es noch 29%. Auch das Motiv, Missstände anzuprangern, hat 2005 an Attraktion verloren. Die beliebteste Berufsrolle ist nun die des neutralen und präzisen Informators (89%), der komplizierte Sachverhalte erklären kann (79%) und dabei schnell ist (74%)“

(<http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/articleEFTCM-1.76163>).

Als ein wesentlicher Unterschied zu „früheren Zeiten“ gilt eine zunehmende Professionalisierung des Verhältnisses zwischen Politikern und Journalisten. Das wird insbesondere durch die Zunahme von Medienberater in der Politik deutlich. Dadurch sollen kameragerechte Pseudo-Ereignisse inszeniert und der Umgang mit Medien besser organisiert werden. Auch wird beschrieben, dass die Medien heute mehr Distanz zur Politik geschaffen haben als dies früher der Fall gewesen sein soll (Plasser 2010: 67).

Auch die Interaktion zwischen Journalisten und Politikern nimmt zu und es bestehen engmaschige elitäre Netzwerke zwischen Politikern und Journalisten. Dies äußert sich beispielsweise in gemeinsamen Essen wo man

dann „off the record“ die Politik bespricht. Allerdings trifft sich die Mehrzahl der Journalisten mit Politiker eher selten bis gar nicht (Plasser 2010: 74).

Die Metapher der so genannten „Produktionsgemeinschaft“ verweist auf die Einflussnahme auf redaktionelle Tätigkeiten. So ist das gemeinsame Essen gehen oder das Folgen einer Einladung zu Empfängen wo man „ins Gerede“ kommen kann, ein wesentlicher Bestandteil beider Seiten – sowohl Politiker wie auch Journalisten – um im Bilde der Abgänge der jeweils anderen Seite sein zu können. Die zweite Art um auf die redaktionelle Berichterstattung Einfluss nehmen zu können ist das professionelle News Management politischer Eliten. Dabei werden massive Anstrengungen unternommen, um Themen in der massenmedialen Berichterstattung placieren zu können. Genauso wie der Versuch unternommen wird, die De-Thematisierung unerwünschter Problemlagen voranzubringen (Plasser 2010: 77).

Inhaltsanalyse der Kronen Zeitung betreffend den Wahlkampf 2009

(Plasser 2010: 295-306)

Die Daten der Inhaltsanalyse der politischen Berichterstattung der Kronen Zeitung verweist auf eine Konvergenz zwischen der redaktionellen Themenrelevanz und dem, was die Leser dieser Zeitung wahrnehmen und die für die persönliche Wahlentscheidung ausschlaggebend war. Es wurden die „Agenda-Setting“ Effekte anhand der Clusteranalyse untersucht. Dabei wurden mehrere Themen beziehungsweise mehrere Meinungen (n=18 in diesem Fall) aufgelistet und diese wurden dann in fünf trennscharfe Cluster aufgeteilt. Die einzelnen Themen beziehungsweise Meinungen wurden von den Lesern nach einer Skala von 1=„sehr wichtig“ bis 4=„hat keine Rolle gespielt“ hinsichtlich ihrer persönlichen Wahlentscheidung bewertet. Die zur Bewertung vorgegebenen Themen wurden nach Entscheidungsrelevanz für die Wahl ausgesucht. Dabei ging es um jene Issues die besonders häufig während des Wahlkampfes und den Wochen zuvor medial strapaziert worden sind. Die Details dieser Studie können bei Plasser 2010: 296/297 nachgelesen werden.

Als Conclusio der Studie hält Plasser 2010 folgendes fest:

„Im Falle Österreichs aktiviert und bestärkt die mit Abstand auflagenstärkste Tageszeitung seit einigen Jahren EU-skeptische Einstellungen, was durch Korrespondenzanalysen der redaktionellen Berichterstattung der Kronen Zeitung und den Einstellungen ihrer Leser empirisch nachgewiesen wurde (Arendt 2009). Tatsächlich ist das von der Kronen Zeitung gezeichnete Bild der EU akzentuiert negativ mit einer starken Konzentration auf Versäumnisdarstellungen, Fehlentwicklungen und Fehlentscheidungen (Brantner 2009). Die politischen Eliten der EU werden als abgehoben und bürgerfern dargestellt. Insgesamt dominiert in der EU-Berichterstattung der Kronen Zeitung eine betont kritische Perspektive. Vier von zehn Berichten behandelten im Langzeitvergleich die EU in Zusammenhang mit internen Streitigkeiten und Konflikten. Jeder dritte Bericht stellte die EU als versagendes politisches System dar und bezweifelte Kompetenz und Handlungsfähigkeit der europäischen Akteure, Zukunfts- und Entwicklungsperspektiven der EU. Jeder vierte Bericht brachte scharfe Kritik an den EU Eliten zum Ausdruck. Noch EU-kritischere Akzente zeigen Inhaltsanalysen der redaktionellen Berichterstattung der Kronen Zeitung während des Wahlkampfes zur Europawahl 2009. Die Berichterstattung der Kronen Zeitung konzentrierte sich stärker als die Berichterstattung anderer Tageszeitungen auf negative Themen wie Spesen und Privilegien der Abgeordneten des Europäischen Parlaments, Kritik und Vorbehalte gegenüber EU-Eliten wie Versäumnisse und Fehlentscheidungen der EU. Mehr als 60 Prozent der EU-Berichterstattung der Kronen Zeitung waren in der redaktionellen Tonalität negativ, während in anderen Tageszeitungen nur rund ein Drittel der Beiträge über EU-Themen beziehungsweise den Wahlkampf zur Europawahl negative Wertungsakzente aufwiesen“.

(Plasser 2010: 298/299)

Europapolitischer Dissens im österreichischen Parteienspektrum

In den neunziger Jahren wurde dieser Dissens deutlich. Die FPÖ bekannte sich offen als europaskeptisch, ganz im Gegensatz zu ihrer jahrzehntelangen Haltung. Ebenso skeptisch verhält sich das im April des Jahres 2005 gegründete „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ), deren Mutterpartei die Freiheitliche Partei (FP) ist. Die Grünen sind die Freiheitlichen in umgedrehter Reihenfolge – aus Gegnern des EU-Beitritts Österreichs 1995 hin zu absoluten Verfechtern der Europäischen Integration. Einzig die beiden Volksparteien, Österreichische Volkspartei (VP) und die Sozialdemokratische Partei (SP), hielten seit den neunziger Jahren an einer dezidierten Pro-Europa Position fest. Dies hielt solange, bis die SPÖ im Jahre 2008 für EU-bezogene Referenden eintrat. Dies machte die Sozialdemokraten nicht zu absoluten Gegnern der EU, doch wenn man für die Europäische Integration eintreten möchte, würde es sich wohl in Anbetracht der Entscheidungsschwierigkeiten die die EU hat(te), anders anhören. Jedenfalls gibt es im Jahr 2009, bei der Wahl zum Europäischen Parlament, zwei europafreundliche Parteien (ÖVP und Grüne) und zwei europakritische, eher ins negativ abgleitende, Parteien (FP und BZÖ). Die Sozialdemokraten liegen in der Mitte und sind mit ihrer populistischen Forderung nach EU-Referenden scheinbar nicht in der Lage, sich zu positionieren.

Empirische Befunde

(Plasser 2010: 321 ff)

Die Haltung der österreichischen Wähler darf als vorsichtig optimistisch gesehen werden. Gut die Hälfte der Österreicher sahen im Jahre 2008 mehr Vorteile als Nachteile hinsichtlich der Mitgliedschaft bei der Europäischen Union. Die Anhänger von FPÖ und BZÖ waren erwartungsgemäß die europakritischste der Untersuchung. Die der ÖVP und der Grünen die am europafreundlichsten gesinnten und die der SP unterschieden sich nicht von jenen der Befragten ohne Parteibindung.

Bei der Zeitungslektüre ergab sich vereinfacht gesagt folgendes Bild: Jene, deren Exklusivlektüre die Kronen Zeitung ist, waren besonders europaskeptisch. Anders diejenigen, die dieses Blatt mieden. Insofern kann man sagen „sage mir welche Zeitung du liest und ich sage dir wie du über Europa denkst“.

Wenn man Parteiloyalitäten und Zeitungslektüre rechnerisch konstant hält, bleiben laut Plasser 2009 die soziodemografischen Merkmale ohne Wirkung, was die Bewertung der EU-Mitgliedschaft Österreichs anlangt. Ebenso verhält es sich bei der Konfessionszugehörigkeit und der Gewerkschaftsmitgliedschaft. Anders hingegen scheint es bei den Kirchengängern zu sein. Desto häufiger jemand in die Kirche geht, desto europaskeptischer ist er. Bei den Berufsgruppen zeigt sich, dass bei den Arbeitern, öffentlich Bediensteten, den Landwirten wie auch bei den Pensionisten eher die Europaskepsis, denn die Europafreundlichkeit, vorherrscht (Plasser 2010: 322).

Plasser et.al. weisen jedoch darauf hin, dass die Einstellung der Österreicher zur Europäischen Union innerhalb sozialer Gruppen, Parteizugehörigkeit und Zeitungspublika stark variiert.

Ziel des Beitrags von Plasser 2010 war die Untersuchung ob die Einstellung zur EU, das Wahlverhalten bei der Nationalratswahl im Jahre 2008 beeinflusste. Mein Thema ist zwar ein anderes, doch zeigt sich bei diesem Beitrag von Plasser et. al. auch ein für meine Arbeit wichtiges, zum Nachdenken und überprüfendes, Bild. Parteibindung, Sozialstruktur und Zeitungslektüre bestimmen nicht vollständig die Wahlabsicht wider. Das heißt, dass sich die Österreicher nicht zu 100% auf die Signale ihnen vertrauter Parteien und Personen orientieren. Das bedeutet, dass es sehr wohl Potential für echtes EU-Issuewählen gibt.

Das Brüsseler Pressekorps

Zwischen 1987 und 1999 stieg die Zahl der akkreditierten Journalisten in Brüssel von 480 auf 820. 2003 gab es 900 und 2005 bereits 1.186. Schon im Jahr 1999 waren mehr Journalisten in Brüssel akkreditiert als im „Weißen Haus“ oder bei den Vereinten Nationen (UNO).

2003 stellten die Deutschen das größte Kontingent - Österreich ist mit rund 20 Journalisten (2003) vergleichsweise schwach vertreten.

Rangliste der Korrespondenten für 2003:

- 1) Deutschland
- 2) Großbritannien
- 3) Belgien
- 4) Spanien
- 5) Frankreich
- 14) Österreich

Da Korrespondenten für jedes Medium sehr viel Geld kosten, kann davon ausgegangen werden, dass sich die Erkenntnis bei diesen Medien breit gemacht hat, dass die Politik in „Brüssel“ für die „Heimat“ relevant ist (Reichle 2006: 41).

Im Jahr 2012 führt das österreichische Außenministerium folgende Liste österreichischer Journalisten, die in Brüssel akkreditiert sind, an (abrufbar unter <http://www.bmeia.gv.at/oesterreichische-vertretung/oev-bruessel/presse/oesterreichische-journalisten-in-bruessel.html>)

Die Vertreter folgender österreichischer Medien arbeiten derzeit in Brüssel (Stand 31.07.2012. Quelle: Außenministerium):

APA: [eu\(at\)apa.at](mailto:eu(at)apa.at)
Thomas Schmidt
[thomas.schmidt\(at\)apa.at](mailto:thomas.schmidt(at)apa.at)

Horst Jestl-Pogatschnigg
[horst.jestl-pogatschnigg\(at\)apa.at](mailto:horst.jestl-pogatschnigg(at)apa.at)

ORF: orf.brussels@orf.at
Raimund Löw
raimund.loew@orf.at

Cornelia Primosch
cornelia.primosch@orf.at

Ernst Kernmayer
ernst.kernmayer@orf.at

Die Presse:
Oliver Grimm
oliver.grimm@diepresse.com

Der Standard:
Thomas Mayer
thomas.mayer@derstandard.at

Salzburger Nachrichten+Oberösterreichische Nachrichten:
Gerhard Schwischi
gerhard.schwischi@salzburg.com

Kleine Zeitung:
Johannes Kubeck
johannes.kubeck@kleinezeitung.at

Wirtschaftsblatt:
Wolfgang Tucek
wolfgang.tucek@wirtschaftsblatt.at

Kurier:
Philipp Hacker
philipp.hacker@kurier.at

Wiener Zeitung:
Martyna Czarnowska
martina.czarnowska@wienerzeitung.at

Während der Jahre fand auch eine gewisse Professionalisierung unter den Journalisten statt. Als in den 80er Jahren meistens „Europa- Fans“ in „Brüssel“ akkreditiert waren und somit eher von „institutionellen Journalisten“ die Rede war, so sind die meisten mittlerweile durchaus sehr kritisch geworden und auch investigativ motiviert. Die Kehrseite der Medaille sind Fehler und Übertreibungen. Michael Stabenow, lange Jahre Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ beobachtet, dass ein „Hauen und Stechen, das auch auf Kosten der Qualität der Information geht und im Drängen nach Exklusivität immer abstrusere Geschichten ausgräbt. Es ist wie

bei Goldgräbern. Wo einmal Gold gefunden wurde, wird immer wieder in diese Richtung gesucht“ (Reichle 2006: 48).

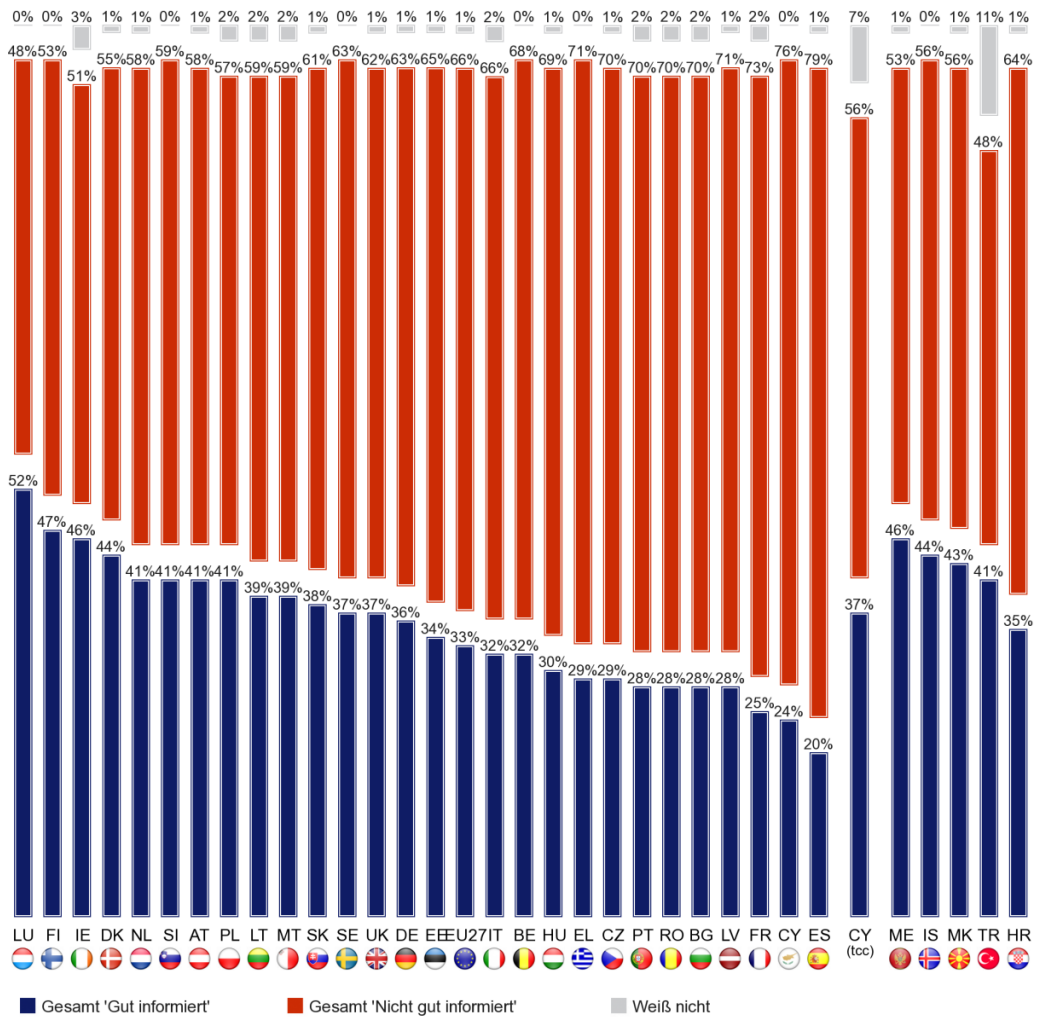
Immer öfter wandert die EU- Berichterstattung auch in die nationalen Redaktionen ab - früher waren derlei Berichterstattungen den Korrespondenten vorbehalten.

EU- Berichterstattung in Österreich

Der Eurobarometer Bericht für den Herbst 2011 zeichnet, bezüglich der Meinung der Bürger zum Informationsangebot über die Europäische Union, eher ein düsteres Bild

(http://ec.europa.eu/austria/documents/press/eb76_at_de_nat_v2.pdf)

QD2. Und inwieweit sind Sie Ihrer Meinung nach persönlich gut bzw. nicht gut über europäische Angelegenheiten informiert?



Quelle: http://ec.europa.eu/austria/documents/press/eb76_at_de_nat_v2.pdf

In seiner Forschungsarbeit an der Universität Wien, analysierte Saurwein die Berichterstattung in der „Zeit im Bild“ (ZiB), von 1994 bis 2004, gemessen an der Gesamtberichterstattung. Zwischen 2003 und 2004 lag sie bei 7,9 Prozent bis 9,9, während sie in den Jahren 1995 (Beitritt Österreichs) bis 1997 (Vertag von Amsterdam) noch bei 2,6 Prozent bis 4,3 lag. Das heißt, dass der Trend nach oben zeigt. Die Europäische Union erhält deutlich mehr Aufmerksamkeit als alle anderen internationalen Organisationen (UNO, NATO, OSZE, OPEC, IAEO, WTO und OECD) zusammen. Die Berichterstattung an sich ist aber sehr Ereignis- und Konfliktabhängig. Die EU- Wahlen und die Ratspräsidentschaften sind einer der „Dauerbrenner“ bezüglich der Berichterstattung - den bisherigen Höhepunkt stellten aber die „EU- Sanktionen“ gegen Österreich im Jahre 2000 dar.

Der Großteil der Berichterstattung entfällt auf die Länder Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien. Bei der Studie von Saurwein zeigte sich, dass der „Standard“ unter den untersuchten Medien die meisten Beiträge zwischen 2002 und 2004 hatte, im Vergleich zur „Kronen Zeitung“ und zum „ORF“. Im Durchschnitt gab es beim „Standard“ 13,1 Beiträge pro Tag die einen EU-Bezug hatten, gefolgt von der „Kronen Zeitung“ mit 5,6 und der „ZiB“ mit 4,2. Das heißt, die Qualitätszeitung hat zwar den höchsten Europäisierungsgrad, aber auch die „Krone“ misst der Europäischen Union Bedeutung bei (Saurwein 2006: 76-80).

Andreas Birner untersuchte im Rahmen seiner Diplomarbeit die Entwicklung der EU-politischen Wahlberichterstattung der Tageszeitungen Krone, Kurier und Standard im Rahmen der fortschreitenden politischen Integration der Europäischen Union. Da die deliberative Theorie die Diskurse ins Zentrum ihrer Überlegungen (die Bürger sollen entweder selbst an einem Diskurs teilnehmen oder sich durch NGO's vertreten lassen) stellt, und für den liberal-repräsentativen Ansatz die über Massenmedien vermittelte politische Information der europäischen Bürger von zentraler Relevanz ist, fällt das Ergebnis Birner's Untersuchung, je nach Sichtweise, unterschiedlich aus. Beide Ansätze bewerten das massenmediale Öffentlichkeitsdefizit unterschiedlich. Birner's Conclusio ist, dass es eine Teil-Europäisierung gibt. Die wesentlichen Aspekte der Berichterstattung bleiben aber nach wie vor nationalstaatlich. Birner sieht aber in einigen Bereichen, die EU betreffend, eine differenzierte Berichterstattung. Ob diese aufgrund der fortschreitenden politischen Integration erfolgt ist nicht klar (Birner 2005: 172-173). „Besonders gute Zeitpunkte zur empirischen Überprüfung stellen demokratische Wahlen dar, in denen die Leistungserbringung der Massenmedien bezüglich politischer Informationsvermittlung besonders nötig und auch gut vergleichbar ist“ (Birner 2005: 90), da laut der Demokratietheorie von Dahl nur gut informierte Bürger rationale politische Wahlentscheidungen treffen können.

Der Stellenwert der EU- Berichterstattung in einer Zeitung hängt auch von der Zahl der Korrespondenten und der Organisation des Mediums ab. Ein

eigenes Europa - Ressort hat zum Beispiel die „Presse“ (Dienstag bis Samstag seit 1992) und der „Kurier“. Dort gibt es auch einen eigenen Ressortleiter. Bei der „Wiener Zeitung“ ist die Europäische Union in der Außenpolitik angesiedelt (bis September 2012 – ab sofort werden europäische Themen nicht in ein enges Korsett gezwängt, sondern thematisch zugeordnet). Der „Standard“ behandelt das Thema „Europa“ in allen Ressorts und hat zusätzlich die Beilage „Crossover“, die Europa Beiträge behandelt. Die erste österreichische Zeitung die einen Korrespondenten nach Brüssel entsandt hatte, war die „Presse“. Ansonsten sind noch, wie die Rangliste etwas weiter oben zeigt, zum Beispiel die „Wiener Zeitung“, der „Standard“ und der „Kurier“ mit Journalisten vor Ort vertreten (Reichle 2006: 67- 70). Die „Krone“ als die auflagenstärkste Zeitung mit dem größten finanziellen Spielraum, leistet sich hingegen keinen Journalisten in Brüssel.

Dies macht sie offensichtlich durch selbst ernannte Heroes, beispielsweise HPM, wett. Die Berichterstattung der Kronen Zeitung bei der Europawahl 2004 über Hans-Peter Martin wird als Kampagne eingestuft. „In Österreich stellten die von der Kronen Zeitung unterstützten und propagierten Vorwürfe von Spesenprivilegien gegen das Europäische Parlament beziehungsweise dessen Abgeordnete [...] eine typische Negativkampagne dar“ (Filzmeier in: Filzmeier/Karmasin/Klepp (2006): 36).

Das Europaparlament

Zurzeit gibt es 785 Abgeordnete, davon 18 Österreicher (durch den Vertrag von Lissabon würde Österreich sogar einen Abgeordneten mehr entsenden dürfen). Das Parlament ist gemeinsam mit dem Rat der Europäischen Union (kurz: Ministerrat oder Rat) der Gesetzgeber der Europäischen Union, nachdem die Initiative für Gesetzesvorschläge von der Kommission ausgeht (die Parlamentarier können aber die Kommission auffordern, dass sie in bestimmten Bereichen Regelungen ausarbeitet). Somit agiert bei der Gesetzgebung einesteils das Parlament als Volksvertretung und der Ministerrat als Staatenkammer. Seit dem Vertrag von Maastricht im Jahre

1992 gibt es das Mitentscheidungsrecht für das Parlament, das mittlerweile bei fast allen Politikbereichen angewendet wird. Rat und Parlament bilden gemeinsam aber auch die Haushaltsbehörde. Dies kennzeichnet eigentlich das wichtigste, oder zumindest ein extrem wichtiges Recht, weil damit der Finanzrahmen abgesteckt wird, es werden dabei die jährlichen Ein- und Ausgaben festgelegt. Weiters kann das Europäische Parlament auf Antrag eines Viertels der Abgeordneten Untersuchungsausschüsse einsetzen um zum Beispiel Verstöße gegen das Gemeinschaftsrecht durch die EU- Organe oder gegen die öffentliche Verwaltung eines Mitgliedsstaates zu prüfen. Auch die Beschickung der Kommission muss einer Prüfung des Parlaments standhalten, das dann die gesamte Kommission bestätigt oder ablehnt (Informationsbüro Österreich 2007: 24- 29).

Generell gesehen, brachte der Vertrag von Lissabon viele Neuerungen, um die Europäische Union effizienter zu machen. Zum Beispiel die Einsetzung eines Ratspräsidenten, einen Außenbeauftragten, neue Entscheidungsregeln (doppelte Mehrheit) im Rat und Parlamentsbefugnisse, die wesentlich ausgeweitet worden sind. Das Parlament soll gleichberechtigt mit dem Rat über den Großteil der europäischen Gesetze entscheiden können (Michal-Misak 1/ 2008: 44).

Dies bedeutet, dass das so genannte Mitentscheidungsverfahren, laut dem Vertrag von Lissabon, in 181 Politikbereichen zur Geltung kommen würde. Neu dazu gekommen sind dabei: Weitere Bereiche der GAP (Gemeinsame Agrarpolitik), Gemeinsame Energiepolitik und der Klimaschutz, die polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit, die Gemeinsame Verkehrspolitik, die Asylpolitik, die Aufnahme und Ausübung selbstständiger Berufstätigkeiten, die Kontrolle an den EU- Außengrenzen wie auch der diplomatische und konsularische Schutz. Weiterhin die Ausnahme vom Mitentscheidungsverfahren bleiben die Bereiche Außen- und Sicherheitspolitik, Bereiche der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit, des geistigen Eigentums und Teile der Agrarpolitik. Auch bei der Wahl des Kommissionspräsidenten ist die Kompetenz des Europäischen Parlaments stark ausgeweitet worden. So wird nach der neuen

Regelung zwar nach wie vor der Europäische Rat (neu seit „Lissabon“: nicht mehr halbjährig sondern für 2,5 Jahre im Amt) den Kandidaten vorschlagen. Doch die politische Zugehörigkeit muss sich an die Stärkeverhältnisse der Mandate im Parlament orientieren. Doch wenn das Parlament dem Kandidaten seine Zustimmung verweigert, muss der Europäische Rat innerhalb eines Monats einen neuen Kandidaten wählen.

Auch in der Zusammensetzung des Parlaments würde sich einiges zum Vorteil Österreichs ändern. So hat Österreich, wie bereits vorhin erwähnt, 18 Mandatare. Deutschland, das am stärksten vertretene Land, hat somit Abgeordnete verloren, da die Anzahl der Parlamentarier nach oben hin gedeckelt wurde (Karas 11/2007: 14- 15).

Doch nicht nur das Europaparlament erhielt durch den Vertrag von Lissabon mehr Rechte, auch die nationalen Parlamente haben stärkere Mitwirkungsrechte im Gesetzgebungsprozess der Europäischen Union erhalten. Somit kann der Nationalrat in Österreich, binnen acht Wochen Einspruch gegen Vorschläge der Kommission erheben, sofern die zur Debatte stehenden Bereiche nationale Kompetenz bekommen, beziehungsweise das Subsidiaritätsprinzip verletzen. Daraufhin müsste die Kommission den Einspruch des Mitgliedslandes an den Rat und das Parlament der EU weiterleiten, vorausgesetzt es findet sich eine einfache Mehrheit aller 27 nationalen Parlamente die diesen Einwand auch so sehen. Wenn dem so wäre, dann müssten die beiden Organe (Rat und Parlament) noch vor der ersten Lesung im Europaparlament abstimmen. Wenn dann einer der beiden Gesetzgeber der Europäischen Union dem Einspruch des Mitgliedslandes stattgibt, ist der Vorschlag der Kommission vom Tisch (Karas 11/2007: 17).

Die wesentlichen Kontrollbefugnisse des Europäischen Parlaments sind die Kontrollfunktion, das Misstrauensvotum, Fragerechte und Untersuchungsausschüsse, die Gesetzgebungskompetenz, die Anhörung, Verfahren der Zusammenarbeit, das Mitentscheidungsverfahren (wie bereits erwähnt, das, beziehungsweise eines der wichtigsten Funktionen), sowie das

Kooperations- und Zustimmungsverfahren und das Haushaltsverfahren
(Glück 2010: 42).

Zu den Funktionen im Detail:

1: Kontrollfunktion

Das Parlament darf nun auf Vorschlag des Europäischen Rates den Kommissionspräsidenten wählen. „Gegenstand der Kontrolle sind die Tätigkeiten der Institutionen und Organe der Europäischen Gemeinschaft, einschließlich der Außen-, Sicherheits-, Justiz-, und Innenpolitik mit der Ausnahme der richterlichen Tätigkeit“ (Glück 2012: 41).

2: Misstrauensvotum

Ein wesentliches Instrument der Durchführung von Kontrolle ist die Möglichkeit, ein Misstrauensvotum durchführen zu können. „Nizza“ ermöglichte dem Parlament die Möglichkeit, per Votum (Zwei-Drittel Mehrheit) die gesamte Kommission zum Rücktritt zu zwingen. Bisher war die Abwahl des Kommissionspräsidenten möglich (Lambach/Schieble 2009: 55).

Das Misstrauensvotum ist auch geschichtlich gesehen das stärkste Instrument des Parlaments, da es in den Verträgen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) schon verankert war. Den Bürgern der EU ist dies auch noch in Erinnerung, als 1999 die Kommission von Jaques Santer ihren Rücktritt bekannt gab. Dieses Kontrollbefugnis des Europäischen Parlaments ist im Artikel 144. EGV festgeschrieben. Wesentlich für eine erfolgreiche Durchsetzung dieses Rechtes ist die Abgabe von mindestens 2/3 der abgegebenen Stimmen. Gleichzeitig müssen diese Stimmen auch die Mehrheit der im Parlament angehörenden Parlamentarier repräsentieren. Für die Einreichung eines Misstrauensantrages ist es notwendig, dass zumindest 1/10 der Abgeordneten des Parlaments hinter diesem Antrag stehen (Glück 2010: 41).

3: Fragerechte und Untersuchungsausschüsse

Wenn der Verdacht besteht, dass gegen Gemeinschaftsrecht verstoßen wird, dann kann das Europäische Parlament, zwecks Klärung, nicht ständige Untersuchungsausschüsse einsetzen (Neisser 2010: 68).

Bei den Fragen muss zwischen der Kommission und Rat unterschieden werden. Beim Fragerecht an die Kommission gibt es die Verpflichtung dieser, eine Stellungnahme abzugeben. Der Rat hingegen bestimmt selbst das Ausmaß der Kontrolle. Außerdem beantworten immer die Mitglieder des Vorsitzlandes des Rates die Fragen. Somit werden die meisten Fragen an die Kommission gestellt.

Bei den Untersuchungsausschüssen ist der bekannteste der „BSE-Ausschuss“ (1996 - 1997). Da aber das Parlament keine Möglichkeit der Umsetzung der Empfehlungen hat, und es europaweit nicht genug medialen Druck gibt, ist diese Kontrollfunktion eher begrenzt wichtig (Glück 2012: 42).

4: Gesetzgebungskompetenz

„Das EU-Recht gliedert sich in Primärrecht und Sekundärrecht. Die Verträge, d. h. die primären Rechtsvorschriften, sind die Grundlage für das Tätigwerden der EU ganz allgemein. Die sekundären Rechtsvorschriften, also Verordnungen, Richtlinien, Entscheidungen und Beschlüsse, leiten sich von den in den Verträgen festgelegten Grundsätzen und Zielen ab“ (http://europa.eu/about-eu/basic-information/decision-making/index_de.htm)

Die Rechtsgrundlage, also der Vertragsartikel auf den sich ein Vorschlag stützt, bestimmt, ob ein Rechtsakt nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren von Parlament und Rat gemeinsam, oder nur durch den Rat unter Beteiligung des Parlaments erlassen wird und in welcher Form beratende Ausschüsse wie EWSA und AdR (Ausschuss der Regionen), der Rechnungshof oder die Europäische Zentralbank, angehört werden müssen.

In manchen Fällen verfügt sogar die Kommission über Rechtsetzungsbefugnisse (Fischer Weltalmanach 2011: 576).

4.1.: Anhörung (Konsultationsverfahren)

Es gibt obligatorische und fakultative Anhörungen. Die obligatorische ist in den meisten Fällen des EGV vorgeschrieben. Die fakultative Anhörung ermöglicht dem Rat auch Stellungnahmen abzugeben. Allerdings muss der Rat mit seiner Entscheidung bis zum Ende des Anhörungsverfahrens warten. Täte er dies nicht, würde der Europäische Gerichtshof diese Ratsentscheidung für nichtig erklären (Glück 2010: 43).

Das Europaparlament kann Stellungnahmen zu einem Vorschlag der Kommission abgeben. Diese können vom Europäischen Rat angehört werden - er muss diese aber nicht berücksichtigen. Das Konsultationsverfahren kommt vor allem in den Bereichen Agrarpolitik, Asyl, Visa und wesentliche Bereiche der GASP zur Anwendung (Lambach/Schieble 2009: 38).

4.2.: Mitentscheidungsverfahren

Das Europäische Parlament wird „fortan auf allen Feldern der Gesetzgebung mit den im Rat vertretenen EU-Regierungen gleichberechtigt sein. Seit Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags Ende 1993, der das Parlament bei vielen Binnenmarktregeln mit dem Ministerrat gleichstellte, gab es das ‘Mitentscheidungsverfahren’. Künftig heißt es „ordentliches ‘Gesetzgebungsverfahren’“ (<http://m.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/europaeisches-parlament-mitentscheidung-ist-die-regel-1886303.html>) .

Es ist das wichtigste gesetzgeberische Verfahren und stellt ein indirektes Initiativrecht dar. Das bedeutet, dass das Parlament die Kommission mit der Mehrheit der Parlamentarier zur Unterbreitung von Vorschlägen auffordern kann. Rechtsakte kommen durch die Abhaltung dreier Lesungen zustande. Die zweite der drei Lesungen muss dabei innerhalb von drei Monaten nach der ersten, und die dritte innerhalb von sechs Wochen nach der zweiten

stattfinden. Sollte es nach der zweiten Lesung zu Unstimmigkeiten kommen, kommt es zu einem paritätisch besetzten Vermittlungsausschuss zwischen Rat und Parlament. Sollte dieser scheitern, scheitert das ganze Vorhaben und es kommt kein Rechtsakt zustande, da nicht gegen den Willen des Parlaments etwas beschlossen werden kann. Sollte jedoch innerhalb von sechs Wochen eine Übereinkunft zwischen Rat und Parlament zustande kommen, kommt der Vorschlag in die dritte Lesung, wo dieser dann mit der absoluten Mehrheit der Stimmen des Europäischen Parlaments und mit qualifizierter Mehrheit im Rat angenommen werden kann (Glück 2010: 44).

4.3.: Kooperations- und Zustimmungsverfahren

Das Kooperationsverfahren ist das wichtigere, da das Zustimmungsverfahren nur dann Geltung findet, wenn es um Abkommen mit Drittländern kommt. Außerdem geht es beim Zustimmungsverfahren um keine Detailfragen. Es kann nur über Zustimmung oder Ablehnung abgestimmt werden. Die für das Europaparlament so wichtigen Detailfragen sind nur beim Kooperationsverfahren zugelassen. Im ersten Jahr, also mit Einführung der Einheitlichen Europäischen Akte (1987), gab es bereits 132 Kooperationsverfahren und nur 26 Zustimmungsverfahren. Das Zustimmungsverfahren wird in den Bereichen der Unionsbürgerschaft, des Struktur- und Kohäsionsfonds, bei Bestimmungen zur Direktwahl, bei internationalen Abkommen und bei einem Beitritt in die Europäische Union angewendet (Glück 2010: 44).

5: Haushaltsverfahren

Seit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon mit 1.12.2009 ist die Unterscheidung in obligatorische und nichtobligatorische Ausgaben obsolet geworden. Es gibt seit „Lissabon“ eine dreistufige Normenhierarchie. Als Erstes ist die Konsultation des Parlaments und die Ratifizierung durch die nationalen Parlamente vorgesehen. Bei der zweiten Normstufe wird der „mehrjährige Finanzrahmen“ vertraglich verankert und auf der dritten Normstufe wird der Jahreshaushalt der Union durch das Haushaltsverfahren

nach Art. 314 AEUV beschlossen. Dieses Verfahren ist der Art des Mitentscheidungsverfahrens sehr nahe (Brock 2010: 79).

Die Europawahlen

Für die Europawahlen gilt Art. 26 Abs. 5-8 B-VG sinngemäß.

Die Mandatzuteilung erfolgt nach dem System der Verhältniswahl. Diese Mandate werden mittels dem d´Hondtschen Verfahren ermittelt.

Das Bundesgebiet bildet einen eigenen Wahlkörper.

Vorzugsstimmen können am Wahlzettel eingetragen werden. Für eine

Vorreiung auf der Liste der einzelnen wahlwerbenden Parteien sind

Vorzugsstimmen im Ausmaß von 7% erforderlich. Ein Wahlvorschlag bedarf der Unterschrift von mindestens drei Abgeordneten zum Nationalrat oder der

Unterschrift von einem Abgeordneten zum Europäischen Parlament oder

2.600 Unterstützungserklärungen (Ucakar 2012 in

http://staatswissenschaft.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/inst_staatswissenschaften/Ucakar/4_Einheit_B_-_Wahlrecht_und_Direkte_Demokratie.pdf).

Wahlen gibt es überall, auch in den „Volksdemokratien“ des ehemaligen Ostblocks und in nicht- demokratischen Ländern. Grundsätzlich geht es dabei darum, Mitglieder von Repräsentativkörperschaften und Inhaber von Staatsämtern durch Mehrheitsbeschluss zu bestimmen. Dies ist schon seit der Antike eine dafür bekannte Technik. Die Abhaltung von Wahlen, das Wie, macht die besondere Qualität aus, die für die Demokratie wichtig ist. Unter anderem müssen Wahlen periodisch abgehalten werden, die Auswahl an Kandidaten muss gegeben sein (Arzheimer, Falter 2007: 553).

Wahlen könnte man auch als die „Hochzeiten“ politischer Kommunikation sehen, unter anderem wegen der sich in Szene setzenden politischen Akteure, Themen und Ereignisse. Trotzdem verzichten die Bürger gerade bei EU-Wahlen, am Öftesten auf den Gebrauch ihres Wahlrechtes. Meistens kommen dabei auch nationale Akteure zu Wort- nur kurz vor der Wahl tauchen die EU Politiker in ihren Heimatländern auf. Doch das ist meines

Erachtens nichts Schlechtes. Denn schließlich haben sie genug Arbeit „in“ der Europäischen Union und können deswegen nicht ständig in „Europa“ und „Österreich“ präsent sein und des Weiteren gehören sie ja auch nationalen Parteien an, die die Kommunikation erledigen könnten und auch sollten. Die Europaparlaments Wahlkämpfe sind völlig anders als die Wahlkämpfe zu den nationalen Parlamenten. Es gibt keine oder nur sehr wenig Personalisierung (weil nur sehr wenig Bürger die jeweiligen Parlamentarier kennen), es gibt wenig Kapitaleinsatz und Arbeitseinsatz und nur sehr wenig an „permanent campaigning“.

Diese Wahlen, die die Bestellung des Europäischen Parlaments als Ziel haben, finden seit 1979 alle fünf Jahre statt (immer mit Fristen von Donnerstag bis Sonntag, sodass die traditionellen Wahltage der Länder eingehalten werden können) und ist die einzige durch den Bürger direkt legitimierte politische Institution. Bis dahin wurden nämlich immer nationale Vertreter entsandt (Mickel 1994: 54).

Die Anfänge des Europäischen Parlaments liegen in der „Gemeinsamen Versammlung“ der EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) und der EURATOM (Europäische Atomgemeinschaft). Es wurde noch von den nationalen Parlamenten beschickt und hatte nur 198 Sitze (1979 bereits 410 Mandate und 2004 schon 732). Der Binnenmarkt und der Euro schweißten die Mitgliedsstaaten zusammen und laut Expertenmeinung können nur mehr 25 Prozent der nationalen Gesetze und Verordnungen ohne Zustimmung der europäischen Ebene beschlossen werden (Tenscher 2005: 158).

Trotz aller Gemeinsamkeiten einiger Länder (Binnenmarkt, Euro) und Interdependenzen, finden die Wahlen zu diesem Organ der Europäischen Union nach vielen verschiedenen (nationalen) Methoden statt, so dass Dieter Nohlen von einem „polymorphen Wahlsystem“ spricht. Ist die Wahl einmal geschlagen, fehlt aber eine zentrale Stelle, die die Wahlergebnisse ganz Europas der Öffentlichkeit präsentiert. Interessierte Personen müssen in der Regel auf Sekundärquellen ausweichen um dementsprechende

Ergebniskumulierung betreiben zu können. Dies deshalb, weil die Wahlen nationale Wahlen sind und nationale Institutionen für die Wahldurchführung, die Feststellung der Wahlergebnisse verantwortlich sind. Das heißt, dass die amtlichen Wahlergebnisse nur über die nationalen Wahlinstitutionen verfügbar sind. Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) hat zwar Datenmaterialien zu Strukturindikatoren, wirtschaftliche Entwicklung und öffentlicher Gesundheit aller Mitgliedsstaaten, aber amtliche Wahlergebnisse gesammelt der Öffentlichkeit zu präsentieren, das kann sie nicht (Tausendpfand/ Braun 2008: 84- 86).

Es gibt unterschiedliche Wahlordnungen. Einheitlich sind das Wahlgeheimnis und die Gleichheit der Geschlechter. Doppelte Stimmabgaben (Wohnsitzland und Geburtsland) werden durch die Deklaration des Wahlberechtigten ausgeschlossen (Mickel 1994: 55).

Die unterschiedlichen Wahlsysteme machen aus der Wahl zum Europaparlament eine nicht gleiche Wahl. Das aktive und passive Wahlrecht und der Wahlmodus sind unterschiedlich. In manchen Ländern, wie zum Beispiel in Österreich, ist das aktive Wahlalter mit 16 Jahren legitimiert, im Großteil der europäischen Mitgliedsstaaten liegt das Wahlalter aber bei 18. Einheitlich ist das Verhältniswahlrecht, an das sich auch Großbritannien halten muss (Jesse 2008: 299-307).

Die gemeinsamen Grundzüge der Wahl sind die Verhältniswahl, das Wahldatum (von Donnerstag bis Sonntag), die Mandatsdauer, Unvereinbarkeiten und die Mandatsprüfung. Die Wahlperiode ist seit dem Jahr 1995 mit dem der Amtsperiode der Kommission synchronisiert. Neu ist seit dem Jahr 2004, dass neben dem europäischen Mandat kein nationales ausgeübt werden darf und wie bereits erwähnt, ist für die Durchführung der Wahl der jeweilige Mitgliedsstaat zuständig (vgl.: Bieber/Epiney/Haag 2006: 112-114).

Eine Richtlinie des Rates aus dem Jahre 1993 (gültig seit 1994) legte zudem fest, wer das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum

Europäischen Parlament im Wohnsitzland hat (unabhängig davon ob er die Staatsbürgerschaft dieses Staates hat), wer zum Zeitpunkt der Wahl Unionsbürger ist und alle anderen Bestimmungen, die zum ordnungsgemäßen Ablauf der Wahl vonnöten sind (Neisser/ Handstanger/ Schick 1996: 85).

Ein Vorschlag für ein einheitliches Wahlrecht, statt dem wie es Dieter Nohlen genannt hat „polymorphen Wahlsystem“, liegt zwar bereits auf dem Tisch, wartet aber noch auf Zustimmung. Bei der letzten Wahl im Jahre 2005 waren gut sechs Millionen Österreicher aufgefordert zur Wahl zu gehen. Die Wahlbeteiligung lag damals bei 42,43 Prozent - das bedeutet, man befindet sich mit diesem Resultat de facto im Schnitt mit den restlichen Ländern (der Durchschnitt der EU Länder liegt bei 45,5 Prozent). Als die stimmenstärkste Partei gingen die Sozialdemokraten mit 33,3 Prozent hervor und stellen somit sieben Abgeordnete. Die weiteren Ränge belegen die ÖVP mit 32,70 Prozent (sechs Abgeordnete), HPM (Liste Martin) mit 13,98 Prozent (zwei Abgeordnete - eine davon wechselte aber kurz später ins Liberale Lager), die Grünen mit 12,89 Prozent (zwei Abgeordnete), die FPÖ mit 6,31 Prozent (ein Abgeordneter) und die Linke mit 0,78 Prozent mit keinem Abgeordneten (Informationsbüro Österreich 2007: 31).

Einerseits zeigen die Meinungsumfragen, dass die EU für die Bevölkerung sehr wichtig ist, andererseits spiegelt sich dies nicht in der Wahlbeteiligung wider. Würde man darüber hinaus die Wahlpflicht in Ländern wie Belgien und Luxemburg abschaffen, gäbe es wahrscheinlich noch geringere Wahlbeteiligungsquoten (Glück 2010: 53).

Wie bereits erwähnt, liegt Österreich bezüglich der Wahlbeteiligung im guten Schnitt. 1994 gab es die höchste Wahlbeteiligung in Österreich (fast 68 Prozent). 1999 sank die Beteiligung an den Europawahlen erstmals unter 50 Prozent und im Jahr 2004 gingen nur mehr 42 Prozent zu den Urnen. Insofern war im Jahr 2009 sogar ein Aufschwung zu verzeichnen (<http://www.wien-konkret.at/politik/eu/europawahl-2009/ergebnisse/>).

Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen (ein Ausschuss des Europäischen Parlaments), unter dem Vorsitz des Italieners Carlo Casini, befasst sich mit einer grundlegenden Reform des Wahlsystems bei der Europawahl. *„Die Abstimmung über den Vorschlag im Europäischen Parlament ist am 7. Juli 2011 jedoch erneut verschoben und in den Ausschuss zurückverwiesen worden. Umstritten ist vor allem, ob das Parlament um 25 zusätzliche Sitze erweitert werden soll, um die transnationalen EU-Abgeordneten aufzunehmen oder ob die Plätze von den nationalen Listen abgezogen werden“* (<http://de.wikipedia.org/wiki/Europawahl>)

Insgesamt stellen die Deutschen mit 99 Abgeordneten die meisten (nach „Lissabon“ wäre diese Zahl nach oben gedeckelt bei 96), gefolgt von den Briten und den Franzosen mit jeweils 78 (http://www.europarl.at/ressource/static/files/infoblaetter_komplett.pdf [01.09.2012]).

Ein weiteres wesentliches Recht des Parlaments ist das Zustimmungsrecht bei der Aufnahme neuer Mitglieder. Die „doppelte Mehrheit“ bedeutet dabei, dass sowohl Rat als auch das Parlament ihre Zustimmung geben müssen.

Grundsätzlich sind, trotz der scheinbaren Dominanz der großen Länder, die kleineren in Relation gesehen stärker vertreten. Umgelegt auf die Einwohnerzahlen repräsentiert ein österreichischer EU Abgeordneter rund 455.000 Menschen, während sein deutscher Amtskollege für 835.000 Menschen „zuständig“ ist.

Eine einheitliche Amtssprache gibt es im Parlament keine. Somit gibt es 23 verschiedene Sprachen und deren Abgeordnete werden durch Dolmetscher am Laufenden gehalten, was sehr oft auch zu sprachlichen Ungereimtheiten führen kann. Die Abgeordneten selbst wirken an der Gesetzgebung mit und sind aber vor allem auch in diversen Ausschüssen tätig. Sie haben weiters auch Büros in ihren Heimatländern, um mit ihrem jeweiligen Heimatland in Kontakt zu bleiben. Sie sind grundsätzlich unabhängig, also an keine Weisungen und Aufträge gebunden. Es gilt das Prinzip des freien Mandats.

Die meisten Europaparlamentarier sind in Fraktionen organisiert (in Österreich heißen diese Klubs), von denen die meisten zwischen 1974 und 1978 gegründet worden sind (Woyke, Varwick 1998: 160), für die mindestens 20 oder mehr Abgeordnete gebraucht werden, die auch aus mindestens einem Fünftel der Mitgliedsländer kommen müssen.

Zurzeit ist die größte Fraktion die der „Europäischen Volksparteien-Europäische Demokraten“ (EVP) mit 277 Mitgliedern. Die Fraktion der „Sozialdemokratischen Parteien Europas“ (SPE) stellt 218 Mitglieder und die dritte große Gruppe zu der die zweite Abgeordnete (Resetarits) der „Liste Martin“ wechselte, ist die „Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) die 106 Mitglieder hat. Die „Fraktion Grüne/ Freie Europäische Allianz“ hat 42 Abgeordnete. Die „Konföderalen Fraktion der Vereinigten Linken/ Nordische Grüne Linke“ hat 41 Abgeordnete. Die „Union für das Europa der Nationen, die Fraktion Unabhängigkeit und Demokratie“ 23 Abgeordnete und die Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität (sie hat einen österreichischen Parlamentarier aufgenommen – Andreas Mölzer) zählt 44 Mitglieder. Die „Fraktionslosen“ umfassen 34 Mitglieder, unter anderem Hans-Peter Martin von der „Liste Martin“ (www.europarl.europa.eu – „Fraktionen im Europaparlament“).

Der Großteil der „Macht“ im Europäischen Parlament geht von den beiden größten Fraktionen aus – den Konservativen und den Sozialdemokraten. Allerdings bedeutet die Zugehörigkeit zu einer Fraktion nicht zwangsweise, dass innerhalb der Fraktionen einstimmige Meinungen herrschen. Bei vielen Parlamentariern stehen die nationalen Interessen im Vordergrund. Es kann aber auch sein, dass die Fraktionen nicht gezwungenermaßen mit den Regierungschefs der einzelnen Mitgliedsländer einverstanden sind. *„So sind zum Beispiel die sozialdemokratischen Parlamentsabgeordneten für eine Stärkung des Parlaments und eine Parlamentarisierung der Kommission und für eine Gleichstellung des Parlaments mit dem Rat, die sozialdemokratischen Regierungschefs Dänemarks und Schwedens sind jedoch dagegen“* (Glück 2010: 47-48).

Das Generalsekretariat befindet sich in Luxemburg, in Straßburg ist der Hauptsitz und in Brüssel finden Plenartagungen statt. 12 Sitzungen finden zu je vier Tagen in Straßburg statt, während in Brüssel kurze Plenartage (zwei Tage) abgehalten werden (Weindl/Woyke/Wichard 1999: 37).

Die Teilung (Straßburg/Brüssel/Luxemburg) ist durch die Primärverträge festgeschrieben und würde eine Einstimmigkeit zwecks Abänderung bedürfen. Doch dagegen hat sich bis dato immer Frankreich erfolgreich gewehrt. Um dem „einmal im Monat stattfindenden ‘Reisezirkus’ ein Ende zu bereiten“, müsste man eine Änderung der Verträge durch einstimmige Entscheidung im Rat durchbringen, um damit die Auflösung des Sitzungsortes Straßburg einleiten zu können (Dialer 2010: 41).

Diese Aufteilung in zwei Sitzungsorte stellt auch eine zusätzliche Anstrengung für die Medienvertreter dar, da diese aufgrund der räumlichen Unterschiede sehr oft zwischen den beiden Städten pendeln müssen, was neben viel Geld vor allem auch viel Zeit in Anspruch nimmt.

Das Europäische Parlament wählt einen Präsidenten, 14 Vizepräsidenten und fünf Quästoren. Diese sind für zweieinhalb Jahre im Amt. Von Jänner 2007 bis 2012 übte der EVP Abgeordnete Hans Gert Pöttering das Amt des Präsidenten aus. Seit 2012 übt der ehemalige Fraktionsführer der SPE, Martin Schulz (SPE), dieses Amt aus. Er, der Präsident, vertritt das Parlament unter anderem auf internationaler Ebene und leitet diverse Gremien und die Konferenz der Präsidenten, die sich aus dem Präsident und den Fraktionsvorsitzenden zusammensetzt (ähnlich wie die Präsidiale in Österreich). Diese organisiert die Arbeit des Parlaments und die Beziehungen zu den anderen Institutionen und zu den nationalen Parlamenten. Diese Konferenz legt die Anzahl der Mitglieder in den Ausschüssen fest und macht die Tagesordnung der Plenartagungen. In den rund 20 Ausschüssen die zu unterschiedlichsten Thematiken eingesetzt werden, passiert der Großteil der praktischen Politik. Sie erarbeiten Gesetzesentwürfe für die Kommission, bei der das Parlament in rund 90 Prozent aller Fälle das so genannte

Mitbestimmungsrecht hat und somit sehr wichtig ist (Informationsbüro Österreich 2007: 35- 37).

Jeder Abgeordnete arbeitet in einer Delegation mit. Die Delegation informiert sich ständig zu aktuellen politischen Fragen, die die Europäische Union betreffen. Das können Angelegenheiten sein die die Europäische Union direkt betreffen, oder nur Drittstaaten.

Die Delegationen sollen auch eine engere Verbindung zu Parlamenten außerhalb Europas herstellen. So ist die Hauptaufgabe von Delegationen der Austausch und die Stärkung von internationalen Beziehungen. Beispielsweise gibt es seit 1972 mit den USA interparlamentarische Kontakte. Der Austausch und die Pflege dieses interparlamentarischen Kontakts mit den USA soll Werte wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte außerhalb Europas fördern (www.europarl.europa.eu – „Delegationen im Europaparlament“).

Die europäischen Parlamentsparteien sind keine Persönlichkeiten des öffentlichen Rechts. Sie können somit keine Immobilien kaufen oder mieten, keine Mitarbeiter anstellen und auch keine Spesenquittungen ausstellen. Sie sind somit auf die Zusammenarbeit mit den Fraktionen angewiesen. Des Weiteren gibt es noch keinen rechtlichen Schutz für die Bezeichnung „Europäische Partei“ (Glück 2010: 48).

Aufgaben der Parteien, die sich um Mandate im Europaparlament bewerben, sind ebenso vielfältig wie die, die sie in ihrem eigenen Land haben. Wesentlich ist ein Parteiprogramm um über eine Ideologie und Identität verfügen zu können. Parteien des europäischen Parlaments sollen Informationen über „Europa“ liefern und des Weiteren folgen Aufgabengebiete wie die Politische Bildung und Forschung in diesem Bereich. Es wird erwartet, dass Parteien zu verschiedenen Themen Stellung beziehen, Lösungen anbieten und sich mit ihren Vorschlägen an die Öffentlichkeit wenden. Einerseits sollen diese Wahlkampagnen dem Erfolg der eigenen Partei und andererseits sollen sie auch eine „Stärkung der

Teilnahme an den Europawahlen und den Interessen der Bürger“ dienen (Glück 2010: 50).

Rückblick: Die Europaparlamentswahlen 2004 in Österreich

2004 war in Österreich ein so genanntes Superwahljahr. Unter anderem wurden die Landtage in Salzburg und Kärnten gewählt und die Skepsis der Bevölkerung gegenüber der EU war hoch. Mit ein Grund für die negative Meinung gegenüber „Brüssel“ waren die lang andauernden „Sanktionen“ gegen Österreich. Vor allem durch die Regierungsparteien wurde dieses Thema stark aufgebauscht. Auch die Themen Transit und „Temelin“ waren medial stark vertreten. Gegen „Temelin“ hatte die FPÖ im Jahre 2002 ein Volksbegehren gestartet, an welchem 900.000 Österreicher teilnahmen. Man hatte den Eindruck, dass bei all den Themen die Botschaft vermittelt werden soll, Österreich würde sich in Brüssel zu wenig Gehör verschaffen. Neben SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne trat auch die Liste Hans-Peter Martin auf. Dieser trat 1999 noch für die SPÖ auf, zerstritt sich jedoch mit der Partei und trat fortan selbstständig an (gemeinsam mit der bekannten Fernsehmoderatorin Karin Resetarits mit der er sich später auch zerstritt. Resetarits wechselte dann in die Liberale Fraktion) (Picker/Zeglovits 2005: 234-241).

Das SORA-Institut hält zur Europaparlamentswahl 2004 in Österreich fest:

„Die EU-Wahl 2004 in Österreich wurde von der Bevölkerung als vergleichsweise unwichtig wahrgenommen. Während die Liste Martin Erfolge feierte, schnitten die Regierungsparteien relativ schlecht ab. Damit sind EU-Wahlen (nicht nur) in Österreich "Second-Order-Elections", also Wahlen zweiter Wahl. Die niedrige Wahlbeteiligung und das Wahlergebnis in Österreich lassen sich auf eine grundlegende Skepsis gegenüber der EU und auf reale politische Konflikte zurückführen. Der Wahlkampf aktivierte diese Skepsis und stellte einen meist negativen Europa-Bezug her. Eine "europäische Vision" spielte im österreichischen Wahlkampf keine Rolle“ (<http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/eu-wahl04.html>).

Die SPÖ bekrittelt die Regierung, insbesondere durch ihren laut ihrer Ansicht nach neoliberalen Stil und ihrer Haltung zur EU. Hingegen versuchte sich die ÖVP als klare Europapartei zu positionieren. Die Spitzenkandidatin Ursula Stenzel (sie trat 2009 nicht mehr an und ist seit dem als Wiener Bezirksrätin tätig) wollte auch unbedingt die sieben Mandate der letzten Wahl verteidigen.

Themen waren vor allem, der Irakkrieg, Atomausstieg der EU, der „Landesverrat der SPÖ“ während der „Sanktionen“ die die ÖVP der SPÖ vorwarf, der Erweiterungsstopp sowie ein Nein zum Beitritt der Türkei zur EU. Bei der FPÖ gab es das Problem einer inneren Spaltung. Der Spitzenkandidat Hans Kronberger war ein gemäßigter Pragmatiker, während Andreas Mölzer ein Vertreter der rechten Basis ist. Mölzer führte auch einen Personenwahlkampf und erreichte schlussendlich auch als einziger Freiheitlicher ein Mandat. Die Grünen führten die Themen Atomausstieg und Nein zu einem Nato-Beitritt an und Hans-Peter Martin wurde von der Kronen Zeitung hofiert (Picker/Zeglovits 2005: 241-244).

Ist Europa ein Thema für die Medien?

Aus der Agenda-Setting Forschung weiß man, dass Menschen vor allem jenen Themen Beachtung schenken, die in den Medien häufig vorkommen und in den Mittelpunkt gerückt werden. Bei der Berichterstattung kommt es auch zu einem „Framing“. Je nach dem wie berichtet wird (aus nationaler oder aus europäischer Perspektive) und ob es sich um eine positive oder eher eine negative Berichterstattung handelt.

Die Kommission hat die Wichtigkeit einer aktiven Kommunikationspolitik erkannt und investiert nun Geld und Personal in diese. Begonnen hat diese Entwicklung schon während der Santer-Zeit und unter Barroso wird sie stets weiter verfolgt. Ich möchte nicht darauf eingehen wie viel in was investiert wird, da dies nichts über den Output aussagen würde. Vielmehr interessiert

die Art und Weise. Hierfür habe ich von Birgit Peters (2009) eine Lektüre über die „PR-Strategie der EU-Kommission“ heran gezogen, die sich mit dem so genannten „Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik“ befasst hatte.

Die Kommission versucht die Journalisten und die interessierte Öffentlichkeit über öffentliche Briefings, die täglich um 12 Uhr im Berlaymont-Gebäude der Kommission stattfinden, zu informieren. Dabei wird das Tagesgeschehen erläutert und Raum für Fragen der Journalisten gegeben. Weiters gibt es jeden Mittwoch ein Briefing zum wöchentlichen Meeting der Kommissare. Bei Bedarf finden Briefings natürlich auch Anlassbezogen statt. Der „Midday-Express“ ist eine Zusammenfassung der mittäglichen Briefings, „IP Notes“ fassen die Mitteilungen über bestimmte Themen zusammen, die „Memos“ beinhalten Basisinformationen zum besseren Verständnis der Pressemitteilungen und der Kalender informiert über künftige Ereignisse und Aktivitäten. Die so genannten „esPRESSos“ sind auf elektronischem Wege den Journalisten zugesandte Briefings über am Nachmittag stattgefundene Pressemitteilungen und Neuigkeiten (Peters 2009: 26).

Sämtliche Infos sind auch über die www.europa.eu Website zu erhalten. Hier findet man wirklich (fast) alles, jedoch ist dort soviel Information, dass man gut daran tut, über Suchmaschinen auf dieser Website zu suchen da die Suchfunktion der Website nicht immer das gewünschte Ergebnis liefert. Wenn Sie beispielsweise nach bestimmten Förderungen oder Verordnungen etc. suchen, geben Sie im Suchmaschinen Feld „site:europa.eu“ Abstand und das Wort das sie suchen ein (z.B.: auf Google site:europa.eu Dienstleistungsrichtlinie 75a). Daraufhin wird die Website nach dem von Ihnen gewünschten Begriff durchsucht. Ohne diese Suchart werden Sie wahrscheinlich nur sehr zeitaufwendig zum gewünschten Ziel kommen, wenn überhaupt, da die Suchfunktion der Website meines Erachtens nicht gut funktioniert.

Auch der EU-Bookshop der Kommission ist sehr informativ. Sie finden dort, zumeist kostenlos zugestellte Publikationen oder solche, die zum Abspeichern auf dem Rechner zu haben sind.

Ein audiovisuellen Dienst, abrufbar unter http://ec.europa.eu/avservices/home/index_fr.cfm, ist verfügbar und ist auch zuständig für den unverschlüsselten TV-Sender „Europe by Satellite“ (EbS), der im Internet oder über Satellit (Sirius 2) in Europa, Nordafrika und im Mittleren Osten, empfangbar ist. Dieser Sender sendet Live-Beiträge oder anderes Material in 23 Amtssprachen der EU. Man will damit vor allem Privatpersonen und Fernsehjournalisten erreichen. Das gezeigte Material (Bilder, etc.) darf übrigens auch journalistisch verwendet werden. Viele Generaldirektionen (GD) sind für ihren Online-Auftritt selbst verantwortlich. Die GD KOMM (Generaldirektion Kommission) auch, und darüber hinaus ist sie auch für den Europa-Server verantwortlich. Dieser beinhaltet den allgemeinen Internetauftritt der Europäischen Union, der mittlerweile seit 12 Jahren online ist und laut Europa-Server über 160 Millionen Mal besucht wird. Ein weiterer Dienst ist die englisch- und französischsprachige Rubrik „Get your facts straight/Mise au point“. Dabei reagierte die GD KOMM im Namen der Kommission und der EU auf Kritik oder falsche Informationen in den Medien (Peters 2009: 27).

Viviane Reding, die Kommissarin zuständig für Kommunikation, kündigte im Jahre 2010 einen „Kulturschock“ in Bezug auf die Kommunikationspolitik an. Sie erwarte eine „Personalisierung“ der EU-Politik. Schließlich würden Projekte aus Deutschland, Frau Merkels Projekte genannt, beziehungsweise als solche medial „verkauft“ und aus Frankreich als jene von Sarkozy. Um die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union zu erhöhen und den Erfolg des EU-Projekts zu gewährleisten, muss „die Kommission als Regierung der EU wahrgenommen werden“. Dies ist machbar, wenn man die Kommunikation auf eine Person, in diesem Fall auf Herrn Barroso, zuschneidet (www.euractiv.com/de/zukunft-eu/kommission-plant-kommunikationsr-news-497266) .

Die EU-Kommission führt seit dem Jahre 1973 auch Umfragen (Eurobarometer) durch. Vier verschiedenen Arten an Umfragen gibt es, die von der Kommission zwecks Beobachtung der öffentlichen Meinung in Auftrag

gegeben werden. Zweimal, im Herbst und im Frühjahr, mit den gleichen Fragen um auf lange Sicht eine Tendenz ausmachen zu können (Standard-Eurobarometer). Die Eurobarometer „Spezial“ und „Flash“ betreffen bestimmte Themen, sowie den Eurobarometer der die einzelnen Mitgliedsländer betrifft.

Des Weiteren gibt es auch noch eine Hotline (unter 00 800 6 7 8 9 10 11 können Bürger aus ganz Europa gebührenfrei anrufen und Fragen stellen), EuropeDirect der einen Informationsdienst vor Ort in jedem Mitgliedsland anbietet, beziehungsweise auch per Telefon, Fax sowie Mail erreichbar ist. Zu Guter Letzt bietet der Besucherdienst der Kommission Information an (vergleichbar mit jenem des österreichischen Parlaments) (Peters 2009: 28).

Auch den EU-YouTube Kanal möchte ich hierbei erwähnen. Die Kurzvorstellung der Pressearbeit der EU-Kommission zeigt also, dass es für die Journalisten Information gibt. Natürlich auch für die Öffentlichkeit, doch wird sich diese primär über Medien, also über die Arbeit die von den Medienleuten gemacht wird, informieren und nicht selbst auf den diversen Infoseiten und dergleichen der offiziellen Stellen recherchieren. Allerdings sollte sich auch die PR seitens der Kommission ändern und weiter entwickeln. Wie Peters (2009) bei der Durchsicht des „Weißbuchs über eine europäische Kommunikationspolitik“ festgestellt hatte, fehlt es der Kommission auch an Angestellten, die in ausreichendem Maße über professionelles Public Relation Fachwissen verfügen (Peters 2009: 33). Dies könnte auch daran liegen, dass die EU intern die Stellen durch EU-Beamte besetzt und sich von Extern keine Professionisten, hinsichtlich der PR-Thematik, suchen. Peters sieht dabei in weiterer Folge auch Probleme für die Journalisten, die Themen und Beiträge selektieren müssten. Wenn Pressemeldungen jedoch nicht professionell PR-mässig unters Volk, in dem Fall unter die Journalisten, gemischt werden, dann werden bestimmte, vielleicht sogar extrem wichtige Informationen nicht, oder nicht ausreichend, „an den Mann“, nämlich an den Journalisten, und in weiterer Folge an den Bürger gebracht. EU-Beamte, die ohne PR-Fachwissen unprofessionelle Pressemitteilungen schreiben, können die interessantesten Themen zu nicht beachteten Meldungen verkommen lassen (Peters 2009: 40).

„Die Kommunikationsherausforderung der EU ist nicht das Gespräch auf Englisch innerhalb der Brüsseler Blase, sondern die radikale Dezentralisierung und Ermächtigung von Multiplikatoren“, sagt EurActiv-Herausgeber Christophe Lederqc (www.euractiv.com/de/pa/nationale-debatten-der-schluesse-news-256721) .

Die Kommission scheint jedoch aus diesem Umstand gelernt zu haben und stellt verstärkt Kommunikationsfachleute an. Anfang 2007 wurde erstmals ein Auswahlverfahren speziell für Hochschulabsolventen aus dem Kommunikationsbereich eingeführt.

Weiters muss die Kommunikationspolitik zunehmend auf Zeitung und Fernsehen ausgerichtet werden und weniger auf das Internet. Die Bürger greifen nämlich bei der gezielten Informationssuche auf das Fernsehen (70 Prozent) und auf Tageszeitungen (41 Prozent) zurück. Beim Internet tun dies nur 23 Prozent (Peters 2009: 76).

Diverse EU-Konsultationen sind meines Erachtens verfehlt, da sie nur eine kleine gut informierte Klientel erreichen. Die Bürger, die Masse, erreicht man aber nur über die (Massen)-Medien Fernsehen und Presse und nicht über EUtube-Channels oder online-Konsultationen. Diese Medienkanäle sind gut für Journalisten und andere aus beruflichen oder privaten Gründen interessierten Menschen. Die vielzitierte Masse, das Volk(die Öffentlichkeit), erreicht man meines Erachtens damit nicht.

Berichten Medien ausreichend?

Nach wie vor ist die Dominanz der nationalen Themen gegenüber den EU Themen auch an der Zahl der Korrespondenten zu erkennen, wie ich bereits vorhin erwähnt habe. Dies kann auch für jeglichen Tiefgang in der Berichterstattung über relevante Themen, die Europa als Inhalt haben, hinderlich sein. Die Themen über die Europäische Union sind oft im Auslandsbereich angesiedelt und konkurrieren dort mit Themen aus New

York oder Ähnlichen politischen „Hotspots“, obwohl sie doch eher im Inland angesiedelt sein sollten, da sie die nationalen Politiken stark beeinflussen (Tenscher 2005: 137- 143).

Die ehemalige stellvertretende Bürochefin der italienischen Presseagentur ANSA, Laura Franciosi meint, dass die Arbeit in Brüssel eine ständige „Bewegung zwischen den vielen Institutionen und Quellen“ ist. Man müsse viel herumlaufen ehe man sich dann „hinsetzt und versucht, dies alles in kohärenter Weise den Lesern zu vermitteln“. „Die Quantität an Material und das Volumen an Kommunikation, welches die Institutionen hervorbringen, ist enorm. Die Schwierigkeit besteht daher darin, wichtiges herauszufiltern und von reinem Klatsch zu trennen“, so die Italienerin weiter (<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20100226STO69653+0+DOC+XML+V0//DE>).

Aus einer Untersuchung aus Deutschland weiß man, dass gerade einmal bei 16,6 Prozent der Inhalte in Zeitungen im Jahr 2004 bei der letzten Wahl, über die Kandidaten der Europawahl berichtet worden ist. Im Gegensatz zur Bundesregierung mit 30,6 Prozent und der Bundes- und Landespolitik mit 52,8 Prozent. Das heißt, dass die EU Politiker eher eine Statistenrolle einnehmen.

Bei einer Umfrage unter deutschen Journalisten gaben Anfang der 90er Jahre 47 Prozent an, dass es nicht ihre Aufgabe sei, ein europäisches Gemeinschaftsgefühl zu fördern. Das ist zwar normativ nicht angreifbar, denn im Endeffekt sind Journalisten nicht die Volksschullehrer der Nation, noch sind sie und sollten Missionare sein. Aber über relevante Dinge die ein Volk betrifft, darf man meinen, dass auch darüber berichtet wird - und das tun sie scheinbar nur unzureichend. Weiters war festzustellen, dass bei Berichten über die Europäische Union der Schwerpunkt auf der Exekutive, der Kommission lag. Das Europäische Parlament spielte hingegen eher eine untergeordnete Rolle. Fehlen tun aber leider längerfristige Studien, die die Berichterstattung der Medien seit 1979 zu den Europawahlen analysieren (Tenscher 2005: 150- 156).

Swantje Lingenberg, Johanna Möller und Andreas Hepp schließen im Rahmen ihrer Arbeit zum Thema „Doing Nation“ (Journalistische Praktiken der Nationalisierung Europas) mit folgendem Fazit:

„Betrachtet man stärker, wie Europa in der journalistischen Praxis übergreifend einbezogen wird, so stellt man fest, dass die Veralltäglicung weit vorangeschritten ist: Europa erscheint in der Praxis der Journalisten immer weniger als ein herausgehobener Gegenstandsbereich für sich, sondern ist ressort- und themenübergreifend ein fortlaufender Referenzpunkt der journalistischen Arbeit. Paradoxerweise fördert dies insofern ein „doing nation“, als es sich hierbei um eine nationale Veralltäglicung handelt: In der journalistischen Praxis ist Europa zu einem Teil der je nationalen Berichterstattung geworden, weswegen es seinen besonderen transnationalen Charakter in manchen Fällen gänzlich verliert.

In Österreich werden von den Journalisten nationale und regionale Rückbezüge tendenziell mit einer Rahmensetzung im Hinblick auf die osteuropäische Geschichte des Landes gemacht. Transnationalen Prozessen wird von den Journalisten ein Eigenwert zugeschrieben und der Bezug des Transnationalen auf die eigene Nation geschieht eher implizit. Weit fortgeschritten ist die Veralltäglicung Europas, das generell bei verschiedensten Formen der nationalen und regionalen Berichterstattung von den Journalisten mit gesehen wird. Während das Recherchenetzwerk national zentriert ist, beobachten die Journalisten in ihrem Rechercheblick die europäische Medienlandschaft, recherchieren und lesen aber primär deutschsprachig“

http://www.google.at/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=20&ved=0CFMQFjAJOAo&url=http%3A%2F%2Fwww.sfb597.uni-bremen.de%2Fhomepages%2Fmoeller%2Fdownload.php%3FID%3D181%26S-PRACHE%3DDE%26TABLE%3DAP%26TYPE%3DPDF&ei=cNFqUJqDF4qL4gTp94CQBQ&usq=AFQjCNF3DzetLXI7hT1-nXmEXmz7Q_WiTA

„Die Presse“ hat relativ hohen Europäisierungsgrad

Im Jahre 2006 wurde den österreichischen Medien, im Rahmen einer Diplomarbeit an der Universität Wien, ein vergleichsweise hoher Europäisierungsgrad attestiert. Im Vergleich der Berichterstattung wurden Qualitätszeitungen aus fünf EU-Staaten (darunter die Tageszeitung „Die Presse“ aus Österreich) herangezogen. Dabei sah man, dass bei der „Presse“, EU-Politik in 3,4 Prozent der analysierten Beiträge als Hauptthema und in 14,2 Prozent als Nebenthema behandelt wird. Somit liegt die „Presse“ gleich auf mit der britischen Times, der dänischen Politiken und der deutschen FAZ, jedoch klar abgeschlagen hinter der französischen Le Monde (11 Prozent beziehungsweise 27 Prozent). Obwohl in Presse und FAZ ausländische Sprecher besonders oft zu Wort kommen, meint der Autor des Forschungsberichtes, dass die österreichische Öffentlichkeit eher regionalisiert als europäisiert sei. Dies soll vor allem damit zusammen hängen, dass sich Österreich sehr am Nachbarland Deutschland orientiert (Saurwein 2006: 42), wie etwas weiter oben bereits angemerkt wurde. Beim Post-Nizza-Prozess waren die Zeitungsbeiträge im Jahre 2006 der untersuchten Medien überwiegend europäisch ausgerichtet (65,5 Prozent). Im Zeitverlauf zeigte sich sogar ein Trend zu einem Mehr an europäischer Perspektive. Dabei befinden sich die österreichischen Medien sogar an zweiter Stelle nach Deutschland (82,1 Prozent). Die Presse sticht beim Anteil an „nicht-national“ orientierten Beiträgen im Zeitungsvergleich gar als die Beste hervor, während die britischen Zeitungen bei diesem Vergleich am schlechtesten weg kamen. Allerdings wird im Forschungsbericht auch angemerkt, dass dieser hohe Anteil an „nicht-national“ orientierten Beiträgen in der österreichischen Presse auch daran liegen könnte, dass zentrale österreichische politische Akteure selbst kaum Debattenbeiträge zur Zukunft Europas lieferten (Saurwein 2006: 44).

Die im Forschungsbereich von Saurwein 2006 vorgestellten Ergebnisse zeigen noch einen weiteren Trend, nämlich den hin zu einer vertikalen Europäisierung. Summa Summarum erhält die Europäische Union mehr Aufmerksamkeit als die wichtigsten internationalen Institutionen zusammen

(UNO, NATO, OSZE, OPEC, IAEO, WTO und OECD). Die Zunahme an Beiträgen über die EU hängt auch stark mit den Issues zusammen. Die „politische Wende“ im Jahre 2000 brachte ganz klar einen „Europäisierungsschub“ und es liegt die Vermutung nahe, dass Europäisierung vor allem „konfliktinduziert“ erfolgt. Hingegen findet kaum eine horizontale Europäisierung statt. Die realpolitische Bedeutungszunahme der neuen Mitgliedsländer schlägt sich nicht in einer Zunahme an Korrespondentenbeiträgen über diese Länder nieder. Stabile mediale Aufmerksamkeit über andere EU-Staaten wird von Bedeutungsverlusten bei der Berichterstattung über „Europa“ begleitet (Saurwein 2006: 102).

Obwohl Kriege (Yugoslawien-Krise, etc.) und Konflikte (Referenden, „politische Wende“, etc.) für die Berichterstattung wichtig sind, sind sie nicht die einzigen Nachrichtenwerte auf die es ankommt. Die Faktoren „Nähe“ und „Macht“ sind wichtiger. Mehr als die Hälfte aller ZiB-Beiträge werden dem Ereignisland Österreich zugewiesen. Auch ist es wesentlich welcher Politikbereich vergemeinschaftet ist und welcher nicht. Dies war im Jahre 2006 noch von Relevanz – im Jahre 2009 ist dies nicht mehr so wichtig da die meisten Bereiche vergemeinschaftet und vom Parlament gebilligt werden müssen (Saurwein 2006: 103).

Grundsätzlich wird durch das verstärkte Politisieren der Europäischen Union und die Zunahme an Konflikten (zum Beispiel bei Diskussionen über das Tempo und Umfang von EU- Erweiterungen) der Bedarf an transnationalen Debatten erhöht.

Eurobarometer Umfrage

Der so genannte Standard- Eurobarometer wird in 31 Ländern durchgeführt (27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, der türkische Zypernteil, die Beitrittswerber Kroatien und Türkei, sowie Mazedonien). In Österreich ist das „Gallup Institut- Karmasin Marktforschung“ mit der Befragung beauftragt. Die medialen Ereignisse drehten sich während der Befragung (Zeitraum 27. März

bis 20. April 2009) insbesondere um die Themen der Fußball Europameisterschaft, die Österreich gemeinsam mit der Schweiz im Juni ausgetragen hatte und etwas weniger präsent, aber immerhin, das Gedenken an den „Anschluss“ an Hitlerdeutschland vor 70 Jahren. Auch die Debatte um etwaige Interventionsskandale im Innenministerium machte die Runde, genauso wie die Teuerung. Die gemeinsame Bewerbung von Wien und Bratislava um den Hauptsitz des Europäischen Instituts für Technologie (EIT) fand de facto keine Beachtung.

Generell vermerkt die Studie, dass es den Österreichern grundsätzlich sehr gut geht. Man hat ein überdurchschnittlich großes Vertrauen in die Printmedien (60 Prozent) und in die Justiz (73 Prozent). In der Europäischen Union liegen diese Werte im Durchschnitt bei 44 beziehungsweise bei 47 Prozent. Auch die Lebensqualität im eigenen Land ist für 80 Prozent der Bevölkerung besser als in anderen Ländern - EU weit sehen dies nur 46 Prozent so (Eurobarometer Länderbericht der Europäischen Kommission in Österreich 2008: 4-6

http://ec.europa.eu/austria/news/eurobarometer_laenderbericht-at_de.htm).

Trotz allem bleibt die Skepsis der Bürger in Österreich gegenüber der Europäischen Union, laut der neuesten Umfrage, stabil. Demnach beurteilen 36 Prozent die Europäische Union als „eine gute Sache“, 26 Prozent halten sie für „eine schlechte Sache“ und 36 Prozent stehen ihr neutral gegenüber. Befragt nach den Vor- und Nachteilen meinen 36 Prozent, dass Österreich von der Mitgliedschaft bei der Union profitiert hat, während für 47 Prozent dies nicht der Fall ist. Das bedeutet, dass die österreichische Bevölkerung diesbezüglich weit unter dem europäischen Durchschnitt von 54 beziehungsweise 52 Prozent liegt. Bei den Befürwortern dominiert vor allem die bessere Zusammenarbeit unter den Mitgliedsländern (41 Prozent) sowie mehr Wirtschaftswachstum im Land (33 Prozent). Bei denjenigen die die Union eher ablehnen wird zuvorderst das Argument gebracht, dass Österreich seit 1995 an Mitentscheidungskraft im EU- Gesetzgebungsprozess verloren hat (42 Prozent) und 36 Prozent meinen gar, dass die Europäische Union Arbeitsplätze gefährde. Befragt was die Union für die Bürger persönlich bedeute, geben die Bürger an erster Stelle den Euro an (53 Prozent),

zweitens die Grundfreiheiten (46 Prozent) und drittens mit nur wenig Abstand Geldverschwendung mit 44 Prozent (Eurobarometer Länderbericht der Europäischen Kommission in Österreich 2008: 7- 9.

http://ec.europa.eu/austria/news/eurobarometer_laenderbericht-at_de.htm).

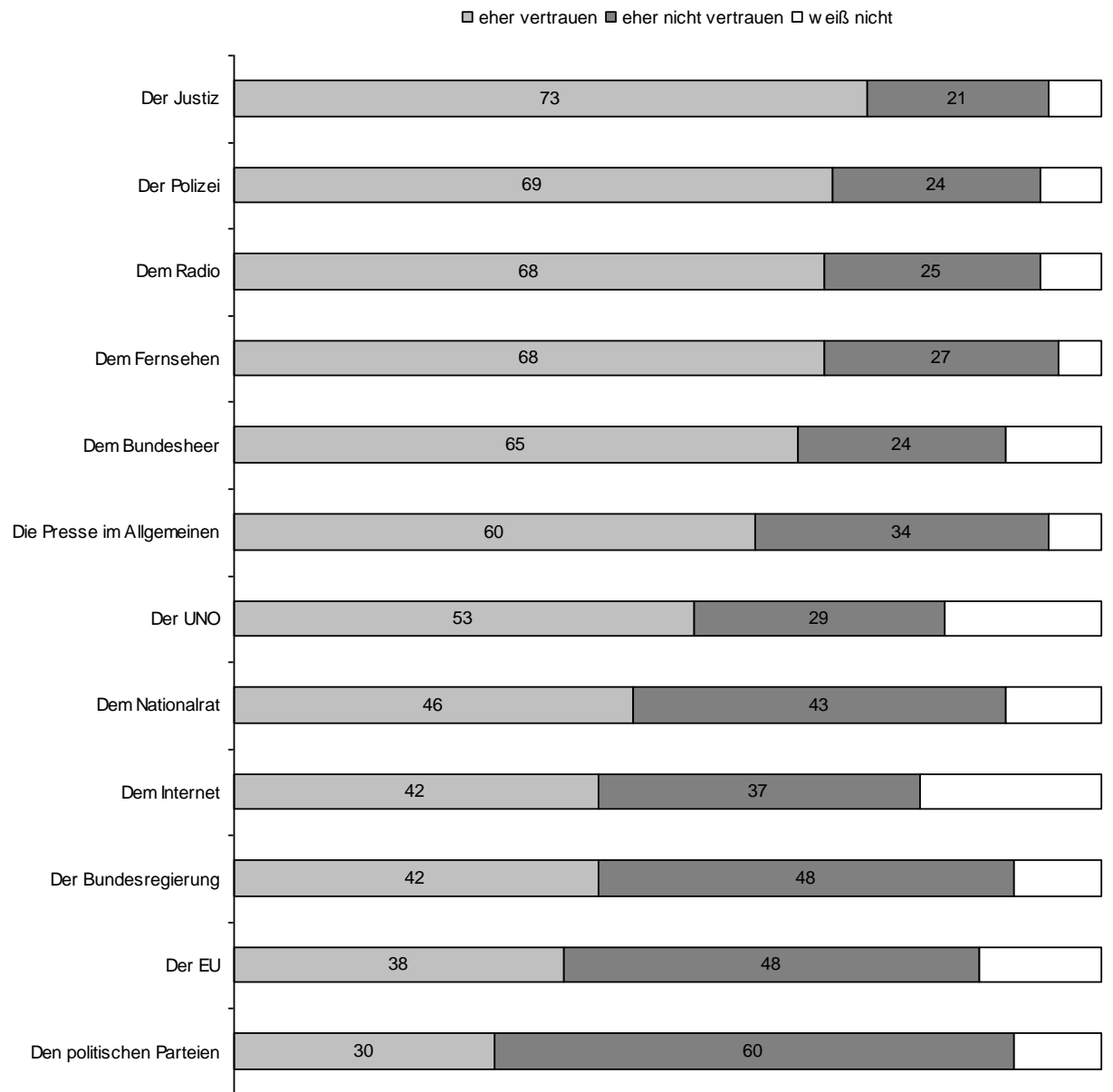
Die Studie kommt weiters zum Schluss, dass die österreichische Bevölkerung eher globalisierungskritisch eingestellt ist, was insofern verwundert, weil das Land und seine Unternehmen sehr stark von der Osterweiterung profitiert haben (in manchen CEE/Mittel- und Osteuropäischen Ländern zählen Österreichs Unternehmen gar zu den Hauptinvestoren). Doch derlei Paradoxien gelten auch für Deutschland, das zwar Exportweltmeister ist und dadurch die stagnierende Binnennachfrage mehr als nur kompensieren kann, doch bei der Bevölkerung scheinen derlei Entwicklungen eher negativ wahrgenommen zu werden.

Bezüglich der Information, geben 45 Prozent der Befragten an, sie wüssten über die Funktionsweise der Europäischen Union gut Bescheid, was in regelmäßigen Befragungen auch bestätigt wird - dabei ist man sogar besser als der Durchschnitt der Mitgliedsländer. Auch das bereits erwähnte Vertrauen in die Medien ist überdurchschnittlich hoch.

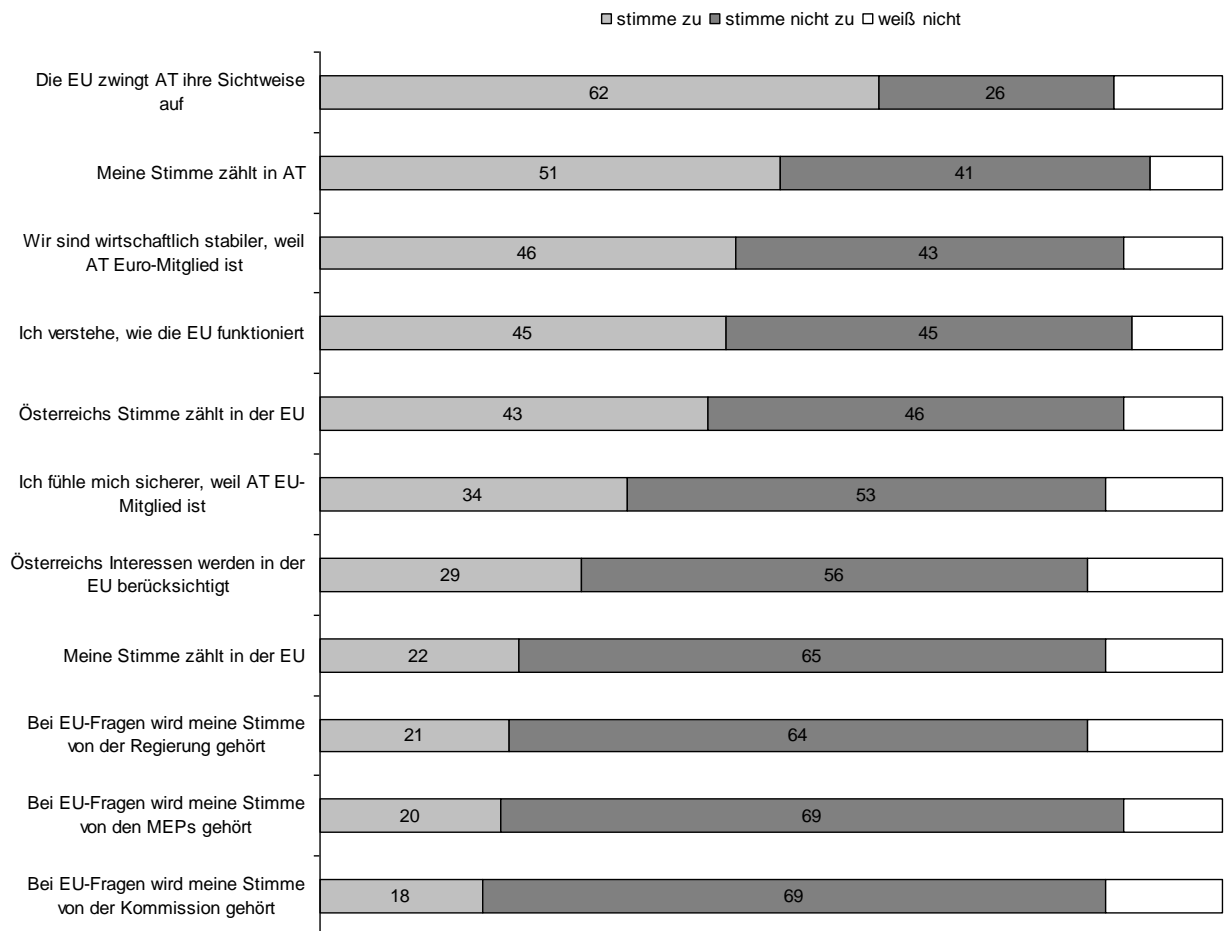
Anbei möchte ich nun drei Ergebnisse der Umfragestudie des Eurobarometer Umfrageergebnisses vom 14.07.2008 anfügen. Diese sind auch online abrufbar unter:

http://ec.europa.eu/austria/news/eurobarometer_laenderbericht-at_de.htm

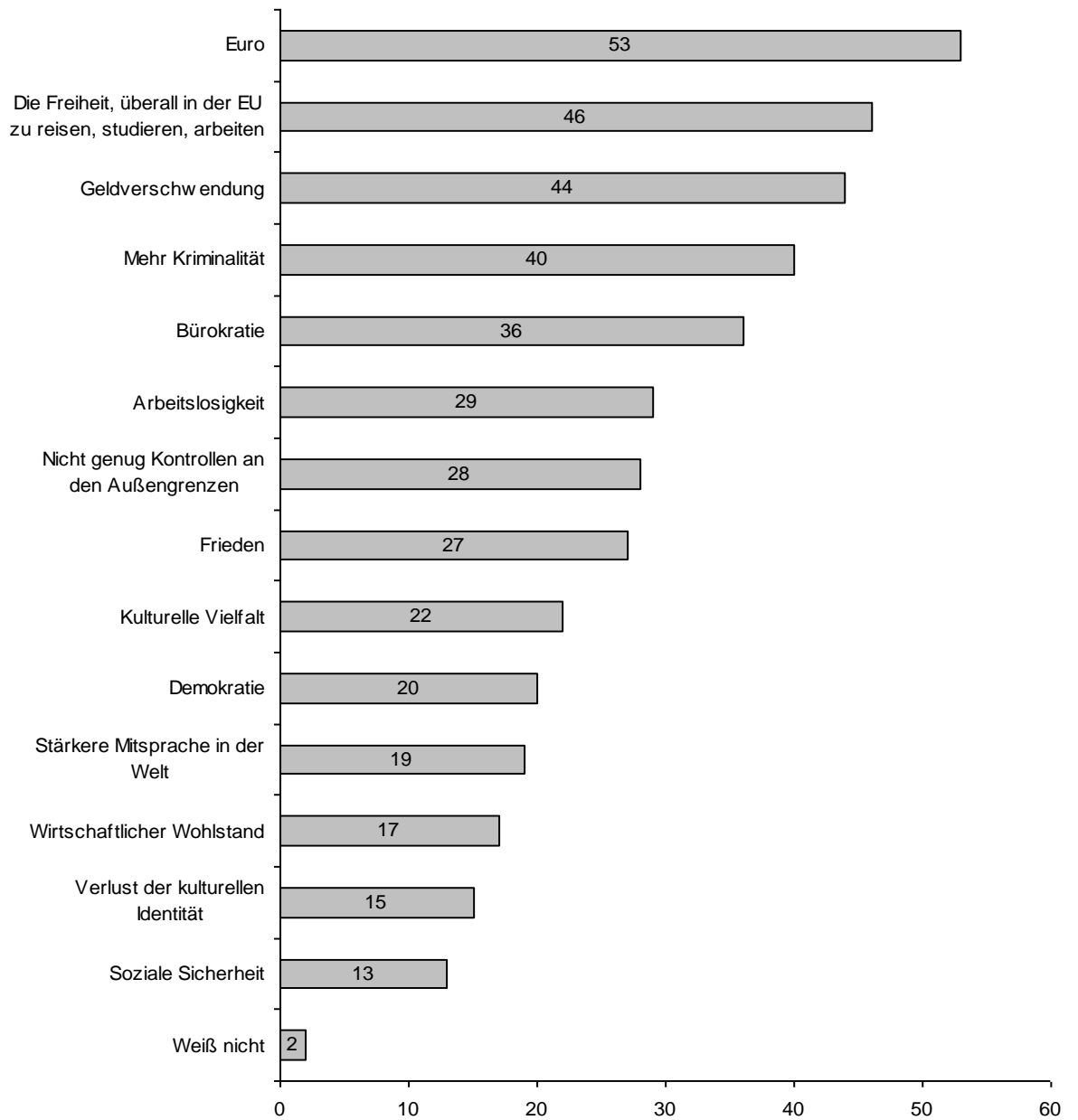
Institutionen und die Vertrauensfrage



Kritikpunkte



Was die Europäische Union für die ÖsterreicherInnen bedeutet



Eigenartig dabei ist, dass die Österreicher mehrheitlich der Ansicht sind, dass die europapolitische Berichterstattung österreichischer Medien ausreichend ist, sowie dass die Berichterstattung großteils in einer ausgewogenen und objektiven Art publiziert wird

(http://ec.europa.eu/austria/documents/press/eb76_at_de_nat_v2.pdf - Seite 11).

Die Europapolitik der österreichischen Parteien (vor dem EU-Beitritt im Jahre 1995)

Bei der FPÖ steht im Parteiprogramm des Jahres 1955: „Im Geiste der Freiheit bekennen wir uns zum Abendlande und wollen daher den europäischen Bund freier und gleichberechtigter Nationen und Staaten“ (Pollak/Slominski 2002: 180).

1966 heißt es im Parteiprogramm der selbigen Partei „Wir wollen den europäischen Bundesstaat, [...] eine gesamteuropäische Wirtschafts-, Währungs-, Sozial- und Wissenschaftspolitik“ (Pollak/Slominski 2002: 180).

Auf Grund dessen die FPÖ unbedingt in die EG wollte, unter Beibehaltung der Neutralität, stimmte man auch gegen eine Mitgliedschaft in der EFTA. Als Grund wurde eine eventuelle Verzögerung einer Integration in der EG angegeben. Als Jörg Haider Ende der 80er Jahre die Parteispitze übernahm, war die FPÖ die erste Partei, die sich für eine Vollmitgliedschaft Österreichs in der EG stark machte. Ein dementsprechender Antrag wurde im November des Jahres 1987 im Nationalrat eingebracht. Bis zum Beitritt Österreichs im Jahre 1995 fuhr die FPÖ aber einen unentschlossenen Kurs zwischen Befürwortung und Ablehnung (Glück 2010: 55).

Bei der SPÖ änderte sich die Einstellung zu „Europa“ mit der Übernahme der Parteispitze durch Franz Vranitzky, der aus einer Bankierfamilie kommt.

Abgesehen davon wollte man der ÖVP die Themenführerschaft bezüglich Europa nicht ganz überlassen. Angeblich dürfte das Interesse der SPÖ an Europa auch aufgrund einer Drohung seitens der ÖVP gestiegen sein. Diese drohte mit einem fliegenden Koalitionswechsel im Falle eines Neins der SPÖ zu Europa. Die ÖVP hingegen darf als die treibende Kraft hinter dem Beitritt Österreichs in der EU gesehen werden. Alois Mock und Andreas Kohl waren damals die Triebkräfte für einen baldigen Beitritt. 1988, also ein Jahr nachdem die Freiheitlichen ihren Antrag im Nationalrat eingebracht hatten, fasste die ÖVP den Beschluss, Österreich zur vollen Mitgliedschaft in die EG zu führen. Bei den Grünen herrschte ein Euroskeptizismus bis Ende der 1980er Jahre. Im Jahr 1991 scheiterten sie an einem nicht zustande gekommenen Volksbegehren über einen Beitritt Österreichs zur EG.
(Pollak/Slominski 2002: 180-182).

Die Europapolitik der österreichischen Parteien (nach 1995)

Die FPÖ hat sich nach dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft im Jahre 1995 von dieser abgewendet und tritt verstärkt als „Österreicherpartei“ ,beziehungsweise als „Patriotenpartei“, auf. Der Bundesstaat ist nicht mehr das Ziel. Hingegen ist die Souveränität der einzelnen Mitgliedsstaaten wesentlich, obwohl man auch betont, bei der Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik verstärkt zusammen arbeiten zu wollen (Pollak/Slominski 2002: 188-190).

Bei der SPÖ war von Beginn des Beitritts an, der Erhalt der Neutralität wesentlich. Die Partei ist heute voll und ganz für die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union und sprach sich auch für den Vertrag von Lissabon aus. Dies trotz allem, obwohl es einen europapolitischen Schwenk bei der SPÖ gab, nachdem der seinerzeitige Infrastrukturminister Werner Faymann und der damalige Bundeskanzler Alfred Gusenbauer einen Leserbrief in der Kronen Zeitung verfasst hatten, welcher gemeinhin als Kniefall vor Hans Dichand, dem Herausgeber der Krone, galt. In diesem Brief (wie zu Beginn meiner Arbeit bereits ausführlich beschrieben) versprach die SPÖ, dass künftig über Verträge

abgestimmt werden sollte. Die ÖVP sprach sich auch klar für den Vertrag von Lissabon aus und darüber hinaus für mehr demokratische Mitsprache. In welcher Ausformung die demokratische Mitsprache bei SPÖ und ÖVP erfolgen soll, ist bis heute offen. Die Grünen stimmten ebenso wie SPÖ und ÖVP für „Lissabon“. Schon seit den 90er Jahren wollten die Grünen eine Verfassung für Europa, die die Rechte der Bürger, die Kompetenzen der Institutionen und der mitgliedstaatlichen Entscheidungsebenen genau definieren sollte. 2001 setzten sich die Grünen für die EU-Osterweiterung ein.

Der Vierte im Bunde der Bewerber um die Stimmen der Österreicher bei der Europaparlamentswahl, ist Hans-Peter Martin. Er war früher bei der SPÖ, zerstritt sich dort und verließ die Partei. Seine Plattform ist im Speziellen die Kronen Zeitung. HPM, wie Hans-Peter Martin auch genannt wird, sieht sich als glaubwürdigster Kritiker und Kämpfer gegen Missstände in Europa. Wie das BZÖ sprach sich auch HPM gegen den Verfassungsvertrag aus. Doch gerade das BZÖ profitierte durch „Lissabon“, da dadurch für Österreich ein zusätzlicher Parlamentsplatz frei wurde (Glück 2010: 56-57).

Einen Unterschied gibt es jedenfalls zur Wahl 2004. Die „Neuen Medien“ wurden 2009 bereits von allen (Ausnahme der Spitzenkandidat des BZÖ Ewald Stadler, der dies komplett ablehnt) verwendet. Jedoch werde ich in dieser Arbeit nicht extra darauf eingehen, da die Intensität der Nutzung dieser Medien noch sehr gering ist. Aber immerhin, sie werden mal mehr mal weniger intensiv von den Kandidaten und von den Parteien verwendet.

Auf Twitter verzeichnete Hannes Swoboda im Jahre 2009 700 Follower und auf Facebook 1.400 Freunde. Wesentlich sind aber nicht die Anzahl der Freunde und Follower, sondern die Periodizität der Nutzung. Swoboda´s Profil wurde täglich mit Statements zu politischen Aktionen, der Arbeit in Brüssel oder den Aktivitäten von ihm persönlich aktuell gehalten. Ernst Strasser zählte 2009 auf seiner privaten Facebook Seite 701 Freunde und auf der Fansseite 465. Privat wurde er als naturverbundene Privatperson ins Bild gerückt, auf der Fansseite wirkte er bereits viel staatstragender. Auch auf Youtube war Strasser aktiv. Ulrike Lunacek durfte 583 Personen laut ihrer Fansseite zu ihren Freunden zählen. Auch ihre Seite wurde mehrere Male in der Woche aktualisiert. Andreas

Mölzers Seite wurde nur ganz selten mit Neuigkeiten bestückt. Hans-Peter Martin und Ewald Stadler nutzten weder Facebook, noch Twitter oder You Tube, die damals gängigsten „Neuen Medien“. Bei Martin war es aber zumindest die eigene Homepage, mit der er arbeitet (Glück 2010: 79-80).

Markus Beckendahl, ein Initiator einer deutschen Studie die herausgefunden hatte, dass vor allem die linken Parteien Deutschlands besonders stark auf Facebook und Twitter vertreten sind, und im Generellen Facebook und derlei Medien eine gute Zukunft im Bereich Online-Wahlplattform vorhersagen, meint: “eine eigene Facebook-Seite, ab und an bei YouTube ins Internet sprechen und vielleicht ein eigener Blog oder ein Twitter-Account werden zur Standardausstattung aller halbwegs motivierten Kandidatinnen und Kandidaten für politische Mandate gehören“ (http://www.focus.de/digital/internet/facebook-twitter-und-co-deutsche-politiker-entdecken-das-netz_aid_360191.html)

Der Europawahlkampf in Österreich – die Ausgangslage eine Woche vor der Wahl

Eine Analyse von Daniela Spichtinger (2009) vom Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) in München. Sie erstellte diese Publikation im Rahmen des Webdossiers „europa09.eu“. Abrufbar unter (<http://www.cap-lmu.de/themen/europawahl/download/europa09-Spichtinger-Strategien-Oesterreich.pdf>)

In dieser Publikation wurden jene Parteien beleuchtet, die eine realistische Chance auf Mandate hatten. Dazu zählen die Sozialdemokratische Partei (SPÖ), die Österreichische Volkspartei (ÖVP), Die Grünen, die Freiheitliche Partei (FPÖ), das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) und die Liste Martin!.

Die Ausgangslage sah eine Woche vor der Wahl wie folgt aus:

Sowohl im Jahre 2009 als auch im Jahre 2004 gewann die SPÖ die Wahlen zum Europäischen Parlament. 1999 mit 31,7 Prozent und 2004 mit 33,4

Prozent. Die Volkspartei unterlag der SPÖ immer nur sehr knapp. 1999 mit 30,67 Prozent und 2004 mit 32,7 Prozent, immer knapp hinter den Werten der SPÖ. Bei den Freiheitlichen ging es im wahrsten Sinne des Wortes rauf und runter. 1999 befanden sich die Freiheitlichen am Höhepunkt ihrer Macht, und dies spiegelte sich auch in den Wahlen zum Europaparlament wider, mit 23,4 Prozent. Durch die Verantwortung als Regierungspartei (bis zum Jahre 2000 war die FPÖ eine reine Oppositionspartei, mit einer kurzen Ausnahme in den 1970-er Jahren als Unterstützung der Minderheitenregierung des damaligen Bundeskanzlers Kreisky) büßte sie viel Vertrauen ein und auch bei den Wahlen zum Europaparlament bekam sie nicht mehr als 6,3 Prozent. Die Liste Hans-Peter Martin (HPM) erreichte zwei Mandate. Sie gilt als euroskeptische Partei und somit als Konkurrenz zur FPÖ (HPM trat 1999 noch für die SPÖ an). Die Grünen erreichten 1999 9,29 Prozent und bauten ihren Stimmenanteil bis 2004 auf 12,8 Prozent aus. Bei den Themen handelte es sich bei beiden Wahlen (1999 und 2004) um innenpolitische Themen (Spichtinger 2009: 1-2).

Der Wahlkampf der SPÖ

Spitzenkandidat: Hannes Swoboda (geb. 1946). Seit 1996 im Europaparlament

In Europa gilt Swoboda innerhalb der Sozialdemokratischen Fraktion als prominent, in Österreich ist er nicht sehr bekannt.

Die SPÖ wirbt mit der rhetorischen Frage „Wer schaut in der EU auf Österreich“ und gibt auch gleich selbst die Antwort: „das A-Team für Europa“. (A steht einerseits für Austria und andererseits ist es eine Anspielung auf die Fernsehserie aus den USA „Das A-Team“).

Die Themen der SPÖ:

1. Sicherung von Arbeitsplätzen
2. Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit

3. Sicherung von Pensionen
4. Schutz vor Spekulationen
5. EU-Hilfe in der Krise
6. Vorrang sozialer Sicherheit
7. Bekämpfung von Kriminalität

Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, sowie der Anstieg der Kriminalität sind zwei herausragende Themen in den Medien. Swoboda gibt sich dabei als jemand der die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ablehnt und fordert bezüglich des Anstiegs der Kriminalität mehr Polizisten. Die Sozialdemokraten positionieren sich zwischen Ablehnung der EU und bedingungsloser Unterstützung eines „freien und ungezügelter Markt“. Das SPÖ Wahlmanifest sieht vor „dass die Europäische Union ihre Macht und ihre Möglichkeiten darauf verwendet, Lösungen für die dringlichen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu bieten. Dazu muss es einen Politikwechsel in der EU geben. Sie muss sozialer und bürgernäher werden.“ Aus diesem Grunde spricht Swoboda in der Fernsehpressesendung des ORF hauptsächlich über soziale Themen. Weiters verurteilt er den populistischen Wahlkampf der FPÖ und legt seine Spesenabrechnung offen (Spichtinger 2009: 1-2).

Die Plakatserie der Sozialdemokraten war ganz auf den Spitzenkandidaten Hannes Swoboda und sein A-Team abgestimmt. Das Team, bestehend aus den ersten acht Kandidaten (Heidi Hirschbichler, Jörg Leichtfried, Evelyn Regner, Hannes Swoboda, Karin Kadenbach, Josef Weidenholzer, Christa Prets und Herbert Bösch) wird durch die Landesfarben Österreichs im Hintergrund flankiert. Der Frage „Wer schaut in der EU auf Österreich?“ folgt sogleich die Antwort: „Das A Team für Europa“, wobei zumindest das A umgeben ist von den 12 Sternen. Außer der EU-Flagge neben dem SPÖ Logo deutet farblich und bildmäßig nichts auf eine bevorstehende Wahl in „Europa“ hin (Brandl 2012: 43).



Der Wahlkampf der Österreichischen Volkspartei (ÖVP)

Eigentlich war schon seit Langem klar, dass der langdienende und im In- wie auch im Ausland bestens bekannte Politiker, Othmar Karas, das Wahlkampfteam anführen wird. Karas ist absolut pro-europäisch. Völlig überraschend wurde aber Ernst Strasser am 26. März 2009 als Spitzenkandidat der ÖVP für den Europawahlkampf präsentiert.

Meines Erachtens zeigt diese kurze Zeit zwischen Nominierung und Wahltermin bereits klar und deutlich wie viel Gewicht man den Wahlen für das Europäische Parlament beimisst. Würde man vor einer Nationalratswahl auch nur ein halbes Jahr zuvor den Kandidaten auswechseln, oder Teams umbilden, würde man sich wahrscheinlich, ob der kurzen Zeit, mediales Kopfschütteln einfangen.

Strasser wurde 1956 geboren und war von 2000 bis 2004 Innenminister und repräsentierte einen „Law and Order“ Kurs und eine restriktive Asylpolitik. Im Wahlkampf Manifest präsentiert sich die ÖVP als „die einzige politische Kraft, die weiß, wie man in Europa für Österreich etwas weiterbringt“. Weiters

werden die Vorteile Österreichs in der EU hervorgehoben („die Bilanz stimmt für Österreich“) (Spichtinger 2009: 2-3).

Die Themenfelder der ÖVP:

1. Ein Europa, das die Menschen schützt (Sicherheit, Wasserversorgung, Schutz vor Gentechnik)
2. Ein Europa mit dem wir die Wirtschaftskrise meistern können (Finanzmarktregeln, KMU, Osthilfe, Forschung)
3. Ein Europa, das den Menschen dient (Arbeitsplätze, Frauen, Familien, Jugend)
4. Ein Europa, das unser Klima schützt und unsere Energieversorgung sichert
5. Ein Europa, in dem das Land gewinnt (Lebensqualität, Infrastruktur, Mobilität)
6. Ein Europa, das seine Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt (starkes Parlament, Bürgernähe)

Das Konzept der öko-sozialen Marktwirtschaft wird als der goldene Mittelweg zwischen Sozialismus und Neo-Liberalismus präsentiert. Die Themenpalette der ÖVP ist also sehr breit und lässt sich nicht nur auf zwei Grundforderungen reduzieren (Spichtinger 2009: 3).

Die Plakatwerbung wurde auf die beiden Kandidaten (Strasser und Karas) zugeschnitten. Bei Strasser steht „An Europa kommt keiner vorbei – an Österreich auch nicht“. Bei Karas steht der Slogan „unsere Kraft in Europa“. Generell fährt Strasser die härtere Linie und versteht sich als derjenige der den Beitritt der Türkei in die Europäische Union verhindern wird, was er in der „Pressestunde“ des ORF klar machte. Karas gilt nicht nur als ein Sachpolitiker, sondern wird auch als solcher positioniert. Konkret nennt er sechs Themen für die er sich einsetzen möchte, nämlich:

1. Hilfe für Unternehmer in der Krise
2. Arbeitsplatz-Sicherung
3. Hilfe für die Jugend

4. Chancengleichheit für Jung und Alt
5. garantierte Pensionen
6. Faires Einkommen für Bauern

(Brandl 2012: 46-47).

Die Plakatserie wurde einfach gehalten. Vorerst auch noch ohne Spitzenkandidat oder anderen zur Wahl stehenden Personen. Nur der Spruch fand sich auf dem Plakat wieder: „Europa wählt. Österreich entscheidet. Die Zeiten werden härter. Europa wird wichtiger“ (Brandl 2012: 47). Das Plakat wurde in weiß und rot gedruckt, auf blauem Hintergrund. Rechts oben ist das Europäische ÖVP Logo zu finden (nebeneinander: Österreich-Fahne, ÖVP-Letter, Europafahne). Ernst Strasser als Spitzenkandidat ist einmal mit dem Spruch „Europa wählt. Österreich entscheidet“ und ein anderes mal mit „Die Zeiten werden härter. Europa wird wichtiger“ betitelt. Beim zweiten Plakat lautet dann der Slogan der jeweils unten nochmals abgebildet ist: „An Europa kann niemand vorbei. An Österreich auch nicht“ (Brandl 2012: 48).





Quelle: <http://www.wien-konkret.at/politik/eu/europawahl-2009/wahlwerbung/>

Der Wahlkampf der Grünen

Auch bei den Grünen gab es ein Tohuwabohu bei der Aufstellung der Spitzenkandidaten. Der langdienende und bestens bekannte Spitzenpolitiker Johannes Voggenhuber musste der 1957 geborenen Ulrike Lunacek, die bis dato Abgeordnete im österreichischen Parlament und Sprecherin der europäischen Grünen war, Platz machen (Spichtinger 2009: 3).

Tohuwabohu war es deshalb, weil es meines Erachtens keinen Grund für die Absetzung Voggenhubers gab. In den Medien fing man sich eigentlich auch durch die Bank Kopfschütteln ein. Die Personalrochade wurde nach der Wahl der Bundessprecherin Eva Glawischnig auch sehr negativ angekreidet. Unter großem medialem Echo trat Voggenhuber dann auch gar nicht mehr an (man hätte ihn auf die Liste geschrieben, aber eben nicht mehr als Ersten).

Das Wahlprogramm weist die Grünen, im Gegensatz zu früher, als eine Pro-Europa Partei aus. Man wünscht sich eine Union, die gemeinsam gegen die

Krise vorgeht. Das im Rahmen der Grünen Europapartei erstellte Wahlprogramm hält fest, dass es für die den Grünen wesentlichen Fragen, ein Zuwenig an Europa gibt.

Folgende Initiativen fordern die Grünen:

1. „Grüner New Deal“: 5 Millionen neue Arbeitsplätze in Europa – mehr als Hunderttausend in Österreich – durch Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien.
2. Vollbeschäftigung
3. ökologisches, soziales nachhaltiges Wirtschaften
4. Schließen der Einkommensschere zwischen Männern und Frauen
5. europaweite Einführung von Grundsicherung
6. Stärkung der direkten Demokratie, etwa durch europaweite

Volksbefragungen und Volksabstimmungen

(Spichtinger 2009: 3)

Die Grünen bekennen sich mit ihrem Wahlprogramm zu einem Europa „das für Umwelt- und Klimaschutz, Bildung, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Gleichstellung eintritt“. Die Spitzenkandidatin Lunacek nahm beim ORF Bürgerforum einige kontroverse Positionen ein. Zum Beispiel war sie dagegen, dass man einen Beitritt der Türkei völlig ausschließen soll, ebenso wie sie den in Österreich umstrittenen EU-Beschluss - die Glühbirne abzuschaffen - verteidigte, sowie die Asylrichtlinie im Europäischen Parlament. „Vorwärts Europa“ steht auf dem Wahlplakat und zeigt die Kandidatinnen mit einer grünen EU-Flagge. Das Thema ist dem Bild „Die Freiheit führt das Volk“ („la liberte guidant le peuple“) des französischen Maler Eugene Delacroix nachempfunden (was der Durchschnitts-Bevölkerung wahrscheinlich nicht klar ersichtlich ist) (Spichtinger 2009: 3-4).



Quelle: <http://www.wien-konkret.at/politik/eu/europawahl-2009/wahlwerbung/>

Der Wahlkampf der Freiheitlichen Partei Österreichs

Offizieller Spitzenkandidat ist der 1952 geborene Andreas Mölzer der auch schon 2004 ins Parlament gewählt worden ist. Das Wahlprogramm ist über die FPÖ Website nicht abrufbar, nur direkt über die Webpage des Spitzenkandidaten kann man es runter laden.

Der Überbegriff ist derselbe wie auch bei den Wahlplakaten: „Tag der Abrechnung“.

Die Themen:

1. EU-Beiträge kürzen statt bei den Bürgern sparen
2. Deutsche Sprache statt Kulturverlust
3. Echte Volksvertreter statt EU-Verräter
4. Abendland in Christenhand
5. Soziale Wärme statt EU für Konzerne
6. Für Österreich da statt für EU und Finanzmafia

7. Sicherheit statt Grenzen auf
(Spichtinger 2009: 4).

Das Ziel der Freiheitlichen ist die Mobilisierung EU-kritischer Wähler. Dafür wird polarisiert, um jeden Preis. Die FPÖ erreicht die Führerschaft bei den Themen die sie vorgibt (zum Beispiel bei den Türkei-Beitrittsverhandlungen oder bei Kriminalitätsfragen). Obwohl Mölzer der offizielle Spitzenkandidat ist, tritt der Parteivorsitzende Heinz-Christian Strache medial an erster Stelle auf. Insbesondere bei einer Veranstaltung gegen ein islamisches Zentrum wird viel medialer Staub aufgewirbelt als Strache mit einem Kreuz in der Hand auftrat. Das sollte wohl den Slogan „Abendland in Christenhand“ unterstreichen. Sein Verhalten wurde von allen anderen Parteien und der Kirche abgelehnt. Des Weiteren sprach sich die FPÖ in Inseraten gegen einen angeblichen EU-Beitritt Israels aus.

Da die FPÖ vor allem bei Jung- und Erstwählern punkten möchte, wurde ein „Rap“ kreiert der auf der Website von HC Strache downloadbar ist (HC's EU Rap 2009 – Österreich zuerst). Auch wird vom Bildungswerk der FPÖ an junge Wähler ein Comic verschickt, das Strache als den Freiheitsverfechtenden Menschen zeigt, der gegen die zentrale EU kämpft. Auf Grund dieser Aktionen kündigte die SPÖ eine Prüfung an, ob eventuell Gelder für die Bildungsarbeit der Partei missbräuchlich verwendet worden sind (Spichtinger 2009: 4-5).

Auf den Plakaten der FPÖ sah man den Spitzenkandidaten Andreas Mölzer, genauso wie Heinz-Christian Strache, den Parteivorsitzenden und am letzten Platz kandidierenden Politiker für die Europaparlamentswahl der Freiheitlichen. Auf allen Plakaten war der Spruch „Tag der Abrechnung“ samt Sujet zu finden, sowie „Unser Kurs ist klar“ gefolgt von „Für Österreich da statt für EU & Finanzmafia“, beziehungsweise „Abendland in Christenhand“ (Brandl 2012: 59).

Zwei Beispiele von Wahlplakate der Freiheitlichen:



Quelle: <http://www.wien-konkret.at/politik/eu/europawahl-2009/wahlwerbung/>



Quelle: <http://www.wien-konkret.at/politik/eu/europawahl-2009/wahlwerbung/>

Der Wahlkampf des Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)

Das seit dem Jahre 2005 bestehende von Mitgliedern der FPÖ unter Jörg Haider gegründete Bündnis, nominiert Ewald Stadler als Spitzenkandidat. Stadler, geboren 1961, war aktives Mitglied der FPÖ und sitzt nun im österreichischen Parlament für das Bündnis Zukunft Österreich. Zwischen 2001 und 2006 war er als Volksanwalt tätig. Das Wahlprogramm des BZÖ weist die Europäische Union als „undurchschaubar, undemokratisch und zentralistisch“ aus (Spichtinger 2009: 5). Die Forderungen sind mehr Demokratie, Bürgernähe und Bürgerrechte, mehr Transparenz und Kontrolle sowie dass ein Kampf gegen Korruption, Bürokratie, Privilegien und

Verschwendung geführt werden sollte. Das BZÖ plädiert für einen Staatenbund, statt einen „Superstaat“. Ein möglicher Beitritt der Türkei wird komplett abgelehnt. Des Weiteren ist das BZÖ der Ansicht, dass Österreich seine Zahlungen bei Krisen sofort stoppen sollte. Auch wird die Einführung einer Spekulantensteuer gefordert, mehr erneuerbare Energie, die Aufhebung von Basel 2, strengere Asylgesetze, Schutzzölle auf bestimmte Produkte, die Wiedereinführung der Grenzkontrollen und ein Atom- und Gentechnik freies Europa. Das Motto der Kampagne lautet „Unser Volksanwalt in Brüssel“ und ist somit voll auf Ewald Stadler, den Spitzenkandidaten, zugeschnitten. Die Volksanwaltschaft hat die Verwendung des Begriffs „Volksanwalt“ kritisiert (auch deshalb da Stadler nicht mehr das Amt des Volksanwalts bekleidet) und hatte eine einstweilige Verfügung erwirkt, die es Stadler verbietet den Begriff Volksanwalt zu verwenden. Die Themen sind ähnlich denen der FPÖ. Jedoch wird die Kampagne nicht so polemisch geführt. Offensichtlich möchte man diejenigen EU-kritischen Wähler erreichen, die dem Populismus der Freiheitlichen negativ eingestellt sind (Spichtinger 2009: 5-6).

Bei der Plakatserie wurde auf die Beauftragung einer Agentur verzichtet und stattdessen Stefan Petzner damit beauftragt. Auf allen Plakaten ist nur der Spitzenkandidat Ewald Stadler zu sehen. Alle drei Plakatvarianten wirken konservativ, Themen fehlen überhaupt – weder national noch europäisch. Die österreichische rot-weiß-rot Fahne ziert den Slogan „Unser Volksanwalt in Brüssel“ und soll so offensichtlich den Fokus auf Österreich legen (Brandl 2012: 63-64).



Quelle: <http://www.wien-konkret.at/politik/eu/europawahl-2009/wahlwerbung/>

Der Wahlkampf des Hans-Peter Martin (MARTIN)

Hans-Peter Martin, geboren 1957, war seit 1999 für die SPÖ im Europaparlament. Lange Jahre war er auch als Journalist und Buchautor tätig. Nach der Trennung von der SPÖ trat er im Jahre 2004 mit seiner eigenen Liste an und erreichte zwei Mandate. Er gilt als EU-kritisch, und diese Einstellung kann in seinem Buch, die „Europafalle“, nachgelesen werden. Martin ist in Europa Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Währung und des Haushaltskontrollausschusses. „Kontrolle der Mächtigen“ lautet der Slogan des voll und ganz auf Martin zugeschnittenen Wahlkampfes. Er bezeichnete sich selbst in der ORF Fernsehpressesunde als „lästig“. Ein nicht von seiner Website downloadbares Flugblatt (eigene Bezeichnung von Martin) ersetzt ein Wahlprogramm. Auf diesem werden die Themen Martin´s beschrieben:

1. Andere Verwendung des EU Budgets weg von „EU-Bürokratie“ und „absurden Subventionen“ hin zu sinnvollen Infrastrukturprojekten (Schulen, Krankenhäuser und Altenheime)
 2. Halbierung hoch bezahlter Politikerjobs
 3. Widmung der persönlichen Zulagen der EU Abgeordneten: 15.000 Euro im Monat für Jugendliche und Menschen in Not.
 4. Kontrolle von Lobbyisten und selbstherrlichen EU Beamten
 5. Volksabstimmung in allen wichtigen Fragen
 6. Neutralität Österreichs
 7. Gegen einen EU Beitritt der Türkei
- (Spichtinger 2009: 6).

Martin steht der geplanten Abschaffung der Glühbirne skeptisch gegenüber und thematisiert diese. Dass Martin kaum auf Wahlplakaten zu sehen ist braucht nicht zu verwundern. Sein Sprachrohr ist die auflagenstärkste Zeitung des Landes: Die „Kronen Zeitung“.

Dort schreibt er regelmäßig seine Kolumnen und bringt Auszüge aus seinem Buch, die „Europafalle“. Dadurch, durch die regelmäßige Präsenz in der Krone, wird ihm ein extrem hoher Bekanntheitsgrad innerhalb der Bevölkerung gesichert (Spichtinger 2009: 7).



Quelle: <http://www.wien-konkret.at/politik/eu/europawahl-2009/wahlwerbung/>

Im Jahr 2012 hatte der Nationalrat die Regelung für die Wahlkampfkostenrückerstattung geändert. Demnach würde Martin keine Kosten mehr rückerstattet bekommen, da seine Partei/Liste nicht im Nationalrat vertreten ist. Die Wahlkampfkostenrückerstattung sieht aber genau dies vor, dass Parteien, die dies beantragen können, auch in Österreich vertreten sein müssen

(http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/458132_Den-Parteien-wirds-an-nichts-fehlen.html).

Analysevorhaben

In der vorliegenden Dissertationsarbeit, möchte ich versuchen, die Berichterstattung über den Wahlkampf zur Wahl zum Europaparlament im Jahr 2009, zu analysieren. Dabei werde ich folgendermaßen vorgehen. Die Frage die ich mir stelle ist, ob denn die Berichterstattung in den von mir ausgewählten Medien derart vorhanden ist, dass sie dem Leser es

ermöglicht, sich ein vernünftiges, argumentativ fundiertes Bild über eine Wahl dieses Ausmaßes machen zu können. Dabei geht es vor allem darum, die Medien nach der Art und Weise der Berichterstattung über europäische Themen zu durchleuchten.

Analysiert werden die von Montag bis Samstag publizierten Printausgaben (Tagesausgaben, keine Sonntags-, Morgen- oder Abendausgaben) der ausgewählten Pressetitel. Diese sind: „Die Presse“, „Der Standard“, „Der Kurier“, „Die Kronen Zeitung“.

Diese Medien stellen die so genannte Auswahleinheit (sampling unit) dar. Hingegen bildet die Analyseeinheit (recording unit) die einzelnen Artikel der jeweiligen Zeitung ab.

Der Analysezeitraum sieht wie folgt aus:

Analysezeitraum ist vom Montag, 4.Mai 2009 bis Samstag, 13.Juni (die Wahl fand in Österreich am Sonntag des 7. Juni statt und europaweit zwischen Donnerstag dem 4.Juni und Sonntag dem 7.Juni). Ich werde die politischen Geschehnisse nach der Wahl ebenso erörtern, wobei gleich vorweg genommen werden darf, dass der Wahlkampf bei allen zu untersuchenden Medien circa am Mittwoch (10.Juni) nach der Wahl zu Ende war.

Während dieser Zeit, sollen die großen Themen um die es sich zur jeweiligen Zeit gehandelt hat, beziehungsweise die die Zeit stark dominiert haben, kurz dargelegt werden.

Insofern wird meine Methode bezüglich der Technik der inhaltlichen Strukturierung eher qualitativ dominiert sein. Der Unterschied zwischen qualitativ und quantitativ wird laut Mayring so beschrieben: „Dies ist wohl das formalste und gleichzeitig einleuchtendste Unterscheidungskriterium: Sobald Zahlenbegriffe und deren In- Beziehung- Setzen durch mathematische Operationen bei der Erhebung oder Auswertung verwendet werden, sei von quantitativer Analyse zu sprechen, in allen anderen Fällen von qualitativer Analyse (Mayring 1983: 16).

Natürlich kann man auch die Anzahl der Schlüsselworte, die in den jeweiligen Medien vorkommen, in Relation zu den Artikeln, in Relation zur gesamten Ausgabe der Zeitung und dann ins Verhältnis zu den anderen Medien setzen. Dafür würde man allerdings mehrere Personen benötigen und ist somit für mich alleine zu aufwendig. Schließlich müsste man bei der in Bezugnahme zwischen den Zeitungen, das jeweils andere Format berücksichtigen, ob Bilder dabei waren, mit zum Beispiel Politikern die zur Wahl stehen (auch ein Schlüsselwort die Namen der Kandidaten), welche Schriftgröße welches Medium hat etc.. Dies würde das Arbeitspensum einer Person bei Weitem übertreffen.

Grundsätzlich sollen die Beiträge nach folgenden Kriterien durchleuchtet werden:

Das Ziel der Inhaltsanalyse ist das Material, das aus Kommunikation entstanden ist. Dieses arbeitet mit Texten und Bildern, mit einer Art der Abbildung. Das heißt auch, dass es sich hierbei um eine fixierte Kommunikation handelt. Ich werde bei der Inhaltsanalyse systematisch vorgehen und die Analyse anhand von theoretisch ausgewiesenen Fragestellungen angehen.

Mayring meint diesbezüglich, dass eine Inhaltsanalyse auch immer einer spezifischen Fragestellung bedarf (Mayring 1983: 46- 48).

Durch die Wahl der Inhaltsanalyse soll versucht werden, die vorliegenden Pressetitel dahingehend zu „durchleuchten“, ob die Hauptfragestellung „Wird über die anstehende Europawahl im Jahr 2009 ausreichend berichtet?“ und die darunter stehende Frage „Ist das Gewicht der Berichterstattung über die verschiedenen Organe/ Personen... in Ordnung?“ (wird z.B. nur über die Kommission berichtet, oder nur über die nationalen Politiker statt die Europaparlamentarier und wird so berichtet, dass man ein Gefühl für die Kompetenz des zu wählenden Parlaments bekommen kann).

Wie bereits erwähnt, muss ich eine Strukturierung vornehmen, um den Überblick bewahren zu können.

Laut Mayring sind drei Grundformen beim Interpretieren sinnvoll:
Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung (Mayring 1983: 54).

Er bringt hierzu folgendes Beispiel:

Man stelle sich vor, auf einer Wanderung plötzlich vor einem gigantischen Felsbrocken (vielleicht Meteorit?) zu stehen. Ich möchte wissen, was ich da vor mir habe. Wie kann ich dabei vorgehen?

Zunächst würde ich zurücktreten, auf eine nahe Anhöhe steigen, von wo ich einen Überblick über den Felsbrocken bekomme. Aus der Entfernung sehe ich zwar nicht mehr die Details, aber ich habe das „Ding“ als Ganzes in groben Umrissen im Blickfeld, praktisch in einer verkleinerten Form (Zusammenfassung). Dann würde ich wieder herantreten und mir bestimmte besonders interessant erscheinende Stücke genauer ansehen. Ich würde mir einzelne Teile herausbrechen und untersuchen (Explikation).

Schließlich würde ich versuchen, den Felsbrocken aufzubrechen, um einen Eindruck von seiner inneren Struktur zu bekommen. Ich würde versuchen, einzelne Bestandteile zu erkennen, den Brocken zu vermessen, seine Größe, seine Härte, sein Gewicht durch verschiedene Messoperationen festzustellen (Strukturierung) (Mayring 1983: 54).

Bezüglich der Explikation in meinem Fall würde ich versuchen immer einen Kontext zur aktuellen Debatte herstellen zu können - was sind momentan die Themen in der Öffentlichkeit? Bezüglich der Strukturierung gibt es formale (Datum, Ressort,...) und inhaltliche.

Die Struktur werde ich mittels eines Kategoriensystems erarbeiten.

Um welche Themen handelte es sich größtenteils - was waren in welcher Periode die „Dauerbrenner“? Fanden davor und/ oder danach Wahlen auf Bundes/ Landesebene statt- was waren die innenpolitischen Themen-Skandale in der EU. Aus welcher Perspektive wurde berichtet (national/europäisch).

Im Mittelpunkt der Untersuchung sollen demnach die Häufigkeit, die Akteure und die Bewertung stehen. Bei der Häufigkeit geht es einesteils um den Grund der Berichterstattung über spezielle Thematiken und um die Anzahl der Berichterstattung von Europa- relevanten Themen. Dabei werde ich anhand eines Codebuches versuchen, die Artikel nach bestimmten Wörtern zu „durchleuchten“. Jene, die darin vorkommen werden zur Analyse dazugezählt, andere werden weggelassen. Zum Beispiel: die Organe der EU, Namen der EU- Parlamentarier, Europäische Union und spezielle EU- Thematiken dieser Zeit (z.B.: Glühbirnen-Verordnung).

Dabei wurde mir allerdings während der Analyse der Medien klar, dass das Durchleuchten der Artikel nach Schlüsselworten eigentlich nur bei „Standard“ und „Presse“ sinnvoll war. Dies deshalb, da dort mehr und längere Artikel waren als bei „Krone“ und „Kurier“. Somit war es durchaus sinnvoll dort nach Schlüsselworten Ausschau zu halten, um nicht die ganze Zeitung intensiv durchlesen zu müssen. Auch machte es eigentlich wenig Sinn, die Schlüsselworte zu zählen (die Daten liegen mir aber vor), da es keine Wertung für „mehr oder weniger an ‘Worten’“ in zum Beispiel des „Standard“ gegenüber der „Presse“ gab. Wie die Artikel geschrieben waren (Perspektiven, in welchem Ressort, wie wurde über das Parlament berichtet etc.) habe ich im Endeffekt ohne Zahlenmaterial versucht wiederzugeben, vielmehr anhand von Beispielen von Artikeln (beziehungsweise den Verweis auf bestimmte Ausgaben samt Seitenzahl).

Bei den Akteuren geht es darum, zu eruieren, welchen Stellenwert diese in der Berichterstattung tendenziell haben.

Codebuch nach welchem ich jedes Medium analysiert habe:

Datum	Häufigkeit	Position	Perspektive	Thema
04.05.	33	IPO	National	Asylrichtlinie

Vorgehensweise:

Nach Kenntnis der Ereignisse die sich während, vor und nach dem Analysezeitraum „abgespielt“ haben ging ich die einzelnen Medien nach

einander durch. Begonnen habe ich mit dem „Standard“, darauffolgend die „Presse“, gefolgt vom „Kurier“ und der „Krone“ als letztes zu analysierendes Medium. Die Artikel der Tageszeitungen wurden nach bestimmten EU-spezifischen Schlüsselwörtern durchleuchtet, die Schlüsselwörter wurden gezählt, die Position des Artikels wurde notiert, genauso wie die Perspektive (allerdings nur eine, d.h. ich habe nicht nur weil im Artikel mehrere Perspektiven waren permanent notiert sondern in cumulo dann eine Entscheidung für „national“ oder „europäisch“ gefällt). Schlussendlich wurde das Thema vermerkt.

Die Häufigkeit war, wie vorhin bereits erwähnt, eigentlich nur wesentlich um die Artikel zu finden. Ob dann in einem Artikel die Schlüsselwörter fünfmal oder zwanzigmal vorkamen war eigentlich, für meine Untersuchung, sekundär. Wesentlicher war vielmehr ein Gespür zu bekommen, ob der Artikel, beispielsweise die Funktion der EU-Organe und im Speziellen des Parlaments, in angemessenem Maß vermittelt hatte, oder ob dieser Artikel nur mit Begrifflichkeiten „bestückt“ war, ohne, dass eigentlich klar geworden ist, wie die einzelnen Organe/Personen/Sachverhalte miteinander zusammenhängen und vor allem welche Kompetenzen sie wahrnehmen sollen/können/müssen. Dies kann man nicht wirklich „messen“ - zumindest nicht, wenn die Forschungsressourcen auf eine Person beschränkt sind. Deshalb werde ich diesbezüglich auch keine „Berechnungen“ als Beweise vorlegen können, lediglich einzelne, meines Erachtens besonders hervorstechende und für die Berichterstattung insgesamt gut erklärende Beispielartikel dokumentieren (Medium, Erscheinungsdatum, Seitenzahl).

Die Wahl zum Europaparlament vom 4. bis 7.Juni 2009 in Österreich

Zur Wahl zugelassen waren alle EU-Bürger mit Hauptwohnsitz in Österreich, die zum Zeitpunkt des Wahltages das 16.Lebensjahr vollendet haben und die sich in die Wählerevidenzlisten haben eintragen lassen. Da die Regelungen von Nizza und noch nicht die vom Vertrag von Lissabon gelten, verliert

Österreich einen Sitz und hält somit bei 17 Abgeordneten, die gewählt werden können.

Die für die Periode 2009 bis 2014 gewählten Europaabgeordneten Österreichs

<http://www.europarl.at/view/de/AKTUELLES/press-release/pr-2009/pr-2009-June/pr-2009-Jun-9.html>)

OVP

Mag. Othmar Karas

Dr. Ernst Strasser

Dr. Hella Ranner

Mag. Dr. Richard Seeber

Dr. Paul Rübiger

Elisabeth Köstinger

SPÖ

Dr. Johannes Swoboda

Mag. Evelyn Regner

Mag. Jörg Leichtfried

Karin Kadenbach

HPM – Liste Martin!

Dr. Hans-Peter Martin

Mag. Angelika Werthmann

Mag. Martin Ehrenhauser

FPÖ

Andreas Mölzer

Mag. Franz Obermayr

Grüne

Mag. Ulrike Lunacek

Dr. Evelin Lichtenberger

**Analyse der Tageszeitung „Der Standard“ im Zeitraum Montag den
4.5.2009 bis Freitag den 12.6.2009**

Die dominierenden Themen waren:

- Abstimmung Tschechien zu Verfassungsvertrag
- Lufthansa Einstieg bei der AUA
- EZB Leitzinspolitik/ Wirtschaftsprognosen EU
- Bankgeheimnis Österreich
- Vermögenssteuervorschläge der SPÖ
- Stresstest für Banken
- Familienfehde Türkei
- Türkei-Beitritt
- Kritik an FPÖ Werbekampagnen
- Rückzug Österreichs aus der CERN-Forschung
- VW-Porsche Übernahme
- EU-Ostpartnerschaftstreffen
- Arbeitslosigkeit in Österreich und der EU
- Steinbrück Kommentar (Vgl. Österreich mit afrikanischem Staat)
- Asyldebatte _ Asylrichtlinie der EU
- Agrarthemen: Milchpreise, Landwirtschaftsförderungen
- Intel-Debatte: Wettbewerbsrecht
- Energiethemen: Nabucco, Erneuerbare Energien - TEN Netze...

- Spesenskandal GB
- Deutsche Bundespräsidentenwahl
- Brand im Gebäude der Europäischen Kommission
- Donaoraumstrategie
- Finanztransaktionssteuer
- EU-Russland Gipfel
- Strompreise in Österreich und Europa im Vergleich
- EU-Wahlprogramme der Parteien
- Karas-Strasser Match innert der ÖVP
- Gusenbauer vs. Martin wg. Seinem Buch "Europafalle"
- Schiesserei in Wiener Gebetshaus (Sikh Mord)

Dies ist nur ein kleiner Auszug über die wichtigsten Themen des „Standard“ im Untersuchungszeitraum.

In der ersten Woche (Montag 4.5. bis Samstag 9.5) ging es im Wesentlichen um folgende Themen:

- Deutsches Verfassungsgericht zum Verfassungsvertrag
- „Volksanwalt“ Stadler zur Abgrenzung zur FPÖ
- Gusenbauer vs. HPM Buch „Die Europafalle“
- Lufthansa Einstieg bei der AUA?
- EZB Leitzinspolitik; EU-Prognose für die Wirtschaft
- Bedeutung der Europawahl für Jugendliche (EXTRA: Schülerstandard)
- Bankgeheimnis
- Familienfehde in der Türkei
- VW-Porsche Übernahme
- Tschechien und die Ratifizierung des Verfassungsvertrages

- Österreich: Rückzug aus CERN-Forschung
- EU-Ostpartnerschaftstreffen

Die Kritik an den FPÖ Wahlkampflogans hielt sich während dieses Zeitraums noch sehr in Grenzen. Ein wirklich dominantes Thema gab es in dieser Zeit noch keines.

In der Folgewoche (Montag 11.5. bis Samstag 16.5.) kristallisierten sich folgende Themen als besonders berichtenswert heraus:

- Asylrichtlinie der EU (Pläne für eine Asylrichtlinie)
- Vermögenssteuerpläne der SPÖ
- Intel-Debatte (Strafzahlung), Wettbewerbsrecht
- Vaclav Klaus zögert mit der Unterschrift zum Vertrag von Lissabon (Tschechien)
- Karas Vorzugsstimmenwahlkampf (war zu Beginn noch nicht ganz sicher ob er es macht)
- CERN Ausstieg Österreichs
- Stresstest für Europas Banken
- Forschungs-EXTRA zu FP-7 Förderprojekten der EU
- Kritik am Wahlkampf der FPÖ
- „Ebensee“ Verhaftungen (Jugendliche machten Naziparolen im KZ)
- Deutsche Bundespräsidentenwahl

Die Debatte über die Asylrichtlinie der EU dominierte lange Zeit während dieser Periode. Zumeist wurde sie aus nationaler Perspektive geführt. Grundsätzlich gab es viele nationale Themen, jedoch wenige die einen gesamten Überblick gegeben hätten, um zu erklären, was bei der Europawahl überhaupt gewählt wird (Fraktionen im Parlament, etc.).

Am 13. Mai fand eine Debatte mit SPÖ, BZÖ und den Grünen statt. Diese Diskussion kann aber als sehr inhaltssleer abgetan werden. Ein darauffolgendes Interview mit Laura Rudas (SP) kann als nicht relevant zur Meinungsbildung

anlässlich der Europawahl gesehen werden, da keine Inhalte zu dieser gemacht wurden (nur drei Wochen vor den Wahlen ist das eher schade). Das was allerdings in diesem Interview vorkam war Kritik an der FPÖ. Die Kommentare (Kommentarseite des Standard) waren zu wenig auf die Wahl bezogen.

Weiters könnte der Eindruck entstehen, nur Österreich würde zur Wahl stehen – kein Konnex zu anderen Ländern, auch auf Grund der Berichterstattung, die zum Großteil aus nationaler Perspektive geführt wurde. Der Konnex, oder besser gesagt was in anderen Ländern anlässlich der Wahl passiert, erfolgte etwas später, dann aber durchaus recht umfangreich (1 bis 2 Wochen vor dem Wahltermin).

Die Woche vom 19. Mai war dann dominiert von Kritik an der FPÖ und deren Wahlkampf. Zumeist kam HC Strache vor, der Parteivorsitzende. Mölzer, der Spitzenkandidat für die Europawahl, kam kaum vor. Obwohl es andere Themen gäbe (Transparenzdatenbank, CERN-Ausstieg, Agrarförderungen, NATO vs. EU in Fragen der Piratenübergriffe am Horn von Afrika) dominierte die FPÖ. Auch ein SPEZIAL wurde lanciert, jedoch nicht zu relevanten Themen die Europaparlamentswahl betreffend, sondern zur geplanten Postämter Schließung sowie Transport und Logistik.

Im Interview mit Frau Resetarits wird von dieser die Bühne für HC Strache scharf kritisiert. Das ganze Interview hat die politische „Rechte“ und etwaige Sanktionen gegen diese, zum Thema. Nichts zur Wahl an sich. Auch auf den Kommentarseiten dominiert das Thema FPÖ und deren Themen.

Am 23. Mai gab es einen sehr guten „Wissen“-Artikel, der mit den Falschinformationen zu den angeblichen EU-Beitritten der Türkei und Israel aufräumt. Jedoch war auch diese Thematik nicht neu, die sehr gute Aufklärung über diese Falschinformationen aber relativ spät.

Ab dem 27. Mai gab es täglich eine eigene „EU-Wahl“ Seite.

Es folgte am 29.Mai ein „SPEZIAL“ zu Europa das sehr positiv gegenüber der EU geschrieben wurde. Es ging insbesondere um das Hervorheben von Gemeinsamkeiten innerhalb der EU (gemeinsame Währung, Projekte, etc.). Weiters wurde auf die anstehende Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission, auf diverse Erfolgserlebnisse der Kommission und des Parlaments, sowie auf Themen wie „Brenner“ und „Östliche Partnerschaften“ hingewiesen. Trotz einem sehr ausführlich gestalteten „SPEZIAL“ wurde der Sinn des Europaparlaments, in Anbetracht der bevorstehenden Wahl, meines Erachtens zu wenig betont. Es ging um Gemeinsamkeiten und Themen, Vorzüge der EU... Eine Erklärung, was man am 7.Juni wählt, oder über welche Kompetenzen das Europaparlament verfügt, beziehungsweise wie dieses zusammengesetzt ist, kommt zuwenig oder gar nicht – in Anbetracht dessen, dass die Wahl vor der Tür steht - vor.

Grundsätzlich kamen die Themen mit EU-Bezug meistens im Politik- und Wirtschaftsteil vor. Die Themen, die die nationale Perspektive hatte (z.B.: Strasser vs. Karas Match oder die Parteien zum Grenzschutz etc.), kamen im IPO-Teil vor, der Rest im APO. Die Kommentarseite war sehr wichtig für die EU-Thematik. Hingegen fanden sich kaum Artikel in der Chronik.

Es dominieren im Standard eher nationale Europa-Themen. Ganz besonders auffallend war die prominente Platzierung der FPÖ. Dies ist deshalb auffallend, da die FPÖ mit einem Wahlkampf für HC Strache und die FPÖ an sich geworben hatte. Um Europa ging es dabei eigentlich nicht.

Auch wurde der so genannte Spitzenkandidat (Mölzer) sogar auf Wahlkampfplakaten im Hintergrund des Parteivorsitzenden Strache gehalten (was natürlich nicht die Schuld des „Standard“ ist). Beim Wahlkampfabschluss am Wiener Viktor-Adler Markt war HC Strache auch in Front und Mölzer nur im Hintergrund. Weswegen man eine Partei dann trotzdem derart in den Vordergrund stellt ist fraglich. Inhaltlich gab es nämlich sehr wohl andere Themen. Diese wurden auch gebracht, jedoch nicht in der Stärke und Intensität die diesen zugestanden werden könnte. Beispielsweise ist die Kritik an der FPÖ prominenter und intensiver platziert als Diskussionen über die Ratifizierung des Verfassungsvertrages durch Tschechien (das ja auch die Präsidentschaft inne

hatte) oder das EU-Ostpartnerschaftstreffen, etc. Bei diesen Themen gäbe es sicherlich Aufklärungsbedarf.

Hans-Peter Martin kam im Standard hingegen kaum vor. Bei der SPÖ kommt der Spitzenkandidat Swoboda selten vor. Zumeist sind es Vertreter der Gewerkschaft bei Themen den Arbeitsmarkt betreffend, oder der Verteidigungsminister bei der Grenzsicherung. Bei der Volkspartei war das Match Karas vs. Strasser dominierend. Karas war jedoch der einzige Politiker der sich nicht für irgendetwas permanent entschuldigen musste. Bei Strasser waren es zum Beispiel Lobbying Aktivitäten und seine Verstrickungen zu anderen Firmen.

Auch wenn der jeweilige Herrschaftsdiskurs (FPÖ-Sager) geradezu verlockend ist, sollte bei einer so genannten Qualitätszeitung genug Kompetenz und Courage vorhanden sein um sich über diesen hinwegzusetzen. Denn das Funktionieren der (nationalen/europäischen und welt)- Öffentlichkeit hängt damit unmittelbar zusammen, wie Medien den gesellschaftlichen Diskurs aufbereiten. Wenn der Diskurs permanent über „Abendland in Christenhand“-Sager und dergleichen verkommt, sollten Medien, die den Anspruch einer Qualitätszeitung an sich selbst stellen, dagegen steuern. Eine Zeitung soll Menschen durch die Flut an Information navigieren. Und zwar sicher und kompetent. Informieren ist das eine - in welcher Intensität, das andere. Gerade bei Qualitätsmedien dürfen nicht jene zuvorderst stehen, die am lautesten schreien, sondern jene die wesentlich sind. Dazu gehörten die Sager der FPÖ sicherlich nicht. Eine Zeitung ersetzt nicht den Lehrer in der Schule, sollte jedoch auch die Macht, die von ihr ausgehen kann, einschätzen können.

Nach der Wahl (Montag der 8.6. bis Freitag den 12.6.)

8.6. (Montag): 15 Seiten Extra zur EP-Wahl

Spitzenthema waren die Ergebnisse und die Interpretation.

Die Titel der Schlagzeilen waren unter anderem:

- SPÖ klarer Verlierer der Wahl
- ÖVP, wie auch bei Presse und Kurier klarer Gewinner
- FPÖ verpasst ganz klar das Wahlziel
- Hans-Peter Martin räumt ab

Fragen, die sich aus dem Wahlergebnis ergaben, waren zum Beispiel die ob die ÖVP aufgrund ihres Ergebnisses, oder wohl eher aufgrund des schlechten Abschneidens der SPÖ, die Kanzlerschaft anstreben sollte. Dadurch, durch dieses von den Medien (von allen Medien) aufgeworfene Thema zeigt sich sehr gut, dass die Wahlen „second order national elections“ sind.

Ein weiteres Thema waren auch die Grünen. Sie haben sicherlich auch deshalb so schlecht abgeschnitten, da sie Herrn Voggenhuber zuvor demontiert hatten. Parteivorsitzende Glawischnig sieht sich massiver Kritik aus allen Lagern ausgesetzt.

9.6. (Dienstag): Da sich die ÖVP um die Nerven der SPÖ sorgt, nimmt Josef Pröll SP Vorsitzenden und Koalitionspartner Faymann in Schutz, vor allem gegen den steirischen Roten, Franz Voves, der sich besonders in den Vordergrund der Kritiker stellt.

10.6. (Mittwoch):

Themen:

- Vand der Bellen verteidigt die Linie der Grünen und meint, dass das Verhalten Voggenhubers „parteischädigend“ wäre.
- Grüne basteln an einer Front gegen Barroso
- Gastkommentar zum Thema „Sozialdemokratie braucht mehr Personen mit Europa Visionen“.

De facto ist die Nachwahlberichterstattung beim Standard (aber auch bei den anderen Medien), spätestens am 10.6. vorbei.

Analyse der Tageszeitung „Die Presse“ im Zeitraum vom Montag den 4.5.2009 bis Freitag den 12.6.2009

Die dominierenden Themen waren:

- Strassers Wahl zum Spitzenkandidaten (unterschiedliche Meinungen in d. ÖVP)
- EU Agrarförderungen
- SPÖ Vermögenssteuern
- Asylgesetz(richtlinien)debatte
- EU-Ostpartnerschaftstreffen
- Wirtschaftsaussichten (inkl. EBRD, EZB, etc.)
- CERN-Ausstieg
- Island Beitritt?
- Wer wird neuer Präsident der Kommission?
- Milchbauern in der EU (Milchpreisdebatte)
- Intel Strafzahlungen | VW-Porsche | Magna/Opel | AUA-Lufthansa
- Kritik am FPÖ-Wahlkampf
- Bankgeheimnis
- Finanzmarktaufsicht (Kompetenzen, ...)
- Spesenskandal GB
- Aufklärerische Artikel zu den Funktionen der EU, sowie zu denen Parteiwahlkämpfen und die Relevanz bei europäischen Themen
- Tschechiens „Problem“ mit „Lissabon“

Die Berichterstattung der Presse startet ähnlich wie beim Standard. Überhaupt sind die Themen um die es sich handelt, sehr ähnlich. Jedoch gibt es wesentliche Unterschiede in der Art der Berichterstattung.

Dominierende Themen der ersten beiden Wochen:

- Strasser – Meinungen (v.a. aus der ÖVP zur Wahl zum Spitzenkandidaten)
- Gusenbauer Klage gegen Martin wegen seinem Buch „Die Europafalle“
- Finanzkrise (u.a. in Russland/EBRD...)
- Vermögenssteuern (SPÖ)
- Asylgesetzdebatte
- Osteuropapartnerschaftstreffen
- Wahl des nächsten Kommissionspräsidenten
- Milchbauerndebatte (Milchseen)
- Tschechiens „Problem“ mit „Lissabon“
- Irland zu Verfassungsvertrag
- Bankenstresstests in EU?
- EURO-Spezial

Auffallend bei der Presse ist, dass sie immer eine eigene „EU-Seite“ (eine Seite) hat. Sie war die erste Zeitung in Europa, die dies hatte (damit begann die Zeitung bereits vor dem EU-Beitritt Österreichs). Auf dieser „EU-Seite“ sind die Artikel größtenteils aus einer europäischen Perspektive geschrieben. Auch auf anderen Seiten (APO/IPO...) gibt es Artikel mit europäischem Bezug und diese sind meist auch aus einer europäischen Perspektive verfasst. Es geht also im Wesentlichen um den Gesamteindruck einer Thematik (z.B. um Agrarförderungen in Europa statt nur in Österreich).

Ein weiterer wesentlicher Unterschied zum Standard ist (die Presse wird natürlich primär mit dem „Standard“ verglichen), dass es sehr viele klärende Artikel gibt, die die präsenten Themen der Parteien in Relation setzen zu den Themen die auch tatsächlich für „Europa“ relevant sind.

Die meisten EU-relevanten Artikel sind bei der Presse (neben der „EU-Seite“ oder speziellen „Zur –Wahl“-Seiten) im Bereich APO, Wirtschaft oder Meinung platziert. Dies hängt wohl auch mit der bereits angesprochenen „europäischen Perspektive“ zusammen, aus der die Presse meistens schreibt.

Auch bei der Presse mehren sich ab der dritten Woche (also um den 20.5.) die Artikel rund um den Wahlkampf der Freiheitlichen (auch auf den „Meinungsseiten“), jedoch mit einem wesentlichen Unterschied: Bei der Presse geht man speziell darauf ein, warum die Themen des FP-Wahlkampfes nichts mit der EU zu tun haben. Man versucht also, durch die FPÖ-Kritikberichterstattung (de facto handelt es sich nur um Kritik am Wahlkampf der FPÖ), zumindest wieder die EU zu „erklären“ in dem man die Themen der Freiheitlichen als nicht europäisch darstellt und stattdessen Fragen nach tatsächlich EU-relevanten Themen stellt um somit die Sinnlosigkeit der FPÖ-Aktionen zu unterstreichen.

Beim Standard beschränkte man sich mehr auf die Kritik an der FPÖ und mit der üblichen, aber meines Erachtens nicht sehr zielführenden, Verurteilung dieser menschenverachtenden und niveaulosen FP-Aktionen.

Grundsätzlich berichtet die Presse sehr ausführlich über die Arbeit der Europaparlamentsabgeordneten (sie begleiten beispielsweise Herrn Karas einen Tag lang [29.5.]), über die Organe der EU und im Generellen über die Kandidaten (29.5.: In dieser Ausgabe gibt es z.B. Klärendes zur Wahl „Was wird überhaupt gewählt“, „Was ist das Europäische Parlament“ und Kritik am Wahlkampf von den Altkanzlern Vranitzky und Schüssel an „ihren“ Parteien).

Die Presse beschreibt in den Artikeln die Organe und/oder Strukturen, die im Hintergrund verlaufen, gut. Beispielsweise wird nicht nur erwähnt, dass „dass die EU beschlossen hat“, sondern es wird geschrieben, dass die Kommission vorgeschlagen hat und das Parlament gemeinsam mit Rat daraufhin beschlossen hatte. Es gibt somit oft das Quäntchen an Zusatzinformation, das die Verknüpfung zu den verschiedenen Organen besser darstellt.

Viel Raum bekam das Thema Politikverdrossenheit. Dabei wurde aber nicht wie gewohnt auf die EU und ihre Kommunikationspolitik verwiesen, sondern sehr wohl auch die Holschuld der Bürger, die sich offensichtlich zuwenig oder nicht ausreichend interessieren, verwiesen, wie einige Kommentatoren der Meinungsseiten vermeinen (einige Kommentatoren waren u.A.: Frau Salomon, Paul Schulmeister, Kurt Scholz).

Alles in Allem hat die Presse meines Erachtens so berichtet, dass man der Ansicht sein kann, dass man wenn man die Zeitung aufmerksam gelesen hatte, auch eine Ahnung über Kandidaten, Organe und Sinnhaftigkeit/Funktion des Parlaments erhält. Dass die politischen Parteien, ihrerseits dafür verantwortlich um die Gunst der Wähler zu werben und Themen zu vermitteln, einen sehr öden und inhaltsleeren Wahlkampf machten, dafür kann die Presse nichts.

Betreffend der Nachwahlberichterstattung sind der Montag und Dienstag nach der Wahl genauso wie beim Standard mit einer Sonderausgabe (acht Seiten) gut aufgearbeitet. Ab dem 10.6. (Mittwoch) ging es primär um die Verluste der SPÖ. Die Berichterstattung war de facto wie beim Standard ab dem 10.6. zu Ende.

Analyse der Tageszeitung „Kurier“ im Zeitraum Montag den 4.5.2009 bis Freitag den 12.5.2009

Die dominierenden Themen waren:

- „Serie“: positive Auswirkungen der Europäischen Union auf einen Bereich (jede Woche ein anderer Bereich)
- Förderungen in der Landwirtschaft (eher national)
- Wirtschaftskrise/aussichten
- Bankgeheimnis + Streit um Steueroasen (z.B.: Steinbrück vergleicht Österreich dabei mit einem afrikanischen Land)
- Kritik an den FPÖ Wahlslogans
- EU-Ostpartnerschaftstreffen
- Tschechien vs. Lissabon Vertrag
- EU-Asylrichtlinie
- EBRD unterstützt das Engagement österreichischer Banken im Osten.
- Sicherheitsdebatten in Österreich

- Diverse Interviews mit Politikern oder Ex-Politikern über die Wahl, beziehungsweise die Vorzüge einer Mitgliedschaft Österreichs bei der EU.
- Strommarkt in EU und Österreich

Der Kurier berichtete oft aus einer nationalen Perspektive, wobei man anmerken muss, dass es sehr wohl und oft Artikel aus europäischer Perspektive gab. Des Weiteren gab es im Kurier viele Artikel mit Themen die sich der Wahl zur Europäischen Union widmeten.

Unter anderem gab es einmal wöchentlich mindestens eine Seite als Serie mit dem Thema „Auswirkungen der EU auf unser Leben“. Dabei ging es beispielsweise um den „Onlinekauf in der EU“ am 4.Mai oder das „Bosman Urteil“ am 18.Mai. Thematisch war auch der Kurier mit den beiden anderen Zeitungen Standard und Presse sehr ähnlich. Neben der Kritik an der FPÖ gab es keine Themen die sich die vier Wochen beständig gehalten hätten. Selbst die FPÖ-Kritik wurde nicht allzu sehr übertrieben, wenn sie auch sehr intensiv behandelt wurde.

Ein Interview mit Swoboda und Strasser am 16.Mai war trotz dem Platz das man dem Streitgespräch in der Zeitung eingeräumt hatte leider sehr inhaltsleer.

Des Weiteren gab es einige gut geführte Interviews, beispielsweise am 18.Mai mit Top Diplomaten die über die Rolle der EU für Österreich sehr sachlich debattierten, genauso wie an selbigem Tag es gute Erklärungen zu den Finanzinstituten EBRD, EIB und EZB gab. Gut erklärt worden sind auch die Tätigkeiten von EU-Diplomaten (21.Mai).

Schade fand ich, dass beim Kurier (wie auch beim Standard, am wenigsten noch bei der Presse) in Kommentaren und Ähnlichem ständig auf ein „komplexes Europa“ hingewiesen wird, das angeblich zu schlecht erklärt wird oder eine zu schlechte Informationspolitik hat. Meiner Ansicht nach mangelt es sehr wohl auch am Interesse der Bürger und nicht nur an dem Problem, dass Europa/Brüssel „so weit weg“ ist. Oder sind alle

Wiener nur aufgrund der geografischen Nähe zum Parlament Experten in der Gesetzgebung und Ähnlichem in Österreich? Vielleicht sind auch einfach nur manche Journalisten, die in Österreich europäische Themen mit nationalen verknüpfen sollten, „zu weit weg“ und bringen dann zu wenig europäische Relevanz in die Thematiken.

Passend zum Stellenwert der Europaparlamentswahl in Österreich war das Titelblatt des Kurier am 6.6.2009 (Samstag). Da war der Aufmacher die Ankündigung des Fussballtestspiels Österreichs gegen die Serben.

Zur Nachwahl im Kurier, ab dem 8.Juni:

Am ersten Tag gab es gar ein 9 Seiten-Extra. Am Dienstag wurde das Ergebnis der Wahl zur Koalitionsfrage gestellt (ganz nach dem Stil einer Second Order National Election). Diese Interpretation, dass die EU Wahl direkt etwas mit der nationalen Wahl zu tun hat, kann man den Medien aber nicht alleine schlecht ankreiden. Die Parteien legten ja im Wahlkampf alles daran, dass man denken könnte, man wähle den österreichischen Nationalrat. Bei der Nachwahlberichterstattung ging es auch primär um die SPÖ Verluste, die ÖVP mit dem ersten Platz und die Koalition an sich, statt den Auswirkungen der Wahl in ganz Europa auf ganz Europa und Österreich.

Auch beim Kurier waren die ersten beiden Tage (Montag und Dienstag) die wichtigsten mit Sonderseiten. Man kann auch sagen, dass es einfach nicht mehr über die Wahl zu schreiben gab, wenn man die Wahlberichterstattung ein Monat lang verfolgt hat muss man eigentlich feststellen, dass die Nachwahlberichterstattung auch dementsprechend mager ausfallen muss.

Analyse der Tageszeitung „Kronen Zeitung“ im Zeitraum Montag den 4.5.2009 bis Freitag den 12.5.2009

Bei der Kronen Zeitung erfolgte die Analyse etwas anders als bei den anderen drei Medien. Dies vor allem deshalb, da diese Zeitung bei Weitem über viel weniger Inhalt verfügt. Grob, oder stark vereinfacht gesagt würde ich meinen, dass die Kronen Zeitung aus der Titelseite, eine Seite ist für die täglich erscheinenden Auszüge aus der „Europafalle“ (so lautet der Buchtitel von Hans-Peter Martin´s Buch) geplant, dann noch drei bis vier Seiten „Leserbriefe“, zwei/drei Seiten Politik und Wirtschaft besteht. Und das ganze im Tabloid-Format. Der Rest besteht aus Werbung, High-Society News, Sport und Anzeigen.

Meines Erachtens gab es bei der Kronen Zeitung keine „heiße“ Wahlkampfphase. Diese war bei den anderen Medien doch irgendwie zu erkennen. Bei der Kronen Zeitung gab es von Anfang an eine totale Wahlwerbung für den Kandidaten Hans-Peter Martin (HPM). Diese Wahlwerbung war derart offensichtlich, dass die Kronen Zeitung das Wort „unabhängige“ Tageszeitung nicht verdient. Die Leserbriefseiten sind meiner Meinung nach das Herzstück der Zeitung, da sie meistens vier Seiten lang sind (also sehr viel Platz, in Relation zum Gesamtumfang der Zeitung) und kaum, oder gar keine, kommerzielle Werbung vorkommt. An jedem Tag gab es außerdem den „Überkopflerbrief Artikel“ (den es auch heute, im Jahr 2012, noch gibt), der durch große Buchstaben sehr prominent publiziert wird. Dieser war de facto immer eine Wahlwerbung für HPM.

Ein paar Auszüge der Titel dieser Artikel:

- „Zur EU-Wahl gehe ich nur, um HPM zu wählen; keiner von den sonstigen EU-Politikern hat mein Vertrauen!“ (4.Mai)
- „Herr Dr. Martin: Danke, dass es Sie gibt und sie den Mut hatten/Haben, kontinuierlich über die Vorgänge in der EU zu informieren!“ (5.Mai)
- „HPM ist der einzige Lichtblick in diesem EU-Filz“ (6.Mai)
- „Ist die EU reformierbar? Nein ist die Antwort!“ (9.Mai)

- „Österreich wählt, und die EU entscheidet. So wollen wir es nicht. Deshalb HPM wählen“. (11.Mai)
- „Einzig HPM ist gegen die Aufweichung der Asylregeln. Deshalb wählt ihn!“ (12.Mai)
- „Bei der EU-Wahl kommt wegen seiner Unabhängigkeit nur HPM in Frage“ (23.Mai)
- „Bleibt als einzig wählbarer Kandidat HPM, der auch versprochen hat, den EU-Schmarotzern in Brüssel auf die Finger zu schauen“ (25.Mai)
- „Man kann nur hoffen, dass alle Österreicher zur EU-Wahl gehen und den Richtigen (HPM) wählen“ (27.Mai)
- „Alle werden verlieren, außer HPM“ (29.Mai)

Dies sei nur ein kurzer Auszug aus den Titeln der „Überkopfartikel“ zu den sehr wichtigen Leserbriefseiten in der Krone. Auch rund um diese „Teaser“-Artikel, also alle anderen Leserbriefe, handelte es sich um Werbung für HPM beziehungsweise um Verunglimpfungen der Mitbewerber und im Speziellen die EU insgesamt. Ein weiteres negatives Merkmal hinsichtlich der EU-Berichterstattung, aber auch hinsichtlich eines Mediums das sich unabhängig nennt ist, dass die Leserbriefseite neben dem Überkopfartikel die Überschrift „Leserbriefe zum EU-Theater“ hat.

Die Themenpalette in der Kronen Zeitung beinhaltet im Großen und Ganzen die Themen der anderen Medien. Allerdings gibt es Themen, die ausschließlich in ganz kurzen (Ein/Zweizeiler) abgehandelt werden. Andere „Kronen-relevante“ Themen sind wie zum Beispiel die Tempelattentate in Wien, oder diverse Sicherheitsdebatten (Grenzöffnungen/Schengen, Osteuropa Kriminalität, ...).

Die bereits oben erwähnten Auszüge aus Hans-Peter Martin´s Buch, „Die Europafalle“, gab es jeden Tag eine Seite lang in der Kronen Zeitung. Dabei handelte es sich grob gesagt um zu hohe Spesen der EU-Beamten, zu viel Bürokratie aber auch um die Thematik Milchbauern/Landwirtschaft genauso wie Grenzschutz oder Ähnliches. Auch ein wichtiges Thema Martins´, die

Glühbirnen-Verordnung, kommt öfters vor. Oftmals wird gezielt gegen Mitbewerber gehetzt, wie zum Beispiel am 8.Mai gegen Andreas Mölzer von den Freiheitlichen. Eines ist jedenfalls klar – die EU, Brüssel und alles andere kommen nicht gut weg und die Argumente dagegen sind meist nicht mit Fakten belegt – mystisch und schwach formuliert. Die Auszüge und auch die Leserbriefseiten (die auch kein gutes Haar an allem außer HPM lassen) können also bei jenen Menschen, die sich sonst nicht mit der EU beschäftigen, ausschließlich Pessimismus erzeugen. Dies gepaart mit den einschlägigen Leserbriefen, die auch allesamt nicht kritisch, sondern einfach nur negativ geschrieben sind, ist es meines Erachtens auch gar nicht anders möglich als dass man ein negatives, aber auf keinen Fall argumentativ fundiertes Bild, über die Europapolitik bekommt.

Dominierende Themen in der Kronen Zeitung sind:

Sicherheitsthemen (Grenzen, Osteuropa Banden, Tempelanschläge)

Asyldebatte

Türkei-Beitrittsdebatte

Arbeitslosigkeit

Und natürlich die unverschämte Wahlwerbung für HPM.

Zwischendurch schleichen sich Artikel ein, die deutlich machen, dass die Kronen Zeitung ihre eigenen Diskurse lancieren will, da man diese Themen sonst in keinem Medium findet, und wenn dann nur ganz am Rande der Berichterstattung. So zum Beispiel am 8.Mai mit dem Titel „Brüssel will Panschen erlauben: Heimische Winzer empört: EU verwässert unseren Rose“. Dies soll einen EU-Anschlag auf Österreichs Winzer und deren traditionellen Wein darstellen. Unter anderem ist auch von „bürgerfernen Brüsseler Agrarbürokratie“ die Rede. Am 13.Mai gibt es beispielsweise den Artikel mit dem Titel „EU Richtlinie verbietet spezielle Sonnencreme. Ausgerechnet vor der Urlaubssaison“. Solche und ähnliche Artikel gibt es sehr wohl, jedoch wenn zum Beispiel die Möglichkeit bestünde dem Bürger die EU näher zu bringen oder im Generellen aufklärend tätig zu werden, dann macht man es nicht. Zum Beispiel am 16.Mai als Bundespräsident Fischer zu Besuch in Tschechien war. Die

Kronen Zeitung kann sich ja eigene Agenda´s machen, auf Grund ihrer Auflagenstärke (sie erreicht ja fast drei Millionen Leser bei einer Million verkaufter Exemplare). Deshalb thematisiert sie das Thema „Temelin“ (KKW), welches zu dem Zeitpunkt nicht im Entferntesten öffentlich zur Diskussion stand. Jedoch wird im Rahmen dieser Berichterstattung nicht über den Verfassungsvertrag diskutiert, oder dieser erklärt. Mir ist eigentlich nur einmal ein wirklich positiv geschriebener Artikel aufgefallen, als in der „Tierecke“ der Kronen Zeitung, die EU wegen dem Tierschutz gut, im Sinne von sachlichen Argumenten, weggekommen war (9.Mai). Ansonsten würde ich meinen, dass die meisten Artikel negativ verfasst sind, wobei die argumentative Fundierung fraglich ist.

Meiner Ansicht nach ist es nicht notwendig positiv oder negativ für oder gegen die EU zu berichten. Es ist nicht immer alles positiv oder negativ. Kritisch zu sein ist wichtig, ebenso wie argumentativ fundierte Information zu bringen. Ob die dann positiv oder negativ über etwas oder jemand berichtet sei dahin gestellt.

Im Generellen macht die Kronen Zeitung keine Anstände um den Bürgern die Europäische Union näher zu bringen. Es handelt sich vielmehr um Skandale („Europafalle-Auszüge und Leserbriefe).

Nachwahlanalysen

Ergebnis (ohne Wahlkarten; Werte sind gerundet; in Klammern das Verhältnis zu 2004):

ÖVP 30 % (Minus von 3%)

SPÖ 24% (Minus von 10%)

HPM 18 % (Plus von 4%)

FPÖ 13,1 % (Plus von 7%)

Grüne 9,5 % (Minus von 3,4%)

BZÖ 4,7 %

Wahlbeteiligung 42,5 % (de facto gleich geblieben zu 2004)

Laut dem SORA-Institut, „Standard“ vom 8.6.2009 auf Seite 5.

Die FPÖ konnte von den so genannten EU-Gegnern 39% für sich gewinnen. Die SPÖ und ÖVP bekamen jeweils 11% aus diesem Pool an Wählern. Insgesamt meint das Institut, dass die FPÖ besonders erfolgreich bei der Remobilisierung der Nichtwähler war (191.000 Stimmen). Allerdings könnte es auch sein, dass diese Personen die damals Nichtwähler waren im Jahr 2004, früher auch FPÖ gewählt hatten, jedoch durch die damaligen Probleme der Partei (Parteisplaltung/Regierungsbeteiligung) diese kurzzeitig nicht wählten und zu Hause geblieben waren.

Insgesamt kamen laut dem SORA-Institut die meisten Nichtwähler von der SPÖ. Rund 148.000 Menschen, die sonst die SPÖ wählten, blieben zu Hause. Nur 76.000 konnte die SPÖ aus dem Pool der Nichtwähler für sich gewinnen. Dieselbe Anzahl musste sie jedoch auch an die Liste von Hans-Peter Martin abgeben. Dieser (HPM) konnte hingegen 159.000 ehemalige Nichtwähler für sich gewinnen. Die Hälfte der Wähler von HPM wählten diesen auch im Jahre 2004.

Die ÖVP konnte sogar 82% (670.000) der Wähler aus 2004 halten. Von den Grünen kamen rund 39.000 Wähler zur ÖVP, diese verlor im Gegenzug rund 12.000 an die Grünen. 28.000 verlor die ÖVP an HPM.

Die SPÖ konnte lediglich 64% (535.000) seiner Wähler halten und bekam rund 24.000 von den Grünen. Die Grünen wiederum konnten nur mehr 56% (181.000) ihrer Wähler aus dem Jahr 2004 halten. Verluste gingen insbesondere an die ÖVP (27.000) und an die SPÖ (24.000).

Im Generellen sieht die „Presse“ (8.6.2009 auf Seite 5) zwei Gewinner der Wahl. Einerseits die ÖVP als die „Europapartei“ und Hans-Peter Martin, dem es scheinbar gelang, Wähler aus allen Lagern zu bekommen. Betreffend der Nichtwähler wird in der „Presse“ berichtet, dass mehr Männer als Frauen der Wahl fern geblieben waren. Bei den unter 30-jährigen lag der Nichtwähleranteil gar bei 50%. Das Wahlmotiv war eher die Bindung zu einer Partei denn die Spitzenkandidaten.

Das Stammwählermotiv war also mit 60 Prozentpunkten bei SPÖ und ÖVP am wichtigsten. Beim Wahlmotiv bezüglich der Themen waren 75 Prozent bei der FPÖ. Die Themen waren: „sind sie gegen die Zuwanderung; gegen den EU-Beitritt der Türkei; für verstärkte Kontrolle“ (Perloth/Zeglovits 2010: 96).

Als großer Verlierer gelten europaweit die Sozialdemokraten. Nur in Griechenland, Lettland, Irland, Rumänien, Slowenien, Slowakei, Tschechien und Malta haben sie nicht verloren. Überall sonst sehr massiv. Wahlgewinner waren die Konservativen und die europafeindlichen, beziehungsweise rechtsextremen, Parteien. So zum Beispiel die ungarische Jobbik. Wahlgewinner waren die Sozialdemokraten hingegen nur in Malta, Griechenland, Slowakei, Dänemark und Schweden. Die österreichischen Grünen verloren im Gegensatz zu ihren europäischen Kollegen massiv an Stimmen (fast minus 3 Prozentpunkte, total nur knapp 10 Prozent). Die Rechten und fraktionslosen Parteien konnten teilweise sehr kräftig zulegen (Glück 2010: 126-127).

Aber auch rechte Parteien erlebten ein Fiasko, wie zum Beispiel der Vlaams Belang (10,2%), die wallonische Front National (1,3%) und ihr großer Bruder die Front National von Le Pen (6,3%), ebenso wie die polnischen Nationalisten unter der Wahrnehmungsgrenze blieben

(http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/6_europa/Rechte_Parteien.pdf).

Als ein „Fiasko der Linken – Vormarsch der Protestparteien“ betitelt die Neue Zürcher Zeitung am 7. Juni 2009 den Ausgang der Europawahl. Mit 263 Sitzen von 736 wurden die Konservativen im Europaparlament die mit Abstand stärkste Fraktion. Niederlagen auf nationalem Boden gab es zum Beispiel bei der Labour Party, der Linken in Deutschland und der Frankreichs. In Österreich erlitt vor allem die SPÖ ein Wahldebakel (minus 9,5 Prozentpunkte). Erfolge verbuchten Protestparteien jeglicher Couleur, sowie Rechte, Liberale und Grüne. Verloren hat auch die für Demokratien nicht unwesentliche Beteiligung der Bürger an den Wahlen. Während 1979 noch 63 Prozent zur Wahl gingen, fanden 2009 nur mehr 43 Prozent den Weg zur Urne, nach 45,5 Prozent bei der Wahl zuvor. Erstmals unter 50 Prozent Wahlbeteiligung gab es 1999 (NZZ, Artikel vom 8. Juni 2009: Fiasko der Linken – Vormarsch der Protestparteien [abrufbar unter nzz.ch]).

In Österreich sprachen Meinungsforscher von einem Kopf an Kopf Rennen zwischen den Regierungsparteien ÖVP und SPÖ. Da die SPÖ eine historische Wahlschlappe hinnehmen musste wurde daraus nichts. Der erste Platz ging an die Volkspartei (ÖVP), auch deshalb weil sich die beiden Kandidaten Karas und Strasser „duellierten“. Strasser wurde eher von Wählern gewählt die einen EU-kritischeren Kurs haben möchten und Karas mobilisierte sicherlich viele Wähler die einen betont EU-freundlichen Kurs einschlagen oder fortführen wollten.

Ginge man nur nach Zugewinnen von Prozenten, dann wäre die FPÖ der Sieger der Europaparlamentswahlen 2009. Allerdings muss man anmerken, dass die FPÖ 2004 nach allen Problemen (Parteisplaltung, Stichwort: Knittelfeld) in ein historisches Tief gefallen war und somit eigentlich nur mehr

gewinnen hat können. Meinungsforscher haben die FPÖ aber noch vor der Liste Martin gesehen. Diese hat aber mit Zugewinnen von fast 4 Prozentpunkten Platz Drei für sich beansprucht. Obwohl das BZÖ gegen den Vertrag von Lissabon ist, kann sie durch Inkrafttreten von „Lissabon“ nun mit Ewald Stadler in das Parlament einziehen (Glück 2010: 128).

Der Politikwissenschaftler Peter Gerlich attestiert den Österreichern keine Politikverdrossenheit, sondern Desinteresse und Unwissenheit an der, beziehungsweise über die, Europäische Union. Demokratiepoltisch ist die geringe Wahlbeteiligung kein Problem, meint Gerlich. Er vermutet aber, dass „die Wahlbeteiligung wie in diesem Jahr weiter langsam aber sicher steigen wird“ (<http://derstandard.at/1244460268854/Interview-Nur-fuenf-Prozent-verstehen-worum-es-geht>).

Politikwissenschaftler Peter Filzmeier attestiert Gerlich und fordert ein neues Wahlsystem mit persönlichkeitsstärkenden Elementen, oder mit Parteien, die europaweit mit gemeinsamen Listen antreten. Weiters meint Filzmeier, dass der EU-Präsident direkt vom Volk gewählt werden sollte. Die Frage, warum so wenig Menschen zur Wahl gingen, beantwortet Filzmeier damit, dass die Politik die Frage, nämlich welchen Unterschied es macht „ob unter 785 Europaparlamentariern vier oder fünf aus einer österreichischen Partei sitzen“, nicht klären kann (<http://derstandard.at/1242313754346/EU-Wahlkampf-Schadensbegrenzung-ohne-Risiko>).

Der Wahlkampf und die Kritik daran

Die Wahlkampagne der FPÖ hat Österreich über seine Grenzen hinweg eine negative Presse eingebracht. Für Amnesty International Österreich Generalsekretär Heinz Patzelt war der Freiheitliche Wahlkampf in „wesentlichen Elementen rassistisch, islamophob und antisemitisch und damit schwer menschenrechtsverletzend“

(<http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/1991765/index.do>).

Ende Jänner 2009 präsentierte Heinz-Christian Strache Andreas Mölzer als Spitzenkandidaten für die Europaparlamentswahl als „profunden Kenner im Kampf gegen EU-Zentralismus“

(http://diepresse.com/home/politik/eu/447055/EUWahl_FPOe-praesentierete-Moelzer-als-Spitzenkandidat-).

Die FPÖ war und ist bekannt für schnelle/prägnante Botschaften die Aufmerksamkeit erregen können. Des Öfteren werden bei der Kreierung der Botschaften nicht selten Grenzen überschritten, so auch bei der Wahl zum Europaparlament im Jahre 2009, wie zum Beispiel „Deutsch statt nix verstehen“, „Daham statt Islam“, „Asylbetrug heißt Heimatflug“ oder „Pummerin statt Muezzin“ (Glück 2010: 102).

Auf allen Wahlplakaten ist Heinz-Christian Strache (kandidiert am letzten Platz) zu sehen. Erst daneben, oder nur dahinter, ist der Spitzenkandidat Mölzer zu sehen.

Im freiheitlichen Bürgermagazin, „Wir Österreicher“, kritisiert die FPÖ, dass die Zahlungen Österreichs zur EU direkt zur Türkei weiter geleitet werden. Auf Seite vier des Bürgermagazins rechnet die FPÖ vor, dass während der Jahre 2007 bis 2010 circa 2,26 Milliarden Euro aus Österreich in die Türkei flossen. Diese Zahlen sind falsch. Richtig ist, dass die Türkei eine Vorbeitrittshilfe erhält (1,8 Milliarden Euro). Das Geld stammt natürlich nicht nur aus Österreich (<http://diepresse.com/home/politik/eu/418363/EU-zahlt-45-Milliarden-Euro-an-Tuerkei-und-Westbalkan?from=simarchiv>).

In anderen Inseraten behauptet die FPÖ, dass es angedacht sei, Israel trete der EU bei. Als Ausschlag für dieses Inserat dürfte ein Ausspruch von Silvio Berlusconi gewesen sein. Dieser sagt im Rahmen eines Israel-Besuchs: „Ich habe einen Traum, dass Israel eines Tages der EU beitreten kann“ (http://diepresse.com/home/politik/eu/536813/Berlusconi_Israel-in-die-EU). Die FPÖ warnte daraufhin sogar davor, dass die EU und Österreich in einen „blutigen Nahost-Konflikt“ gezogen würden.

Wahlkampfkosten

Im Wahlkampf verzichteten die FPÖ, das BZÖ und die Liste Martin auf Werbeagenturen. Neu im Wahlkampf war die Nutzung der „Neuen Medien“. Diese Nutzung erfolgte in den Parteien teilweise von eigens für diese Medien abgestellten Personen. Für den Wahlkampf verwendete die SPÖ 4.500 Großplakate und 7.000 Dreiecksstände, sowie 41.000 Kleinplakate. Der Aufwand für die „Neuen Medien“ erforderte einen eigenen Web 2.0 Botschafter. Insgesamt gab die SPÖ zirka 3,5 Millionen aus. Bei der ÖVP war das Verhältnis Plakat und Inserat 60:40. Auch die „Neuen Medien“ waren der Volkspartei wichtig. Die Wahlkampfkosten werden, wie bei der SPÖ, auf 3,5 Millionen geschätzt. Die anderen Parteien kamen (oder mussten) mit deutlich weniger Geld aus(kommen). Die Grünen mit etwa 1,2 Millionen Euro (Schwerpunkt Internet). Bei FPÖ (circa 1 Million) und BZÖ (circa 1,5 Millionen) lag der Schwerpunkt auf Plakaten und Inseraten. Hans Peter Martin gab seine Wahlkampfkosten (vor der Wahl) mit 500.000 Euro an (der Einsatz der Kronen Zeitung ist hier natürlich nicht eingerechnet).

Einfluss der Kronen Zeitung auf die Wahl

Den Großteil den der Mensch über Politik weiß, weiß er über Medien. Die Wichtigkeit der Printmedien wurde im Nationalratswahlkampf 2008 sichtbar, als sich die SPÖ der Kronen Zeitung unterworfen hatte, beziehungsweise jetzt bei der Europawahl 2009 und das Engagement der Krone für Hans-Peter Martin (wie auch im Jahr 2004). Eine Person die, außer in der Kronen Zeitung, de facto kaum vor kam.

Eine vom GfK-Institut gemachte Umfrage zeigte, dass 70 Prozent der Wähler Martin´s täglich die Kronen Zeitung las. Nur die FPÖ mit 67 Prozent kommt diesen Werten in die Nähe. Weiters folgt das BZÖ mit 58 Prozent, und unter 40 Prozent die SPÖ und die ÖVP. Die Kontinuität und die Themenführerschaft Martins in der Kronen Zeitung brachte Hans-Peter Martin ganz bestimmt viele Stimmen, so der Kommunikationswissenschaftler Hannes Haas. Kommunikationswissenschaftler Fritz Hausjell findet das Abschneiden Martins in Anbetracht der Unterstützung durch die Kronen Zeitung gar nicht so sensationell. Er meint auch, dass dies international durchaus üblich ist, Kandidaten zu unterstützen. Ein wesentlicher Unterschied zu Österreich ist aber, dass in der internationalen Medienlandschaft die anderen Kandidaten nicht negativ dargestellt werden (<http://diepresse.com/home/politik/euwahl/485627/Kronen-Zeitung-brachte-Martin-Stimmen->).

2012: Was blieb von den Kandidaten, die 2009 zur Wahl standen?

Im Jahr 2012 ist bekannt, dass die Wahl der ÖVP, Ernst Strasser als Spitzenkandidat bei der Europawahl aufzustellen, im Nachhinein total daneben ging. Strasser wurde von britischen Journalisten als „kaufbarer“ Lobbyist enttarnt. Auf einem Video war zu erkennen, wie sich Strasser seine Dienste als Parlamentarier zwecks Lobbying etwas kosten ließ. Georg Renner, Journalist bei der Tageszeitung „Die Presse“ merkt dabei an, dass es ein Versagen der Journalisten gewesen sei (ihn mit eingeschlossen), da bei einer „Brüssel-Besuchsreise“ von Journalisten bei Strasser im Jahr 2010, genügend Wortmeldungen auf Strassers Fehlverhalten hätte hingedeutet hätte.

„Aufgegriffen hat das damals – niemand. Sei es aus falsch verstandenem Respekt, sei es, weil wir dachten, Strasser hätte im Scherz gesprochen: Nichts von der Verachtung, die er da für seine Funktion und indirekt für seine Wähler zum Ausdruck brachte, wurde berichtet – und niemand dachte an Korruption. Es blieb ironischerweise britischen Journalisten aus Rupert Murdochs Brachialmedienreich überlassen, Strassers moralische und politische Verfehlungen publik zu machen“

(<http://diepresse.com/home/meinung/kommentare/1275877/Strasser-ein-Medienversagen>).

Der Spitzenkandidat der SPÖ, Hannes Swoboda, wurde im Jahr 2012 der Nachfolger von Parlamentspräsident Schulz, Fraktionschef. Othmar Karas, mittlerweile wieder die Nummer 1 in der ÖVP, wurde zu einem der 14 Vizepräsidenten gewählt, bleibt jedoch auch Delegationsleiter der EVP-Fraktion im Europaparlament

(http://diepresse.com/home/politik/eu/724637/Schulz-und-Swoboda_Das-neue-Tandem-des-EUParlaments)

Hans-Peter Martin, der selbst ernannte Aufdecker und Aufpasser in der EU, sieht sich selbst mehreren Vorwürfen gegen seine Person gegenüber. Er soll unter anderem laut seinem früheren Mitstreiter Martin Ehrenhauser bei der Wahlkampfkostenrückerstattung Gelder unterschlagen haben. „Größter Stein

des Anstoßes in der Partei scheinen aber nach wie vor jene 2,33 Millionen Euro zu sein, die HPM als Parteichef aus der österreichischen Staatskasse als Wahlkampfkostenrückerstattung bekommen hat. Im EU-Wahlkampf sei nicht einmal ein Bruchteil dessen ausgegeben worden, weiß ein Insider“

(<http://derstandard.at/1302745354037/Europablog-Hans-Peter-Martin-kommt-Mitstreiter-Ehrenhauser-abhanden>).

„Tatsächlich geriet Martin, während er im EU-Parlament Missstände rund um die Abrechnung von Vergütungen für Abgeordnete geißelte, immer wieder selbst mit seinen jeweiligen Mitstreitern in Konflikte, auch über finanzielle Fragen. Bereits seine erste Listenkollegin Karin Resetarits verließ ihn bald zu den Liberalen, erst im Vorjahr trat Angelika Werthmann aus der 'Liste Martin' aus und klagte, Martin habe seine Forderungen nach Transparenz und Demokratie selbst nicht erfüllt. Damals hatte Ehrenhauser Werthmann noch "Verrat an der Wählerliste HPM" vorgeworfen“ (<http://derstandard.at/1302745395437/Affaere-um-EU-Mandatar-Hans-Peter-Martin-soll-eine-Million-Euro-Steuergeld-missbraucht-haben>).

Das Wochenmagazin Profil hält im April 2012 diesbezüglich fest: „Die Liste Martin hatte im Anschluss an die EU-Wahlen 2009 exakt 2.332.617,96 Euro an Wahlkampfkostenrückerstattung vom Bundeskanzleramt erhalten. Der Begriff ist irreführend, denn die Rückerstattung bemisst sich nicht nach den tatsächlichen Wahlkampfkosten, sondern nach dem Wahlergebnis. Je mehr Stimmen eine Partei erhält, umso mehr Geld fließt in deren Kassen, unabhängig davon, wie hoch die tatsächlichen Aufwendungen waren“ „Unter dem Titel 'Kilometergeld Hans-Peter Martin' etwa machte HPM 2009 einen Betrag von 7569,58 Euro geltend. Das amtliche Kilometergeld dieses Jahres lag bei 0,42 Euro pro Kilometer. Womit Martin im Wahlkampf stolze 18.000 Kilometer zurückgelegt hätte. Eigentlich ein Wunder, dass er es geschafft hat, überhaupt aus einem Auto zu steigen. Ganz nebenbei fabrizierte er nämlich auch noch Taxirechnungen in der Höhe von 4486 Euro“ „Dass schließlich auch HPMS Tübinger Architekt – Martin hat dort ein Haus – rund 30.000 Euro aus der österreichischen Wahlkampfkostenrückerstattung erhielt, passt ins Bild. Der Architekt soll, so Martin, ja ein politischer „Mitaktivist“ gewesen sein“

<http://www.profil.at/articles/1216/560/325526/hans-peter-martin-hans-peter-martin-spesenfalle>)

Die Abgeordneten der Freiheitlichen Partei, des Bündnis Zukunft Österreich (Ewald Stadler der nun doch, nach „Lissabon“, im Europaparlament sitzt) und der Grünen änderten sich nicht und sind nach wie vor in Brüssel beschäftigt.

Fazit

Die Europawahl 2009 war die erste Wahl, an der alle 27 Staaten der Europäischen Union teilnahmen und die letzte, die nach dem „Vertrag von Nizza“ abgehalten wurde („Lissabon“ trat nicht wie vorgesehen am 1.1.2009, sondern erst am 1.12.2009, in Kraft).

Europaweiter Wahlsieger waren die Parteien, die in der Fraktion der Europäischen Volkspartei organisiert sind, Wahlverlierer waren die Sozialdemokraten, und die meisten Zugewinne verzeichneten die Grünen. In Österreich war die Kräfteverteilung ähnlich. Hinzu kam, dass die euroskeptischen Parteien und Listen (FPÖ und HPM im Speziellen) massiv Zugewinne für sich verbuchen konnten.

In Österreich war der Wahlkampf vor allem von den verbalen Ausritten der Freiheitlichen geprägt. Diese beherrschten lange Zeit die Themen in der österreichischen Presselandschaft, mit Ausnahme der Kronen Zeitung. Diese hat sich manchmal komplett dem Diskurs der anderen Zeitungen entzogen und Hans-Peter Martin, die volle Aufmerksamkeit geschenkt. Genauso wie sie eine wahre Hetzkampagne gegen die Europäische Union fuhr, und das Tag für Tag.

Im Generellen würde ich meinen, dass die Europawahlen medial die Aufmerksamkeit bekamen, die die Parteien willig waren ihr entgegen zu bringen. Natürlich sind die Medien auch selbst verantwortlich, wie über was berichtet wird, doch muss festgehalten werden, dass die Parteien einen Wahlkampf führten, wie wenn der österreichische Nationalrat gewählt werden würde.

An sich war das Interesse an den Europawahlen (seitens der Politik, der Medien, der Öffentlichkeit) gering. Die Wahlbeteiligung war mäßig. Um im Jahre 2014 mehr Interesse bei den Medien und der Bevölkerung schöpfen zu können sollte auch die Kommunikationspolitik des Europaparlaments und der Kommission geändert werden. Dabei geht es um das Erfassen von Zielen und Zielgruppen, um Werte und Werkzeuge, um Kommunikationstrends und -technologien, mit denen die Europawahlkampagnen unterstützt werden können. Während der Wahl sah man viele Plakate und Werbebroschüren,

Werbepäckchen und Stifte die von den Europainfobüromitarbeitern (www.europainfo.at) und Personen ähnlicher Einrichtungen (Vertretungen der Kommission und des Parlaments, Wirtschaftskammer etc.) den Bürgern entgegen gestreckt worden sind. Diese Werbemittel kosten allesamt viel Geld, doch den Nutzen vieler Aktionen wie dem „Europaschirm“ der Wirtschaftskammer, oder „EU-Infobustouren“ würde ich eher als gering sehen. An Einrichtungen wie die „Gesellschaft für Europapolitik“, EU-Informationszentren und dergleichen mangelt es meines Erachtens nicht, auch nicht am Geld. Mir fiel auf, dass vielmehr ein permanentes Präsenzzeigen fehlt, da in die jeweiligen Filialen nur der interessierte Bürger kommt, Fragen stellt und Infomaterial mitnimmt. Die breite Masse erreicht man aber nur über die Medien, zum Beispiel über Beilagen. Beispielsweise passierte dies quartalsweise via dem „Euro-Gewinn“, einer circa 30-seitigen Beilage des Monatswirtschaftsmagazins „Gewinn“, für welche ich ab und zu auch Beiträge verfasst habe. Auch fehlt mir ein Bündeln der Kräfte all dieser verschiedenen Institutionen, die es allesamt sicher sehr gut meinen mit den diversen Aktionen und von denen ich auch weiß, dass sie dies mit viel Engagement für Europa gemacht haben (ich war selbst Mitarbeiter eines EU-Infobüros, unter anderem auch während der Europawahlen), jedoch glaube ich, dass man zu oft in den eigenen vier Wänden verharrt und zu wenig Aktionen lanciert, die permanent passieren, DIE Öffentlichkeit anspricht, und nicht nur elitäre Gruppen.

Des Weiteren hat man beim Wahlkampf 2009 gesehen, dass den Parteien, die für die Informationsvermittlung (wofür sie stehen, welche Positionen sie haben, etc.) wichtig wären, kein Interesse an europäischen Themen/Diskursen hatten. Manchmal entstand der Eindruck, es handle sich um eine Nationalratswahl. Auch bei der Nachwahlbetrachtung fällt auf, dass das europäische Ergebnis von den Medien in eine nationale, die Koalitionsfrage betreffend, umgemünzt worden ist. Keine, oder fast keine, Stellungnahmen von den zur Wahl stehenden Spitzenkandidaten für das Europaparlament, prägten die Diskussion nach dem 7. Juni. Wichtig waren die Parteichefs der Nationalratsparteien und ihre Interpretation der Stärkeverhältnisse, sowie auch Stellungnahmen diverser Landespolitiker (allen voran Franz Voves, SP).

Europa ist noch immer medial in Nationalstaaten gespalten, jedoch politisch immer öfter von Brüssel abhängig (Richtlinien und Verordnungen). Auch wirtschaftlich (globale Vereinbarung im Rahmen von WTO oder G8 und G20 Gipfeln lösen immer öfter binational ausverhandelte Verträge ab) hat die Vernetzung stark zugenommen.

„Demografische Entwicklungen, Klimawandel, die Verteidigung von Menschenrecht und Demokratie, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen – all dies bedürfe eines neuen Ordnungsrahmens, damit es bewältigt und gestaltet werden könne“. ... Die Verfasser des am 1.10.2012 lancierten Manifests (Titel: „Für Europa!“) zugunsten eines föderalen Europas, der Grüne Cohn-Bendit und der Liberale Verhofstadt, „sehen am föderativen Horizont Europas eine europäische Staatsbürgerschaft, eine Armee, ein Finanzamt, Euro-Bonds, die EU-Kommission als Regierung und das Europäische Parlament mit Initiativrecht und einem Senat. Der Kern Europas seien nicht die Nationalstaaten, sondern die Bürgerinnen und Bürger. Das von Nationalisten und Populisten verfochtene Konzept «nationaler Identität» sei eine Falle, heißt es in dem Manifest. Identität sei nichts Fixes, sondern vielschichtig: «In Antwerpen bist du ein Genter [aus der belgischen Stadt Gent], in Brüssel ein Flame, in Paris ein Belgier, in Amerika ein Europäer, in Kinshasa ein Weisser.» Europa sei immer Vielfalt gewesen, mehr eine Idee als ein Kontinent. Daher seien wir Europäer geeignet, unsere vielschichtige Persönlichkeit zur «postnationalen» europäischen Identität zu erweitern“ (NZZ [„int. Ausgabe“], 3.10.2012, Seite 5).

Europa befindet sich derzeit (2012) in einer finanziellen Krise, nicht nur in einer politischen. Die fehlende Öffentlichkeit ist nicht nur wegen der verschiedenen Sprachen präsent, sie ist meines Erachtens auch das Resultat des „wir“ und „die anderen“ Denkens. Der Nationalstaat gibt sich nicht auf, nur weil man zugibt, in einem Staatenverbund Mitglied zu sein. Mitglied einer Gemeinschaft bedeutet auch Interesse füreinander zu haben um Interessen ausgleichen zu können und gemeinsame, für alle gangbare, Entscheidungen treffen zu können. Dies erfordert, wie man an der massiven

Staatsverschuldung mancher Mitgliedsländer und der laxen Überprüfungsrechte der EU sieht, mehr Überprüfungsrechte Europas. Dies deshalb, um der Gemeinschaft willen effizienter haushalten zu können, da die Mitglieder stark voneinander abhängen und das Vertrauen, auch wegen mangelnden Zusammengehörigkeitsgefühl, fehlt oder zu gering in Anbetracht der Interdependenzen ist. Die Gefahr des Scheiterns der Gemeinschaft, aufgrund des Fehlverhaltens einiger weniger, wäre zu hoch.

Wie so oft, kann man nicht genau sagen, was schuld ist an diesem und jenem. Sind die Medien schuld, die Politiker, oder die Bürger? Meines Erachtens hängt immer alles miteinander zusammen. Die Medien berichten oft das, was sie glauben, dass es die Rezipienten interessiert. Und wenn man danach geht, dann interessiert am Ehesten eine Kronen Zeitung – und diese wird sogar von der Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung gelesen. Ich traue mich diese Aussage zu treffen, weil die Krone schließlich eine Zeitung ist, die nicht gratis angeboten wird – man muss also bezahlen und kann nicht wie bei Gratiszeitungen vermeinen, sie würden gratis sein und deshalb greift man halt hin. Sie wird gezielt, ob ihres Inhalts gekauft.

Doch nur weil man sich dem Boulevard gelegentlich hingibt, ist man nicht weniger interessiert/intelligent/informiert als andere. Wesentlich wäre aber schon, neben der Boulevardisierung unseres Lebens durch „leichte Informationshäppchen“ die zweifelsfrei auch dazu gehören (Medien zu konsumieren ist auch immer eine Art der Realitätsflucht und auch der Erholung), einen Sinn fürs Gemeinwohl zu entwickeln, ein Interesse an Vorgängen in der Gesellschaft zu haben und sich diesbezüglich auch zu informieren. Wie man das macht, bleibt jedem selbst überlassen. Man sollte aber versuchen, sich die Wahl des Mediums genau zu überlegen. Gerade heute, wo wir einer permanenten Beschallung und Bebilderung ausgesetzt sind, sind Navigatoren, die uns sicher durch die Informationsflut bringen können, wesentlich um nicht den Überblick zu verlieren. Da wir immer öfter vorgeben, zuwenig Zeit zu haben da scheinbar zu viele Termine und Aufgaben auf uns reinprasseln, ist die Wahl der Information besonders wichtig, um ordentlich mit der vorhandenen, angeblich so beschränkten Zeit

über die wir verfügen, haushalten zu können. Schließlich möchte man ja auch als freier selbstbewusster Bürger gelten, der seine Meinung argumentativ fundiert und klar zum Ausdruck bringen kann. Dies erfordert Wissen über Dinge, die meist fern der persönlichen Operationswirklichkeit passieren, also medial „erfahren“ werden.

Die „rational choice theory“ spricht hierbei von der „Bürgerpflicht“, an die appelliert werden muss - denn wer möchte schon als „schlechter Bürger“ da stehen (Arzheimer 2003: 574- 577)?

Literaturverzeichnis

Arzheimer Kai/ Falter Jürgen W. 2007: Wahlen und Wahlforschung, in:
Politische Vermittlungsstrukturen 2. Parteien und Parteiensysteme in Europa.
Institut für Politikwissenschaft

Arzheimer Kai, Falter Jürgen W. (2003). Wahlen und Wahlforschung, in:
Hubert Sickinger (2006). Politische Vermittlungsstrukturen 2: Parteien und
Parteiensysteme in Europa. Wien: Institut für Politikwissenschaft

Beierwalter Andreas 2000: Demokratie und Medien. Der Begriff der
Öffentlichkeit und seine Bedeutung für die Demokratie in Europa. Baden-
Baden, Nomos Verlag

Bieber, Roland/Epiney, Astrid/Haag, Marcel: Die Europäische Union.
Europarecht und Politik. 7.Auflage: Nomos Verlag 2006. Baden-Baden: 58-
115

Birner Andreas 2005: Europäische Integration und EU- politische
Wahlberichterstattung (Die Entwicklung der EU- politischen
Wahlberichterstattung in den drei österreichischen Tageszeitungen Krone,
Standard, Kurier hinsichtlich der Selbstkonstitution politischer Öffentlichkeit im
Rahmen der fortschreitenden europäischen Integration von 1999- 2004.
Wien, Diplomarbeit

Boetzkes, Claus-Erich 2008: Organisation als Nachrichtenfaktor. Wie das
Organisatorische den Content von Fernsehnachrichten beeinflusst.
Wiesbaden: VS Verlag

Bonfadelli, Heinz 2004: Medienwirkungsforschung 1. Grundlagen und
Perspektiven. Konstanz: UVK

Bukovinszki Petra 2009: Die Berichterstattung über Europa in ausgewählten österreichischen Tageszeitungen. Die Rolle der Medien in einem internationalen Integrationsprozess. Wien, Diplomarbeit

Brandl, Angela 2012: Die Europawahl 2009 in Österreich. Wien, Diplomarbeit

Brok, Elmar (2010): Das Europäische Parlament nach dem Lissabon-Vertrag. In: Dialer, Doris/Lichtenberger, Eva/Neisser, Heinrich (Hg.): Das Europäische Parlament. Institutionen, Vision und Wirklichkeit. Europawissenschaftliche Reihe, Band 2, Innsbruck University Press, 77-88

Brosius, Hans-Bernd: Agenda-Setting nach einem Vierteljahrhundert Forschung: Methodischer und theoretischer Stillstand? In: Publizistik, Jahrgang 39, Heft 3, 1994, 269-288

Burkart, Roland 2002: Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Wien: Böhlau

Callamard Agnes 2007: Meinungsfreiheit. Dem freien Wort Raum geben, in: Le Monde diplomatique April 2007

Dachs Herbert/ Gerlich Peter/ Gottweis Herbert/ Kramer Helmut/ Lauber Volkmar/ Müller Wolfgang C./ Talos Emmerich (HG.) 2006: Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

Dahlem Stefan 2001: Wahlentscheidung in der Mediengesellschaft. Theoretische und empirische Grundlagen der interdisziplinären Wahlforschung. Freiburg/ München, Karl Alber Verlag

Deter Pascal 2006: Europäische Öffentlichkeit. Online Medien als mögliche Initialzündung. Saarbrücken, vdm Buchverlag

Eder, Klaus (2003): Öffentlichkeit und Demokratie. In: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate: Europäische Integration. 2.Auflage. Opladen. 85-120.

Eichhorn, Wolfgang 1996: Agenda-Setting-Prozesse. Eine theoretische Analyse individueller und gesellschaftlicher Themenstrukturierung. München: Verlag Reinhard Fischer

EMR Fachtagung in Zusammenarbeit mit der Europäischen Rechtsakademie Trier vom 22. – 23. März 2001: Nizza, die Grundrechtecharta und ihre Bedeutung für die Medien in Europa. Baden- Baden, Nomos Verlag

Europa Zeit 29.04.2008: Nationale Medien berichten kaum über die EU

Filzmeier, Peter/Karmasin, Matthias/Klepp, Cornelia (Hg.) 2006: Politik und Medien – Medien und Politik. Wien

Fischer Weltalmanach 2012 2011: Zahlen, Daten, Fakten. Fischer Taschenbuchverlag. Frankfurt/Main

Friedinger Daniela 1996: Die entscheidende Phase der EU-Diskussion in den Kommentaren. Inhaltsanalytische Untersuchung der Meinungsartikel zum EU-Beitritt in fünf österreichischen Tageszeitungen in den letzten Monaten vor der EU-Volksabstimmung hinsichtlich der Argumentation pro und kontra Beitritt und möglicher Agenda-Setting-Effekte. Wien, Diplomarbeit
Europäische Kommission in Österreich 2008: Eurobarometer- Länderbericht für das erste Halbjahr 2008
http://ec.europa.eu/austria/news/eurobarometer_laenderbericht-at_de.htm

Die Furche 4.10.2012: 9

Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm (1990): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. In: Langenbucher, Wolfgang R.: Politische Kommunikation. Grundlagen, Strukturen, Prozesse. 2. überarbeitete Auflage. Wien. 52-89. [Studienbücher zur Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Nr. 2].

Gerhards, Jürgen 1997: Diskursive versus liberale Öffentlichkeit. Eine empirische Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Band 1, 1997. 1-35

Gerhards, Jürgen (1998a): Konzeptionen von Öffentlichkeit unter heutigen Medienbedingungen. In: Jarren, Ottfried/Krotz, Friedrich: Öffentlichkeit unter Viel-Kanal-Bedingungen. Baden-Baden. 25-49. [Symbiosen des Hans-Bredow-Institutes, Nr. 18].

Gerhards, Jürgen (1998b): Öffentlichkeit. In: Jarren, Ottfried/Sarcinelli Ulrich/Saxer, Ulrich (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen Verlag. 268-275.

Glück Markus 2010: Der EU-Wahlkampf – am Beispiel der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Diplomarbeit, Uni Wien

Habermas, Jürgen 1992: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskusstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt

Hagen Lutz M. (Hrsg.) (2004): Europäische Union und mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im Europäischen Einigungsprozess. Köln, Herbert von Halem Verlag.

Hellmuth Agnes 2004: Medien und Parteien im Wahlkampf- Ideologische Positionen und Parallelstrukturen. Wien, Diplomarbeit

Holtz- Bacha Christina/ Leekaid Lynda (Hg.) 1996: Wahlen und Wahlkampf in den Medien. Untersuchungen aus dem Wahljahr 1994. Opladen, Westdeutscher Verlag

Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Österreich 2007: Europa 2007 (3. aktualisierte Auflage)

Institut für europäisches Medienrecht (EMR). In Zusammenarbeit mit der europäischen Rechtsakademie Trier (2001): Nizza, die Grundrechte- Charta und ihre Bedeutung für die Medien in Europa. Baden- Baden, Nomos Verlagsgesellschaft.

Jank Gregor Ewald 2000: Informationsgesellschaft Europäische Union? Eine kommunikationswissenschaftliche Untersuchung des Niederschlags des Diskurses über die Informationsgesellschaft in den Medien am Beispiel des Kurier. Wien, Diplomarbeit

Jesse, Eckhard: Wahlsysteme und Wahlrecht, in: Gabriel, Oscar W./Kropp, Sabine (Hrsg.), Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, 3., akt. Und erw. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 299-322

Karas, Otmar MEP (Obmann des ÖVP Europaklub) 11/ 2007: Der Reformvertrag von Lissabon

Lambach, Philipp/Schieble, Christoph (2009): EU Concours – Leitfaden zur Europäischen Union. Via Europa Verlag, Berlin, 4. aktualisierte und überarbeitete Auflage

Lippmann, Walter 1922: Public Opinion. New York: Harcourt, Brace and Company

Luhmann Niklas 2004: Die Realität der Massenmedien. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften

Mayring Philipp 1983: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim, Beltz Verlag

Melchior Josef 2005: Zur Leistungsfähigkeit des EU-Konvents, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 34(H. 3): 2005, 263-278. Universität Wien
<http://www.ssoar.info/ssoar/files/2009/1618/2005-3-04.pdf>

Mickel Wolfgang W. (HG.) 1994: Handlexikon der Europäischen Union. Köln, Omnia Verlag

Neisser Heinrich/ Handstanger Meinrad/ Schick Robert (HG.) 1996: Das Europawahlrecht. Gesetzesausgabe mit Erläuterungen und einer Sammlung der Judikatur. Verlag Österreich

Neisser, Heinrich (2010): Das Europäische Parlament als Fokus demokratischer Legitimität; In: Dialer, Doris/Lichtenberger Eva/Neisser, Heinrich (hg.): Das Europäische Parlament. Institution, Vision und Wirklichkeit. Europawissenschaftliche Reihe, Band 2, Innsbruck University Press, 55-75.

Patzelt Werner J. (2003): Einführung in die Politikwissenschaft (Grundriss des Faches und studiumbegleitende Orientierung). Passau: Wissenschaftsverlag Richard Rothe

Perloth, Flooh/Zeglovits Eva (2010): Die Europawahlen 2009 in Österreich. In: Dialer, Doris/Lichtenberger Eva/Neisser, Heinrich (Hg.): Das Europäische Parlament. Institution, Vision und Wirklichkeit. Europawissenschaftliche Reihe, Band 2, Innsbruck University Press, 89-102

Pesendorfer, Nicole 2007: Der EU-Diskurs in der Kronen Zeitung. Untersuchung anhand der Beispiele Osterweiterung 2004, EU-Verfassung und österreichische Ratspräsidentschaft 2006. Wien, Diplomarbeit

Peters Barbara (2009): Die PR-Strategie der EU-Kommission. Das Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik. Hamburg: Diplomica Verlag GmbH

Picker, Ruth/Zeglovits Eva (2005a): Europa-Wahlkampf in Österreich; In: Tenscher, Jens (Hg.): Wahl-Kampf um Europa. Analysen aus Anlass der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 234-251

Plasser Fritz (HG) 2010: Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich. Wien: Facultas Verlags- und Buchhandels AG

Polan Silvia (2006): EU- Journalismus aus Österreichischer Sicht vor dem Hintergrund einer entstehenden europäischen Öffentlichkeit. Wien, Diplomarbeit.

Pollak, Johannes/Slominski, Peter: Die österreichischen Parteien und die europäische Integration. Stillstand oder Aufbruch?, in: Neisser, Heinrich/Puntscher-Riekmann, Sonja (Hrsg.): Europäisierung der österreichischen Politik. WUV. Wien: 2002, 177-200

Prosl Christian 2006: Das Europa von morgen, in: Conturen 4/ 06. Holos Verlag

Reichle Mathias 2006: Europa- Journalismus in Österreich. Bedingungen, Defizite und Trends der EU- Berichterstattung aus der Sicht österreichischer Europa Journalisten. Wien, Diplomarbeit

Sarcinelli, Ulrich 1998a: Politikvermittlung und Demokratie: zum Wandel der Kommunikationskultur. In: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. Opladen, Wiesbaden. 11-24.

Saurwein Florian 2006: Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit. Mediale Aufmerksamkeit für EU-Politik und der veröffentlichte Diskurs über die EU-Erweiterung. Wien, Forschungsbericht am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Wien

Schneider, Beate (1998): Mediensystem. Erschienen in: Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Opladen. 422- 430

Schuster Gerhard 2008: Wie kommen wir zu einer demokratischen EU-Verfassung? Eine Beschreibung von Bedingungen für direkte Demokratie, in: Weltgewissen. Pannonisches Forum für Europa. Bildung in weltbürgerlicher Absicht 13.2.2008. Südwind Verlag

Sommer Marcus 2007: Desinteresse, Frust, Wählerabstinenz: Die Europäische Union in der Krise. Ausmass und Gründe für die EU-Verdrossenheit. Norderstedt Grin Verlag

Staab, Joachim Friedrich 1990: Nachrichtenwert-Theorie. Formale Struktur und empirischer Gehalt. Freiburg, München: Alber

Staab, Joachim Friedrich: Entwicklungen der Nachrichtenwert-Theorie. Theoretische Konzepte und empirische Überprüfungen. In: Neverla, Irene 2002: Grundlagentexte zur Journalistik. Konstanz: UVK

Tausendpfund Markus/ Braun Daniela 2008: Die schwierige Suche nach Ergebnissen der Wahlen zum Europäischen Parlament: Ein neuer Datensatz für die Wahlen 1979- 2004, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/ 2008. Nomos Verlag

Tenscher Jens (HG.) 2005: Wahl- Kampf um Europa. Analysen aus Anlass der Wahlen zum europäischen Parlament 2004. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaft

Thurnher, Armin: Seinesgleichen geschieht, *in*: Jeder Ausgabe des *Falter* S.5.

Trenz Hans Jörg 2005: Europa in den Medien. Die europäische Integration im Spiegel nationaler Öffentlichkeit. Frankfurt/ New York, Campus Verlag

Ucakar Karl 2012: VO 210010 BAK6/C2: Das Politische System Österreichs und die EU <http://staatswissenschaft.univie.ac.at/mitarbeiterinnen/karl-ucakar/>

Voltmer Katrin 1998/99: Medienqualität und Demokratie. Eine empirische Analyse publizistischer Informations- und Orientierungsleistungen in der Wahlkampfkommunikation. Baden- Baden, Nomos Verlag

Wagner Wolf 2005: Wie Politik funktioniert. München, Deutscher Taschenbuch Verlag

Weindl, Josef/Woyke, Wichard (1999): Europäische Union. Institutionelles System, Binnenmarkt sowie Wirtschaftsunion und Währungsunion auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages. Verlag: Oldenbourg, 4., aktualisierte und erweiterte Auflage

Weßler Hartmut, Jarren Otfried, Schatz Heribert (1996): Meiden und politischer Prozess (Politische Öffentlichkeit und massenmediale Politikvermittlung im Wandel). Opladen: Westdeutscher Verlag

Wimmel Andreas 2008: Die demokratische Legitimität europäischen Regierens: ein Labyrinth ohne Ausgang?, *in*: Integration 31. Jahrgang Januar 2008, 48-65

Wimmer Hannes 2000: Die Modernisierung politischer Systeme. Staat-Parteien- Öffentlichkeit. Wien/ Köln/ Weimar, Böhlau Verlag

Woyke Wichard/ Varwick Johannes 1998: Europäische Union. Erfolgreiche Krisengemeinschaft. Einführung in Geschichte, Strukturen, Prozesse und Politiken. München/ Wien, R. Oldenbourg Verlag

Wüst, Andreas M./Tausendpfund, Markus (2009): 30 Jahre Europawahlen.; In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 23-24/2009): Europawahlen, Auf <http://www.bpd.de/files/5Q3JLO.pdf> [15.06.09], 3).

Links aus dem Internet:

<http://de.wikipedia.org/wiki/Europawahl>

<http://www.wien-konkret.at/politik/eu/europawahl-2009/ergebnisse/>

http://www.focus.de/digital/internet/facebook-twitter-und-co-deutsche-politiker-entdecken-das-netz_aid_360191.html

<http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/1991765/index.do>

<http://derstandard.at/1244460268854/Interview-Nur-fuenf-Prozent-verstehen-worum-es-geht>

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahlen/2009/WahlberechtigteE.aspx

www.journalist.at/archiv/2011-2/ausgabe-122011012012/eine-bruecke-zu-delesern-schlagen/

www.nzz.ch (Artikel vom 7.Juni 2009)

www.euractive.com

nt.eit.uni-

kl.de/fileadmin/lehre/mform/WS10_11/Medien_und_Gesellschaft_10.12.2010
_gek.pdf

www.efge.at/die-informationsgesellschaft-ein-sozialwissenschaftlicher-begriff-und-seine-bedeutung

www.derstandard.at/1304428425131/Die-Verfuehrbarkeit-des-Public-Watchdog

www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/aw_eu_politische_union.pdf

http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/6_europa/Rechte_Parteien.pdf

http://rd.springer.com/chapter/10.1007/978-3-531-93084-8_7

http://othes.univie.ac.at/6944/1/2009-06-27_9900367.pdf

<http://www.zentrum-der-gesundheit.de/ia-medienmanipulation.html>

<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/geisteswissenschaften/zum-tod-des-soziologen-daniel-bell-diagnostiker-der-informationsgesellschaft-1574732.html>

Uni Saarland. www.uni-saarland.de Suchbegriff auf der Website:
Fachrichtung Informationswissenschaft - Definition Information

www.nzz.ch/aktuell/feuilleton/medien/ueber-dieoekologie-der-aufmerksamkeit-1.17514851

www.nzz.ch/aktuell/feuilleton/medien/da-bin-ich-ganz-meiner-meinung-1.17538778

www.digitalserendipity.org

<http://scotterb.wordpress.com/2010/02/03/pictures-in-our-heads/>

<http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/articleEFTCM-1.76163>

<http://www.bmeia.gv.at/oesterreichische-vertretung/oev-bruessel/presse/oesterreichische-journalisten-in-bruessel.html>

<http://m.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/europaeisches-parlament-mitentscheidung-ist-die-regel-1886303.html>

http://www.google.at/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=20&ved=0CFMQFjAJOAo&url=http%3A%2F%2Fwww.sfb597.uni-bremen.de%2Fhomepages%2Fmoeller%2Fdownload.php%3FID%3D181%26SPRACHE%3DDE%26TABLE%3DAP%26TYPE%3DPDF&ei=cNFqUJqDF4qL4gTp94CQBQ&usq=AFQjCNF3DzetLXI7hT1-nXmEXmz7Q_WiTA

Abstract:

In dieser vorliegenden Dissertation ist die Analyse der Berichterstattung ausgewählter österreichischer Pressetitel („Die Presse“, „Der Standard“, „Kurier“, „Kronen Zeitung“) während der Europawahl 2009 in Österreich das Kernthema. Darüber hinaus wird dem Thema Öffentlichkeit(en) in Europa viel Platz eingeräumt. Wie Medien wirken und welche Rolle sie für das nähere Verständnis und den Zusammenhalt der Europäischen Union haben sollen und/oder können, wird genauso intensiv nachgegangen wie Medieneffekte auf Wahlen. Dabei werden Beispiele aus vergangenen Zeiten (Nationalratswahlen und Europawahlen) herangezogen. Auch wird der Tatsache, dass Österreich eine sehr hohe Medienkonzentration hat und mit der „Kronen Zeitung“ über einen Marktführer verfügt, der seines gleichen in Europa (und der Welt) sucht, durch näherer Behandlung dieser Thematik Rechnung getragen. Ausgeblendet wird in dieser Arbeit die Analyse von Online-Medien und ihrer Wirkung. Lediglich im Zusammenhang mit der europäischen Öffentlichkeit(en) wird auf bestehende „europäische Medienprojekte“ (z.B. Cafe Babel u.Ä.) verwiesen, ebenso wie bei der Beschreibung der Wahlkämpfe der Parteien und ihren Kandidaten auf Engagement in sozialen Netzwerken verwiesen wird.

Weiters werden die zur Wahl stehenden Parteien und Listen bezüglich ihres Wahlkampfes und ihrer Wahlprogramme vorgestellt und auch die Haltung zur Europäischen Union während der letzten 20-30 Jahre (Rückblicke bei neu gegründeten Parteien/Listen wie dem BZÖ oder der Liste Martin! natürlich dementsprechend zeitnäher).

Das Ende der Arbeit gibt einen kurzen Überblick über die Nachwahlenanalysen und was von den Kandidaten aus dem Jahre 2009, im Jahre 2012, geblieben ist.

Curriculum Vitae:

Mag. Wolfgang Glass, geb. 1980 in Wien.

Matura in Wien, 2001

Diplomstudium der Politikwissenschaft, Abschluss im Jahre 2008 (Mag. phil.)

Präsenzdienst bei der Pioniertruppenschule Klosterneuburg als Krafffahrer
(Führerscheinklassen: B, C, E, F und G) und Pionier, 2002-2003

Seit dem WS 2012 Wirtschaftswissenschaft an der Fernuni Hagen

Beruflicher Werdegang:

Mitarbeit bei Medienhäusern, in der Politik und zuletzt als Projektleiter in EU-kofinanzierten Projekten bei der Wirtschaftsagentur Wien mit folgenden

Aufgabenbereichen:

- Beratung von Unternehmen und Bürgern zu Fragen der Europäischen Union
- Erstellung von Fact Sheets zu EU-Themen bzw. Veranstaltungen
- Schnittstelle Büro Wien und Büro Brüssel
- Beratung zu EU-Förderungen
- Organisation von Informationsveranstaltungen für die jeweilige Zielgruppe
- Organisation von B2B-Events („Partnerbörsen“) im Rahmen des europäischen Netzwerks Enterprise Europe Network (www.een.at)
- Kontaktvermittlung für Wiener Unternehmen an potentielle ausländische Partner

Ausbildung zuletzt:

- ECDL Advanced (MS Office)
- Rhetorikseminar „Auftreten – Ausstrahlung – Überzeugung“ bei PolAk Wien
- Int. Projektmanagementseminar (Automotive Academy Vienna Region)
- ABC der Bilanzierung und Kennzahlenanalyse (Wifi Wien)
- Englisch-Sprachkurs (Level C1)

Ende